

Ercheint täglich außer Montags. Abonnementspreis primum: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Pettizelle oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 28. Oktober 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

In die Schmuck-Werkstätte

der sogenannten „Hohen Politik“ hat Fürst Bismarck wieder einmal recht lustig hineingeleuchtet. Bei seinen politischen Lebzeiten erklärte er: „Die Politik ist ein Geschäft, welches die Öffentlichkeit nicht verdrängt.“ Seit er im Sackentwurf begraben ist, denkt er aber anders, und plaudert, um sich zu rächen und seine Nachfolger zu ärgern, mit wahrer Wollust die kompromittierendsten und unsaubersten Geheimnisse aus. Ein Lieblingsvorwurf, den er Caprivi macht, ist bekanntlich der, daß dieser „den Draht mit Rußland durchschnitten habe“. Den Fremden des zweiten Reichs-Kanzlers war es nicht schwer, dem ersten Herrn Reichskanzler den Vorwurf zurückzugeben. Das Bündnis des Deutschen Reichs mit Oesterreich wurde am 7. Oktober 1879 abgeschlossen, nachdem der Berliner Kongress über die orientalische Frage, trotz Bismarck's Diebedienerei gegen Rußland, zur Entfremdung zwischen Rußland einer- und Oesterreich-Ungarn und Deutschland andererseits geführt hatte. Der Bündnis-Vertrag erklärt ausdrücklich, daß er zwar einen durchaus defensiven Charakter habe, jedoch für den Fall eines russischen Angriffs geschlossen sei. Er richtete sich also gegen Rußland, was natürlich den Russen schon bekannt war, ehe noch die Tinte der Vertrags-Unterschriften getrocknet war. Bekannt ist ferner, daß der deutsche Geldmarkt durch Bismarck den anleihebedürftigen Russen verschlossen wurde. Der Draht zwischen Berlin und Petersburg war also schon unter Bismarck abgerissen.

So stand die Sache, bis vorgestern Bismarck mit einer neuen sensationellen Enthüllung angetroffen kam. Er erklärte in seinem Hamburger Leitblatt, die Beziehungen Deutschlands und Rußlands seien seit der Dreikaiser-Konferenz von Siernewice (September 1884) wieder freundschaftliche gewesen und es sei sogar ein Abkommen getroffen worden, durch welches Deutschland und Rußland sich für den Fall eines Angriffs auf eins der beiden Länder gegenseitig zu wohlwollender Neutralität verpflichteten. Und dieses Abkommen sei nach Bismarck's Sturz nicht erneuert worden.

Das die Enthüllung. Bedenkt man, daß, als dieses angebliche Abkommen getroffen ward, der Bündnisvertrag zwischen Oesterreich und Deutschland schon seit 5 Jahren bestand und noch in kraft war, ja sich schon seit Jahresfrist zum „Dreibund“ erweitert hatte,

bedenkt man ferner, daß der Bund mit Oesterreich den Schutz Oesterreichs gegen Rußland bezweckte, dagegen das Abkommen mit Rußland den Schutz Rußlands gegen Oesterreich, daß also dieses Abkommen und jenes Bündnis diametral entgegengesetzt, Ziele hatten — bedenkt man dies, so leuchtet es ein, daß die neueste Bismarck'sche Enthüllung in der politischen Welt große Aufregung hervorbringen mußte.

Es liegen nur zwei Möglichkeiten vor. Entweder hat Bismarck die Wahrheit gesagt. Dann ist er durch seinen eigenen Mund der niederträchtigsten Doppelzüngigkeit überführt. Oder er hat, um seinen Feinden einen Schabernack zu spielen, gelogen.

Wir überlassen den Bewunderern des Fürsten Bismarck die Wahl zwischen beiden Möglichkeiten.

Ganz erlogen scheint die Sache übrigens nicht. Wir schließen das aus der sehr scharfen Notiz, welche der „Reichs-Anzeiger“ heute Abend bringt. Dieselbe lautet:

„Bei der öffentlichen Besprechung der jüngsten „Enthüllungen“ der „Hamburger Nachrichten“ über deutsch-russische Beziehungen bis zum Jahre 1890 ist vielfach der Wunsch hervorgetreten, die Regierung möge auch ihrerseits das Wort zur Sache ergreifen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß dies nicht geschehen wird. Diplomatische Vorgänge der von den „Hamburger Nachrichten“ erwähnten Art gehören ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen; sie gewissenhaft zu wahren, beruht auf einer internationalen Pflicht, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsinteressen bedingen würde. Die kaiserliche Regierung muß daher auf jede Klärung verzichten, sie wird jenen Anklagen gegenüber weder falsches berichten noch unvollständiges ergänzen, in der Ueberzeugung, daß die Zuversicht in die Aufrichtigkeit und die Vertragstreue der deutschen Politik bei anderen Mächten zu fest begründet ist, als daß sie durch derartige „Enthüllungen“ erschüttert werden könnte.“

Da an Lügen nichts „Falsches zu berichtigen“ und auch nichts „Unvollständiges zu ergänzen ist“, so müssen wir uns vorläufig dafür entscheiden, daß Bismarck im wesentlichen die Wahrheit oder wenigstens ein Stück Wahrheit gesagt und in der That das diplomatische Spiegelberg-Kunststück fertig gebracht hat, gleichzeitig ein Bündnis mit Oesterreich gegen Rußland und ein Abkommen mit Rußland gegen Oesterreich abzuschließen.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt in bezug auf die Behauptungen der „Hamburger Nachrichten“:

„Man vermöge nicht zu erkennen, welchem vernünftigen Zweck die nachträglich gehässigen Angriffe gegen den Grafen Caprivi dienen sollen. Jeder ruhig denkende Mensch habe nur eine Empfindung, die der Anerkennung dafür, daß Graf Caprivi in strenger Beachtung der bewährten und wohl begründeten Ueberlieferung der preussischen Beamten und Offiziere es verschmähe, auf derartig einseitige Enthüllungen, wie Bismarck während seiner Amtstätigkeit es ähnlich geahndet haben würde, wie den Arnim'schen Vertrauensbruch, auch nur ein Wort zu erwidern. Bei dieser vornehmen Zurückhaltung des ritterlichen Generals sei es ausgeschlossen, daß einseitige und tendenziöse gefärbte Darstellungen über Vorgänge, die abgeschlossen liegen und in jeder Hinsicht der Wahrheit führen; dergleichen erscheint es ausgeschlossen, daß die Prestidivertanten die

gegenwärtige Regierung veranlassen können, die geheime Geschichte früherer Jahre aufzudecken.“

Den Freunden Bismarck's, die ihn fortgesetzt auf-fordern, den „Vorwärts“ zu verklagen, möchten wir bemerken, daß ihr Heroismus, wenn jetzt in Deutschland nach seiner eigenen Politik regiert würde, längst hinter Schloß und Riegel säße. Graf Arnim hat nicht annähernd gethan, was dem Fürsten Bismarck in der obigen Notiz des „Reichs-Anzeigers“ zur Last gelegt wird.

Die Einweihung der Glashütte in Albi.

Das offizielle Wolff'sche Bureau, das seine französischen Nachrichten von dem von der französischen Regierung vollständig abhängigen „Agence Havas“ bezieht, meldet folgendes: Unter den Arbeitern der hiesigen Glashütte herrscht Unzufriedenheit darüber, daß die neue Arbeiter-Glashütte in Albi errichtet wurde statt in Carmaux. Abends fand eine von der Syndikatskammer einberufene, von etwa 3000 Personen besuchte Arbeiterversammlung statt, die sehr stürmisch verlief. Es kam zu heftigen Streitigkeiten, bei denen mehrere Schüsse gewechselt wurden. Der Deputierte Jaurès versuchte zu reden, wurde aber von den Manifestanten daran verhindert. Mehrere Personen wurden aus dem Saale entfernt, festgenommen von den Gendarmen geräumt, welche die sich im Freien ansammelnde Menge zerstreuten. Drei Personen wurden ziemlich schwer verwundet. Nach der Versammlung beauftragten die sozialistischen Deputierten den Deputierten Jaurès, die Regierung über die mit Gewalt erfolgte Auflösung der Versammlung zu interpellieren.

Wie wenig diese Darstellung den Thatsachen entspricht, beweist die folgende Depesche unseres Korrespondenten:

„Bei Ankunft der sozialistischen Abgeordneten in Carmaux wurden die Arbeiter von Leuten, die von den Behörden und dem Carmauxer Großfabrikanten Mességuier gebunden waren, provoziert. Die Kavallerie machte mehrere Angriffe auf die massenweise versammelten Arbeiter, von denen sie einige verwundete. Gendarmen sprengten die große Versammlung unserer Genossen, welche bei allen Vorgängen eine bewunderungswürdige Ruhe und Disziplin bewahrten. Jaurès versprach, die Regierung sofort nach seiner Rückkehr nach Paris über die Vorgänge in Carmaux zu interpellieren. Allgemein herrscht die Anschauung, daß der Minister des Innern, Barthou, die Hauptschuld an den bedauerlichen Vorgängen trifft.“

Herrn Barthou lassen wohl die in Fourmies von dem Staatsrath Constans gehaltenen Vorbereitungen nicht schlafen. Er wird seinen anderen Erfolg haben: unferer Sache zu nützen und sich selbst unmöglich zu machen.

Vor der Einweihungsfeier schrieb unser französischer Korrespondent:

Die Einweihung der Glashütte in Albi wird sich zu einer imposanten Kundgebung des organisierten französischen Proletariats gestalten. 748 Gewerkschaften, 1122 politische

106]

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Siebentes Buch: Das Gefängnis.

Erstes Kapitel.

Avignon. — Die beiden Pagen. — Die fremde Schönheit.

Fünf Jahre sind seit den Ereignissen, die ich dem Leser vorgeführt habe, verflossen und die Geschichte bringt uns an den päpstlichen Hof von Avignon — jenen ruhigen Sitz der Macht, an den die Nachfolger des heiligen Petrus den Luxus, die Pracht und die Laster der kaiserlichen Stadt verpflanzt hatten. Sicher vor den Gewaltthatigkeiten und Klauen eines mächtigen Adels, gaben sich die Hofsleute hier einer üppigen Ruhe hin, und Avignon besaß zu jener Zeit vielleicht die heiterste und angenehmste Gesellschaft in Europa. Die geistige Bildung Clemens VI. hatte den Luxus und die Sinnlichkeit des Ortes zu verfeinern gewußt, und der Geist Petrarca's trug nicht wenig dazu bei, den Sinn für literarische Genüsse allgemeiner zu machen.

Innocenz VI. war seit kurzem Clemens VI. gefolgt, und welches auch seine eigenen Ansprüche auf wissenschaftliche Bildung sein mochten, so wußte er sie selbst doch in andern zu würdigen, und die geistigen Genüsse blieben immer noch mit den sinnlichen vereinigt. Die stilles Verderbnis des Ortes hatte schon zu tiefe Wurzeln gefaßt, als daß das Beispiel des Papstes, der für seine Person ein exemplarisches und mögliches Leben führte, von vortheilhafter Wirkung hätte sein können. Wenn Innocenz sich auch, wie sein Vorgänger, der Politik Frankreichs anschloß, so besaß er doch einen heftigen und weitumfassenden Ehrgeiz. Er wollte die gesunkene Herrschaft der Kirche in Italien wieder herstellen — und betrachtete die Tyrannen der verschiedenen Staaten als die größten Hindernisse bei der Ausführung dieses hierarchischen Planes.

Zu dieser Zeit erschien in Avignon eine Dame von

aufserordentlicher Schönheit. Sie war mit einem kleinen, aber prächtigen Gefolge von Florenz gekommen, gab sich aber für eine Neapolitanerin aus, für die Wittve eines Adligen von dem glänzenden Hofe der unglücklichen Johanna. Ihr Name war Cesarini. In jener Stadt angekommen, in der die Liebe die wichtigste Angelegenheit des Lebens war und die Schönheit zugleich Einfluß und Macht verlieh, war die Signora Cesarini launig erschienen, als sie halb Avignon huldigend zu ihren Füßen sah. Ihre Dienerinnen suchte man durch Bestechungen zu gewinnen und ein Billet nach dem andern wurde ihnen eingehändig und in jeder Nacht hörte sie unter ihren Fenstern Serenaden. Sie nahm theil an dem fröhlichen Leben und Treiben der Stadt und ihre Reize bildeten damals eben so gut das Tagesgespräch, als die Poesien Petrarca's. Aber wenn sie auch keine Huldigung bestimmt zurückweisen schien, so konnte doch niemand ausschließlich ihrer Gunst sich rühmen. Ihr Hof war noch unbesetzt; aber Gile's, der kriegerisch gesinnte Kardinal Albornoz, der des größten Einflusses an dem päpstlichen Hofe sich rühmen konnte, glaubte seines Triumphes schon sicher zu sein.

Die Sonne stand schon hoch am Himmel, und in dem Vorzimmer der schönen Signora unterhielten sich zwei schöne und reichgekleidete Pagen, wie sie damals für die vornehmen Personen beider Geschlechter eine notwendige Begleitung bildeten.

„Bei meiner Ehre,“ sagte einer derselben, indem er die Würfel fortstieß, mit denen sie sich die Zeit zu vertreiben suchten, „das Spiel wird mir nachgerade langweilig. Unsere Gebieterin zögert heute lange. Es ist schon spät.“

„Und ich will heute noch dazu meinen neuen Sammetmantel umhängen. Er wird am Ende kaum bei Tageslicht bewundert werden können!“ erwiderte der andere, indem er die glänzende Stickerie wohlgefällig betrachtete.

„Still, Giacomo,“ sagte sein Gefährte pöhnend, „wie eitel bist Du! Was mag es wohl neues heute geben?“

Ob Seine Heiligkeit wohl wieder zur Besinnung gekommen ist?“

„Wie, ist er denn von Sinnen?“ fragte Giacomo lächernd.

„Ich denke, er muß es sein, wenn er, da er Papst ist, nicht daran denkt, endlich seine Maske abzulegen. Ein enthaltloser Kardinal — ein ausschweifender Papst! lautet das alte Sprichwort, wie Du weißt. Es muß nicht ganz richtig mit dem Verstande des guten Mannes sein, wenn er noch immer wie ein Einsiedler leben will.“

„Ah! also das meinst Du? Aber, meiner Treue, Seine Heiligkeit hat Stellvertreter genug. Die Bischöfe sorgen dafür, daß das weibliche Geschlecht — der Himmel segne es! — nicht aus der Mode kommt; und seine Eminenz von Albornoz beschäftigt auch nicht Dein Sprichwort, insofern es die Kardinalie betrifft.“

„Du hast recht, aber Gile's ist ein Krieger, ein Kardinal in der Kirche, aber ein tapferer Degen außer derselben.“

„Glaubst Du, Angelo, daß er die Festung hier einnehmen wird?“

„Die Festung ist freilich weiblich, aber —“

„Nun was?“

„Die Signora, so schön sie ist, wurde mehr für die Nacht als für die Liebe geschaffen. Sie sieht in Albornoz den Kardinal, nicht den Liebenden. Mit welcher Würde schreitet sie einher; scheint sie doch selbst ihr goldgesticktes Kleid zu verachten.“

„Doch!“ rief Giacomo, an das Fenster eilend, „hörst Du die Hufe der Rosse? Ah, es ist ein prächtiger Zug!“

„Von der Falkenjagd zurückkehrend“, erwiderte Angelo, der aufmerksam die Kavalkade betrachtete, „als sie in der engen Straße vorbei kam, wie die Pferde so muthig sind; und welche reiche Mäntel und seltene Federn, sieh, wie jener schöne Ritter der Dame den Hof macht!“

„Sein Mantel ist von der Farbe des meinigen“, seufzte Giacomo. (Fortsetzung folgt.)

Organisationen, 165 sozialistische Gemeinderäte und 85 Konsum-Genossenschaften lassen sich an der Feier vertreten oder laudieren Beglückwünschungen. Die Vertreter aller sozialistischen Richtungen ohne Ausnahme feierten einträchtig die Vollendung des großen Werkes der proletarischen Solidarität. Das französische Proletariat hat dabei zum ersten Mal das Beispiel einer ausdauernden Aktion geliefert. Von den bisher zur Errichtung der Glasbläse verwendeten ungefähr 445 000 Franken ist die größere Hälfte Groschen bei Groschen durch den Verkauf von 20 Centimes-Loosen und durch Zettel-sammlungen aufgebracht worden. An größeren Spenden, einschließlich der Subvention des Gemeinderates von Albi (25 000 Fr.) sind 140 000 Fr. eingegangen. Die Konsumgenossenschaften haben Aktien der Glasbläse im Werte von 30 200 Fr. erworben, der Center „Booruit“ solche im Werte von 4000 Fr.

Vorläufig werden zwei Hochöfen in Betrieb gesetzt werden. Das prächtig ausgestattete Glaswerk ist für sechs Hochöfen berechnet, die hoffentlich nach und nach in Betrieb werden gesetzt werden können. Kességuier, der Aus-hungerter von Carmaux, soll beim Anblick des statlichen Gebäudes der Arbeiter-Glasbläse ausgerufen haben: „Sehr hübsch! Ich bin entzückt, denn nach weniger als einem Jahre werden sie mir schließlich ihre Glasbläse zum Verkauf anbieten.“ Der Glasbläse vertritt damit den Herzenswunsch der franzö-sischen Bourgeoisie, die in ihrer Presse bereits Krotobildstrafen verzieht über den „unvermeidlichen“ Krach des genossenschaftlichen Unternehmens. In Wirklichkeit stehen die Ansichten derselben sehr günstig. Neben den Konsumgenossenschaften hat eine große Anzahl von Wein- und Equeurhändlern, die auf eine proletarische Kundenschaft angewiesen sind, Lieferungsverträge mit der Glasbläse abgeschlossen. Und die „Flasche der Arbeiter-Glasbläse“ wird überall von den Arbeitern verlangt werden.

Das Beispiel der verachteten Glasbläse von Rive-de-Vier beweist nichts. Diese ist der rücksichtslosen Konkurrenz der kapita-listischen Glasbläsenbesitzer erlegen, weil sie die Fortschritt eines verachteten kapitalistischen Unternehmens und von vorn-herin mit einem schweren Schuldkonto belastet war. Die Glas-bläse von Albi dagegen beginnt ihren Betrieb mit einer gesicherten Kundenschaft und ohne einen Heller Schulden. Der besondere Cha-rakter der Albi-Genossenschaft, deren Gebelien eine Ehrenfrage für das Proletariat ist, bürgt dafür, daß die Hoffnungen der Unternehmerpresse werden zu schanden werden.

Die Glasfabrikation kann aus technischen Gründen erst nach drei bis vier Wochen begonnen werden. Bis dahin werden die Ausstände (unverkaufte Loose) im Betrage von beiläufig 100 000 Franken einlaufen. Der „Intransigent“ hat außerdem heute eine Geldsammlung begonnen, an deren Spitze Rochefort's Zeitung sich mit 10 000 und Rochefort persönlich mit 1000 Frs. eingeschrieben hat. —

Politische Ueberfahrt.

Berlin, 27. Oktober.

In arger Klemme befinden sich unsere Ordnungsparteien gegenüber der von unserem Genossen Bebel ein-gereichten Denunziation wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz. So lange der § 8 des benannten Gesetzes nur gegen Arbeiterorganisationen Anwendung fand, nahmen die Ordnungsparteien an dessen reaktionärem Inhalt nicht den geringsten Anstoß. Jetzt aber, wo infolge der Bebel'schen Denunziation der Staatsanwalt den General-Sekretär der nationalliberalen Partei, Herrn Bahig, und den Schriftführer des konservativen Zentral-Wahlvereins, Herrn v. Seckendorff, zur Vernehmung geladen hat, jetzt heulnisiert der ganze Ordnungsbrei, es möge endlich mit der vom Fürsten Hohenzollern bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Juni angefügten Vorlegung eines Vereins-Notz-gesetzes ernst gemacht werden. Ob Herr von der Wecke diesen Schmerzensschrei erhören und das vom Herrn Reichs-kanzler verpöndete Wort einlösen wird? —

Selig sind die Frommen; ihnen

Muß jedes Ding zum Heile dienen,

warum nicht auch der Fall Levy? Die ganze Reaktion ist auf dem Posten! Die gesammte fortschrittliche Kultur wird als Mitschuldige und Anstifterin des Verbrechens an-

Die Arbeit in den Kolonien.

Die schwerste Sorge für alle, die neue Kolonialgebiete erschlossen, war stets die, die Eingeborenen zur Arbeit zu ver-anlassen. Die Columbus, Cortez, Pizarro hatten in Amerika mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie unsere zeit-genössischen Kulturträger in unseren eigenen Kolonien. Bald, nachdem natürlich stets ohne jeden ernst zu nehmenden Rechts-titel von Land und Leuten Besitz ergriffen wurde, machte sich das Bedürfnis nach Arbeitskräften zur Anlegung von Wegen, zur Bestellung von Feldern, Errichtung von Wohnstätten, Erbauung von Festungen, Verrichtung häus-licher Dienstleistungen u. u. erforderlich. Arbeiter aus dem Mutterlande hierzu heranzuziehen, war nicht nur zu beschwerlich und zu kostspielig, auch die klimatischen Verhältnisse verboten dies meistens; dann hielt man es auch für natürlich, daß die Ein-geborenen für die freilich meist nur Missionäre und Schnaps-einführenden Kulturbringer ihre ganze Kraft umsonst oder gegen lächerlich niedrige Entschädigung zur Verfügung stellen sollen. Nirgends aber wollten dies die Eingeborenen. Wer die deutsche kolonialpolitische Literatur auch nur oberflächlich verfolgt hat, erinnert sich, daß bald nach unseren ersten Flaggens-tiftungen Schriften über das Thema: „Wie erzieht man die Neger zur Plantagenarbeit?“ erschienen. Dieses Thema wurde in Zeitschriften, Versammlungen u. u. vielfach erörtert. Praktisch kam man meistens zur Anwendung von höchst grausamen Zwangs-mitteln. Dätten wir nicht eine öffentliche Meinung, so würden wohl die Neger in unseren Kolonien das Schicksal der amerikanischen Indianer in den ehemaligen spanischen Kolonien bald theilen, welche durch die grausamen Zwangsmittel zur Arbeit fast ganz ausgerottet wurden. Das diese Verführung ihre Berechtigung hat, beweisen die sich an die Namen Peters, Leist, Wehlan und Schröder knüpfenden, den deutschen Namen aufs tiefste beschämenden That-sachen.

Major Wismann, der auf einem viel höheren Niveau sowohl in seiner theoretischen Auffassung wie in seiner praktischen Thätigkeit steht, wie die Peters, Leist, Schröder und Konsorten, hat unlängst in einem wissenschaftlichen Vortrage die Gründe auseinandersetzen gesucht, warum man die Neger so schwer zur Plantagenarbeit erziehen könne. Er führte als Grund die Bedürfnislosigkeit der Eingeborenen an, die im Interesse der Kultur durch Steigerung der Bedürfnisse, sei es selbst auf dem künstlichen Wege der Besteuerung bekämpft werden müsse. Diese Beurteilung ist doch zu einfach und zu schematisch, um in dieser Form richtig zu sein. Dem tiefer dringenden Forscher drängt sich ein selbstverständlicher, tiefergehender Unterschied zwischen der Auffassung der Arbeit bei den hochkultivierten Europäern und bei den in ursprünglichen von unserer historischen Entwicklung und Kultur unbeeinflussten Eingeborenen in Afrika auf.

Karl Bücher, unser hervorragender Wirtschaftshistoriker, erörtert in einer aus anderem Anlasse erschienenen Arbeit^{*)}, Die

geklagt, die Übergroße Humanität der Strafen und der Strafvollstreckung wird für dasselbe verantwortlich gemacht, und die konservative „Pommersche Reichspost“ verlangt, daß die Autorität nicht bloß des Gutsherrn, sondern auch des Lehrherrn, ja überhaupt des Erwachsenen gegenüber der Jugend erhöht werde. „Einen Erwachsenen,“ meint sie, „kann es unter Umständen schlecht ergehen, wenn er sich an einem ungezogenen Bengel vergreift, den er bei Be-gehung grober Unarten ertappt.“ Das wird nicht bloß „unter Umständen“, sondern in jedem Falle geschehen, wenn der Erwachsene ein Arbeiter und der ungezogene Bengel der Sohn des Gutsherrn ist. Mit diesem Geschrei aller Reaktionäre vergleiche man ihr Verhalten gegenüber dem Fall des Lieutenant's v. Bräufewitz. Als die Nach-richt kam, derselbe sei wegen der Niederstechung eines Zivilisten zu vier Jahren Festungshaft verurtheilt, was wir von vornherein bezweifelten, da das Straf-geheuch keinelei Anhalt für solche Strafe bot, da hörte man kein Geschrei über die übergroße Milde der Strafe, kein Verlangen danach, eine Strafe empfindlicher zu gestalten, ihre Vollstreckung etwa mit besonderen Neben-strafen, wie Prügel, zu begleiten. Die Strafe ist die denkbar mildeste und würde in weiten Volkskreisen gar nicht als Strafe angesehen werden. Der Verurtheilte kann sich bei der Festungshaft das Leben so angenehm als möglich ge-stalten, die Unannehmlichkeiten der Freiheitsbeschränkung können durch leicht zu erlangende zeitweise Beurlaubung gelindert werden. Die vier Jahre Festungshaft sind lange nicht so schwer zu ertragen als eine vierwöchentliche Ge-fängnisstrafe, wie sie oft auf das gelindeste Preßvergehen hin verhängt wird. —

Die Sonntagsruhe, die von den Arbeitern mit Freuden begrüßt wurde, soll dem Volke so viel wie möglich verleidet werden. Die Arbeiter und wir mit ihnen nahmen die Bestim-mungen über die Sonntagsruhe trotz mancher Belästigungen, die dieselbe mit sich führt, mit Freuden entgegen. Da sie jedenfalls der Ausbeutung durch die Arbeitgeber gewisse Schranken zog. Das genügt natürlich nicht den Frommen und den Frömmelern. Was gilt ihnen die Sonntagsruhe, die Erlösung der Arbeiter, wenn sie für ihre kirchlichen Zwecke keinen besonderen Ge-winn davontragen. Daß die Arbeiter durch die Sonntags-ruhe Zeit zur Erholung, zur Ausbildung, zum Genuß eines menschenwürdigen Lebens erlangten, hatte für sie kein Gewicht, wenn die Arbeiter die Sonntagsruhe nach freiem Belieben benutzten, statt sie in den Dienst der Kirche zu stellen. Nicht auf die Sonntagsruhe kam es den Frommen und Frömmelern an, sondern auf die Sonntagsheiligung. Die Härten und Unbequemlichkeiten der letzteren giebt nun den bürgerlichen Vätern Anlaß, mit neuem Eifer gegen die Sonntagsruhe selbst ihre Angriffe zu richten. Selbstverständlich lassen wir uns dadurch in unserem Kampf für die Sonntagsruhe nicht irre machen. Daß die pfälzischen Bestrebungen solche Macht erlangen haben, das danken wir nur der bürgerlichen Aus-beutungslust, die ohne jene auch nicht den geringsten Versuch ge-wacht haben würde, die Sonntagsruhe auch nur im beschränkten Maße zu gewähren; jetzt müssen sie dieselbe hinnehmen mit allen möglichen pfälzischen Beschränkungen. Von dem Augenblicke an, wo die Bourgeoisie mit der Sonntagsruhe ernst machen würde, würden die Arbeiter auch mit ihnen Hand in Hand gehen, um den Sonntag vor pfälzischen Uebergriffen zu schützen. —

In dem Prozeß gegen den „Booruit“ in Gent hat die Verhandlung gestern stattgefunden. Sie nahm die Vor- und Nachmittags-sitzung des Gerichtshofs in Anspruch. Die Urtheilsverkündung wurde bis Mittwoch — morgen — ausgesetzt. Ein Privattelegramm aus Brüssel, welches leider erst sehr spät in der Nacht eintraf, so daß die Aufnahme ins Blatt gestern nicht mehr möglich war, theilt uns ein-stweilen folgendes mit:

Brüssel, 26. Oktober, abends 11 Uhr. Der Prozeß in Gent findet unter großer Erregung und großem Andrang des Publikums statt. Angeklagt sind die sämtlichen Verwalter des Booruit: Anseele, van Beewern, Sessers, van Oysghem, Fockaert, Beerbloel und Panckel. Nach Erledigung der nöthigen Formalitäten erhält zuerst der Arbeits-

Arbeitsweise der Naturvölker. Aus dem so überschriebenen ersten Kapitel der unten genannten Schrift theilen wir das folgende auszugsweise mit:

Überall ließ man die wirtschaftliche Entwicklung mit einem Zustande beginnen, in welchem die Arbeit verabscheut und ledig-lich als Last empfunden wurde. Für diese Annahme konnte man sich mit gutem Grunde darauf berufen, daß in verschiedenen Sprachen die Ausdrücke für Arbeit (griechisch ponos, lateinisch labor, französisch travail, mittelhochdeutsch Arbeit) ursprünglich den Sinn von Noth, Mangel, Plage gehabt haben. Und die Ethnographie schien diesen sprachgeschichtlichen Beweis zu bestätigen, indem sie die Arbeitscheu als einen hervorragenden Charakterzug roher Naturvölker bezeichnete und mit zahlreichen Zeugnissen namhafter Beobachter von Tacitus bis auf den jüngsten Afrika-reisenden belegte. Freiheit und der Zustand der Wildheit entsprechen einander; ihr höchstes Glück ist der Mühsamkeit; sie lassen jede Art der Arbeit. Nur die dringende Noth oder der härteste Zwang bringt sie zu einer widerwillig verrichteten Thätigkeit und auch dies nur, wenn andere Mittel der Bedürfnis-befriedigung versagen.

Bücher meint, daß es sich hier um eine allgemeine von jedem Forscher den früheren nachgeschriebene Annahme handle, die aber thatsächlich nichts anderes sei, als eine durchaus unzulässige Uebertragung der sozial-ethischen Vorstellung unserer Kulturwelt. Der Naturmensch leistet, im Ganzen genommen, oft ein nicht geringeres Maß von Arbeit als der Kulturmensch; aber er leistet sie nicht in regelmäßiger Arbeit, sondern gewisser-maßen sprunghaft und lannenhaft. . . Die angespannte, regel-mäßige Arbeit, das ist es, was der Naturmensch scheut. Den Eindringen des Augenblickes gehorchend, gewöhrt er gern das Bild der Vielgeschäftigkeit; aber es scheint ihm nicht ernst mit seinem Thun; er kennt keinen Unterschied zwischen Spiel und Arbeit, nützlicher und anhaltender Thätigkeit.

Folgende Schilderung eines englischen Missionars^{**)} dürfte auf alle primitiven Völker Anwendung finden: „In seinen täg-lichen Beschäftigungen sieht man die Neuseeländer selten mit einer mehrere Stunden anhaltenden Ausdauer einem Geschäfte obliegen. Denn da er die Zeit nicht richtig zu schätzen weiß, so ist es ihm etwas völlig gleichgültiges, wann dieses oder jenes vollbracht sein wird. Seine ganze Lebensweise ist eine sprunghafte und es kann ihm nicht einfallen, seine Verrichtungen regeln zu wollen durch Festlegung gewisser Stunden dafür.“ Sein Leben kennt keinen äußeren Zwang, keinen Beruf, keine soziale Pflicht, alles wird nach den eigenen unmittelbaren sich geltend machenden Bedürfnissen eingerichtet. Dieses Leben ist, nach unserem Maße gemessen, plan- und ziellos, es kennt keine eigentliche Lebensfürsorge, keine Arbeits- und Mahlzeiten, keinen geordneten Wechsel zwischen Thätigkeit und Ruhe. Aber wenn ein solches Dasein auch nicht geregelt ist, so ist es doch vollkommen angefüllt; der Naturmensch würde es gegen kein anderes ver-tauschen. So lange diese Daseinsbedingungen aber dauern,

inspektor als Zeuge das Wort. Er sagt, daß er infolge der in der Presse — in dem anarchistischen „Recht voor Allen“ — gemachten Denunzia-tionen eine Untersuchung vorgenommen habe. Die Arbeiter erhalten ein festes Minimum, das nach den Arbeitsstunden berechnet wird und zu dem das, was darüber hinaus verdient wird, hinzutritt. Der Gerichtshof prüft die Bücher des „Booruit“, die in der Ordnung besunden werden. Der Umstand, daß in der einen Rubrik steht: „Antheil des „Booruit“, veranlaßt den Vorsitzenden zu einer Frage an Anseele. Dieser erklärt, daß keine Abzüge irgend welcher Art gemacht wurden und dem „Booruit“ kein Theil des Lohnes zufließt.

Zeuge Boudexen: Die Arbeiter sind vollständig frei; — sie sind keine Lohnarbeiter im gewöhnlichen Sinne, sondern genossenschaftliche Theilhaber und haben bloß die Bedingungen zu erfüllen, die sie als Mitglieder des „Booruit“ eingegangen sind. Das jetzige Haftungs-system besteht seit zwei Jahren. Die Klassen, in welche die Beiträge gehen: die Streikkasse und die Reisekasse, dienen hochmoralischen Zwecken. Zeuge Brod-mann: Das „Recht voor Allen“ hat nicht verleumdet. Die Arbeiter und Arbeiterinnen getrauen sich aber nichts zu sagen. Dujardin, Schneiderin, be-streitet dies; die Arbeiterinnen nicht eingeschüchert; was geschieht, geschieht mit ihrer Einwilligung. Mehrere andere Arbeiterinnen bekräftigen dies.

Zu der Nachmittags-Sitzung werden noch verschiedene Zeugen vernommen, die sehr günstig ausfallen. Darauf die Neben des Anklägers und der Verteidigung; dann eine längere Erklärung Anseele's. Der Gerichtshof verschleibt das Urtheil auf Mittwoch. Ausführlicher Bericht folgt.

So das Telegramm. Interessant ist, daß der „Anarchist“ Brodmann in diesem Prozeß gegen ein Arbeiterunternehmen als Kronzeuge figurirt. —

Den französischen Ruffenschwärmern macht ein Russe, der sich nicht zu den Revolutionären zählt, einen recht annehmbaren Vorschlag. Er schreibt uns:

Der Jubel der Franzosen über unseren Zaren war, wie wir gesehen haben, sehr groß. Wir Russen sind natürlich sehr froh, daß wir unseren Brüdern eine so große Freude verschaffen konnten. Leider war aber der Jubel unserer Freunde sehr kurz. Um ihn zu verlängern und zu vergrößern, können wir unseren Brüdern als Dank für die Ehre, die sie uns in der Person des Nikolaus II. erwiesen haben, im Namen unserer Freundschaft, ein Andenken zu stiften, das ihnen Freude und Glück auf immer verschaffen kann; wir meinen — den Zaren. Wenn der Jubel unserer lieben Freunde schon während des kurzen Auf-enthalts des Zaren so groß war, da können sie sich vorstellen, wie groß er sein wird, wenn sie ihn auf immer als Empereur de la France beibehalten. Wir Russen wünschen unseren Brüdern gern dieses Glück aus lauter Freundschaft zu ihnen, weil die Franzosen sich immer und am meisten in den letzten Ereignissen als echte unverfälschte Freunde des russi-schen Volkes zeigten. Wir werden uns noch glücklicher fühlen, indem wir das geliebte „Väterchen“ als Selbstherrscher eines ihn wirklich liebenden Volkes sehen. Als Nevanche werden wir von den Franzosen den Herrn Zaren zu uns nach Rußland nehmen. Ich hoffe, wir werden beiderseits zufrieden bleiben.

Und wenn später der Selbstherrscher von Frankreich Lust haben wird, Rußland eine Ehre anzuthun und auf Besuch dahin zu kommen, da werden wir uns freuen und jubeln und „Vive l'empereur de la France“ schreien und „Gott behüte den Empereur“ und die russische Marschälle spielen. Nicht wahr, diese zwei Hymnen passen sehr gut zusammen? Das wird ein herrliches Schauspiel sein, nur mit diesem Unterschied von dem eben in Paris geschehenen: daß die Rollen vertauscht sein werden: statt französischer Republik — russische und statt russischer Absolutismus — französischer. Sie können auch sicher sein, daß unser Empfang des Selbstherrschers von Frankreich den der Franzosen übertreffen wird, unsere Kosten werden nicht 7 Millionen, sondern siebenmal 7 Millionen erreichen; Geld dazu werden wir genug erspart haben;

werden sie auch eine sittliche Auffassung des Lebens erzeugen, die der unfertigen zu wider-läuft. Daher jene unüberbrückbaren Gegen-sätze des wirtschaftlichen Verhaltens und des sittlichen Empfindens, wie sie uns so oft in Kolonialländern zwischen Eingeborenen und Eingewanderten entgegen treten. Man hat immer geglaubt, daß es genüge, den „Wilden“ die Technik unseres Ackerbaues, unseres Handwerks zu lehren, um ihn in raschen Schritten zur Höhe europäischer Wirtschaftskultur emporzubringen, und schloß auf bösen Willen, schlechte Charakteranlage, wenn es nicht gelang. Aber man über-sah, was der Naturmensch mit sicherem Instincte erkannte, daß unsere Kultur seinem körperlichen Wohlbefinden nichts hinzuzufügen vermag, daß unsere Gesittung ihm als Unfreiheit erscheinen muß. Daher die wertwürdige Erscheinung, daß manche Naturvölker nach jahrhundertelanger Ver-ehrung mit Europäern in ihrem wirtschaft-lichen Verhalten keinen Schritt vorwärts ge-than haben.

Nur der Trieb der Selbsterhaltung und der eiserne Natur-zwang veranlaßt die Urdwohner Guyanas^{*)}, gewisse Arbeiten, die sie ihren Frauen nicht aufbürden können, selbst zu verrichten. Jemand welche regelmäßige Arbeit will und wird der In-dianer nie verrichten; ich glaube auch nicht, daß er dazu im Stande ist. Wollte man ihn mit der Peitsche dazu zwingen, so würde er sterben, ebenso wie etwa eine Kage bei uns, die man vor einen Hundelarren spannen würde.

Die Arbeit, die die „Wilden“ und ihre Frauen verrichten, ist Bedarfsarbeit, keine Erwerbsarbeit; Arbeit, auf die nicht bloß der Besitz, sondern auch der Genuß folgt. Und es ist sehr zu bezweifeln, ob diese Arbeit von dem Naturmensch als Last empfunden wird, da sie freiwilbig und oft in einem das unmittelbare Bedürfnis über-treffenden Umfange übernommen wird. Rein technisch nicht physikalisch betrachtet, erscheint diese Arbeit außerordentlich müde-voll. Drei Dinge fallen dabei besonders ins Gewicht: Die Un-vollkommenheit der technischen Hilfsmittel, die Kompliziertheit der Arbeitsprozesse und der ausgesprochen kunstgewerbliche Charakter vieler ihrer Produkte. Der Erfolg der Arbeit hängt fast ganz von der Gewandtheit und Muskelkraft des Arbeiters ab, techni-sche Fortschritte bürgern sich sehr langsam ein. In allem wird die Arbeit schlechtweg durch rohe Kraftanstrengung bewältigt; daher sind die Menschen auch vor der Zeit abgenüht, weil sie eben mit ihrer Kraft nicht haü-zubalten verstehen. Sehr selten begegnet man einem alten Mann oder einer alten Frau. Ihre Kräfte sind im mittleren Lebensalter schon verbraucht, und dann sterben sie.

Die Langsamkeit, mit welcher die Wilden ihre Arbeiten vor-wärts bringen, ist so groß, daß ein Beobachter das Fortschreiten ihrer Produkte mit dem Wachsen der Pflanzen verglichen hat.

*) Arbeit und Mythos. (Des XVII. Bandes der Ab-handlungen der philologisch-historischen Klasse der kgl. sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften Nr. V. Leipzig, S. Gitzel 1898.)

**) Rahel, Völkerverwandtschaft II S. 120, zitiert bei Bücher S. 7
**) Nicholas, Reise nach und in Neuseeland S. 442, zitiert bei Bücher S. 8.

*) Jost, Ethnographisches und Verwandtes aus Guyana, zitiert bei Bücher, S. 9.

den das Militär mit solchen Herren Offizieren, wie die, die un-
längst ihr weltberühmtes Betragen beim Flecken Meßboji zeigten,
werden wir als Gefolge des Czaren nach Paris hinaus-
expedieren.

In der Hoffnung, Nikolaus II. als Empereur de la
France und Felix Faure als Präsident der russischen
Republik zu sehen, verleihe ich u. c.

Hoffentlich gehen die französischen Kosaken auf den
Vorstoß ein. —

Deutsches Reich.

Die Erziehung in Brandenburg, die am
29. d. M. stattfindet, läßt alle Parteien ihre Kräfte aufs höchste
anspannen. Am Mittwoch Abend hatten die drei Parteien eine
letzte Musterung in Brandenburg ab. Landrath v. Böbel hat sich den
Abg. Jakobsohn zur Unterstützung kommen lassen, um die
Handwerker in Brandenburg einzufangen für die von ihm befür-
wortete Zwangsorganisation. Ein Pastor aus dem Wahlkreise
soll daneben noch Begeisterung unter den Brandenburgern für eine
konservative Wahl herbeibringen. Die Sozialdemokraten
veranstalten zwei Versammlungen und werden zu denselben die Abg.
Kier und Singer erscheinen. Die Freisinnigen veranstalten eine
Versammlung, in welcher der Abg. Eugen Richter und Kopsch
sprechen werden.

Von den National-Sozialen. In einer Ver-
sammlung von Freunden der Naumann'schen „Hilfe“ und „Zeit“
zu Kassel, die hauptsächlich aus Lehrern bestand, verständigte
man sich unlangst nach einer Mittheilung der „Deutschen
Zeitung“ dahin, daß man zunächst keine eigene
Partei, sondern eine freie Vereinigung bilden müsse,
die in den Reihen der alten, „ausnahmslos“
dem Untergange verfallenen Parteien noch weiter wie
bisher Anhänger gewinnen soll. Nach dem genannten Blatt
erklärte in dieser Versammlung Herr v. Gerlach, der Redakteur
der „Zeit“, der aus Berlin gekommen, daß man vorläufig nur
auf Anhänger aus den Reihen der rechts-
stehenden Männer hoffen dürfe, da auf die
großen Massen der Sozialdemokraten noch
nicht gerechnet werden kann. —

Die Bäckerei-Verordnung des Bundes-
raths. Bekanntlich ist in allen Einzelstaaten eine amtliche Er-
hebung über die Folgen der seit dem 1. Juli d. J. in Kraft
stehenden Bäckerei-Verordnung auf Weisung des Reichstages
im Gange.

Wie aus Hamburg gemeldet wird, werden nicht nur, wie
wir befürchteten, die Bäckermeister, sondern auch die Bäcker-
arbeiter hierüber befragt. Hoffentlich bleiben die Beeinflussungen
der Innungsmeister auf die Arbeiter, von denen z. B. aus
Medienburg berichtet wird, erfolglos. —

Der Zuckersyndikat-Ring, von dessen
Plan, ein deutsch-österreichisch-russisches Kartell zu Stande zu
bringen, wir schon Mittheilung machten, agitiert zunächst für ein
„Deutsches Inland-Zuckersyndikat“. In alle Zucker-
fabriken Deutschlands sind dieser Tage Einladungen zum Beitritt
ergangen. Das Syndikat will den Verkauf des Konsumzuckers
im Inlande besorgen. Aus dem Erlös soll vorweg den beigetretenen
Fabriken 2 M. für jeden Hektarzentner Zucker ihres gesetzlichen
Kontingents gezahlt und der Rest abzüglich der Kosten mit den
Konsumzucker erzeugenden Fabriken und Raffinerien, die dem
Syndikat angehören, verrechnet werden.

Die „Magdeburger Zeitung“, das Waschbeken der Zucker-
barone, preist dies Projekt an als eines, das das „gebotene Maß“
halte und sich damit von vornherein Sympathien verschaffe, auch
jede Provokation der Konkurrenzländer vermeide. Dagegen
meint die „Voss. Ztg.“: „Eine bessere Satire auf das Zucker-
Kewergesetz, das der „Noth der Industrie“ ein Ende machen
sollte, konnte jedenfalls nicht geschrieben werden, als es durch diesen
Syndikatvorschlag gegeben ist.“ Und die „Berl. Ztg.“ schreibt:
„Zu den berechtigten Interessen, deren Pflege das Syndikat
nach seinem Prospekt bezweckt, gehören offenbar die Interessen
der deutschen Konsumenten nicht. Das Syndikat hat vielmehr
lediglich den Zweck, die deutschen Konsumenten zu Gunsten der
Produzenten noch über die Verbrauchsteuer und die Ausfuhr-
prämien hinaus zu schröpfen.“

Und wie steht es mit dem „Nothstand“? Thatsächlich
befinden sich nur einzelne der durch staatliche Liebes-
gaben kreidhausmäßig gezüchteten Zuckerfabriken in einer
schlimmen Lage. In Braunschweig wird sogar bereits von
einer in Aussicht stehenden Zuckerpreisleistungsbeschränkung
gesprochen. Das neue
Zuckerneuer-Gesetz sollte den Zuckerspekulanten helfen, darin
Man hat auch das ihrer Faulheit zugeschrieben; aber man bedenkt
nicht, wie ungünstig die Umstände sind, unter denen diese Arbeit
verrichtet wird. Ueberall muß die schlecht oder gar nicht bewaffnete
Hand das Werk liefern, und es wird eine Eigenschaft in hohem Maße
in Anspruch genommen, die gerade dem Naturmenschen am meisten
fehlt: die Ausdauer. Sein Erzeugnis trägt nach Ursprung und
Bestimmung ein ausgesprochen individuelles Gepräge; als
Verkörperung individueller Arbeit und als Ausstattung
für das Leben wird es recht eigentlich zu einem Stück der
Person, die es schuf. Der Naturmensch hat noch die Freude
des Schaffens, die in der Kulturwelt, von Ausnahmen abgesehen,
allen Handarbeitern und der Mehrzahl der Kopfarbeiter abgeht.

Diese interessanten Forschungsergebnisse Wäcker's sind außer-
ordentlich werthvoll zur Beurtheilung der Verhältnisse in
den aufgeschlossenen Kolonien. Sie erklären die Schwierig-
keiten, die Frage zu lösen, die Mitte der achtziger
Jahre so oft bei uns gestellt wurde: „Wie erzieht
man den Neger zur Plantagenarbeit?“ Sie erklären so manches,
was uns unverständlich und unerklärlich in den Vorgängen in
unseren Kolonien erscheint, sie zeigt aber auch, daß viel zu
schematisch bei der Behandlung der eingeborenen Bevölkerung
vorgegangen wird.

Wir sind sicher, daß unsere Kolonialpolitiker sich wohl ge-
föhlt hätten, aus dieser Akademischkeit etwas zu publizieren, sie
werden die Arbeit wohl auch künftig todtschweigen. Denn sie
können die Thatsachen nicht widerlegen und müßten, wollten sie
diese Forschungsergebnisse berücksichtigen, ihre ganze Taktik
ändern. Was sie wollen, ist, die Neger zur Mehrwerthschaffung
zwingen. Und hierzu erscheint ihnen die Mißpöckerei als
viel geeigneteres Werkzeug als ein verständiges und liebevolles
Eingehen auf die Arbeitsweise der Naturvölker.

Literarisches.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag's der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu
Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896. Berlin 1896. Buch-
handlung Vorwärts. 192 S. gr. 8°. Preis 30 Pf.

In einem stattlichen Bande, zu sehr billigem Preise,
liegt und schon 11 Tage nach Schluß des Parteitag's
ein übersichtlich zusammengestelltes, genaues, allen Ansprüchen
genügendes Protokoll über unseren letzten Parteitag vor. Gegen-
über den früheren Protokollen, denen es in Format und Aus-
stattung gleicht, ist ein Fortschritt zu verzeichnen, indem nun auch
zu dem Sprechregister ein sehr gut ausgearbeitetes Sachregister
hinzugekommen ist, das das Nachschlagen und die praktische Ver-
wendung in der Agitation in hohem Maße erleichtert. Hervorheben
wollen wir, daß allen Rednern, die es wünschten, auf dem Parteitag
Gelegenheit gegeben wurde, ihre Reden durchzusehen und Irr-
thümer der Berichterstattung richtig zu stellen. Für jeden ernst-
haften Parteigenossen ist der Besitz dieses Protokoll's unbedingt
nützlich.

haben sie sich gründlich getäuscht. Nach der „Frankf. Ztg.“ ist
bei ihnen jetzt die Ueberzeugung von der Schädlichkeit dieses
Gesetzes ganz allgemein. So werfen sie sich denn auf das
Kartell als ihr letztes Rettungsmittel. Ihre blödsinnige Ueber-
produzirerei, die zu der schlimmen Lage der Zuckerindustrie
führte, soll jetzt das deutsche Volk durch höhere Preise bezahlen.
Aber auch das wird den Krach nicht aufhalten. —

Gegen das Duell will ein Kreis von Bürgern in
Gotha eine Volkskundgebung veranlassen. In dem Aufrufe wird
die Bluttat in Karlsruhe eine That anarchistischer Selbsthilfe
genannt. Gefordert wird:

Aufrichtige und energische Durchführung des vom Reichstage
einstimmig gefaßten Beschlusses, betreffend die Beseitigung des
Duellwesens; Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für alle
nicht dienftlichen Vergehen.

Unterschiedet sind Geheimrath Bethel, der Präsident des
Landgerichts und des Landtages, ferner Richter, Pfarrer, Gym-
nasiallehrer, Ärzte, Bankbeamte u. c. —

Die „Neue Welt“ ist auch in Hamburg und
anderen Städten konfiszirt worden. Und trotz des konfiszirten
Wächterrefus, trotz des Eifers des Breslauer Staatsanwalts
wachen immer mehr Arbeiter auf! —

Der schrecklichste der Schrecken scheint für den
neuen Rektor der Berliner Universität die Frau zu sein. Er er-
schwert den Frauen den Vorlesungsbesuch und verbietet dem sozial-
wissenschaftlichen Studentenverein, sich von Frauul. Helene Lange
einen Vortrag halten zu lassen. Da Frauul. Lange am meisten
durch das Nachsagen von Adhärenzen die hohen Persönlichkeiten
bekannt ist und politisch auf dem Schradel-Brödel-Rider'schen
Standpunkte steht, so kann es nur die Frau sein, die Rektor
Brummer fürchtet. —

Krupp wird nicht bloß als Verkäufer von Mord-
waffen, sondern auch als Produzent international. Er hat auch
die belgische Landes- Waffenfabrik in Herstal angekauft.
So konzentriert sich mit der Zeit die Produktion von Kanonen
und Kanonen immer mehr in einer Hand. Belgier, Franzosen,
Holländer, Italiener, Abspazier, Deutsche, Russen, Oesterreicher,
Türken schießen mit Krupp'schen Kanonen, verteidigen sich mit
Krupp'schen Kanonen. Wer aber an Krupp's Patriotismus
zweifelt, dem wird die Antwort, daß er mit Stimm der
patriotischsten und nationalsten Fraktion des deutschen Reichs-
tages angehört. —

Dresden, 26. Oktober. (Sig. Ber.) Zur Frage der
Vestuerung der Konsumvereine dürfte ein Anhang
aus dem soeben erschienenen Jahresbericht des Verbandes sächsischer
Konsumvereine von allgemeinem Interesse sein. Demnach haben
die 182 am Verband beteiligten Konsum- und Produzenten-
vereine 118 926 Mitglieder. Sie erzielten
28 107 818 M. Jahresumsatz, dem noch 8 082 119 M. direkter
Jahresumsatz mit Wädem und Fleischern zuzurechnen sind. Ge-
zahlt wurde insgesamt 3 096 089 M. Dividende. Der Procent-
satz der Dividende schwankte zwischen 4 und 21. An Steuern
wurden gezahlt 80 985,50 M. Einkommen-, 109 648,97 M. Ge-
meinde-, 6922,50 M. Grundstücks- und 3225,67 M. Brausteuer.
Als Beiträge zu den Handels- und Gewerbesteuern wurden
1518,51 M. gezahlt. Die Vereine beschäftigten zusammen 1884
Personen ständig und 692 ausbissweise. Die größten Konsum-
vereine sind: Konsumverein „Vorwärts“ Dresden mit 12067 Mit-
gliedern, 2 146 548 M. Jahresumsatz und 6 1/2 pCt. Dividende.
Der Verein hat 23 Verkaufsstellen; Konsumverein Leipzig-Plag-
witz mit 11 400 Mitgliedern, 8 579 416 M. Jahresumsatz und
10 pCt. Dividende. Hier ist noch zu erwähnen die Leipziger
Genossenschaftsbäcker mit 425 Mitgliedern, 259 044 M. Jahres-
umsatz und 6 pCt. Dividende. Der Konsumverein Schöneberg mit
30 000 Mitgliedern, 2 970 577 M. Jahresumsatz und 16 pCt.
Dividende.

Die Sozialdemokratie Schwarzburg-
Rudolstadt sieht dem Ausgange der Landtagswahl
trostlos entgegen. Neben dem Mandat für Frankenhäusen,
das sie schon seit fast einem Jahrzehnt in Besitz hat, ist es nicht
unmöglich, daß einige andere neu erobert werden. Die Wahl-
bewegung hat diesmal, wie das „Saalfelder Volksblatt“ schreibt,
ein wesentlich anderes Gepräge als früher, wo mit Ausnahme
des Wahlkreises Frankenhäusen-Stadt das politische Moment
keine Rolle spielte. Infolge der Vetheiligung der Arbeiter
ist die jetzige Wahlbewegung ausgeprägt politisch, wozu außer
der fortgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung besonders
die Taktik der Regierung beigetragen hat, auf Grund vorstuf-
fluthlicher Bestimmungen, die den Arbeitern schon das Recht zur
Gründung von politischen Vereinen verbieten, ihnen auch noch
die Versammlungen illusorisch zu machen. Es hat infolge dessen
unter der Arbeiterschaft des kleinen Ländchens ein Grad von Er-
bitterung Platz gegriffen, der bei der Wahl deutlich zum Ausdruck
kommen dürfte. Die Stimmenszahl, die wir bei der vorigen Wahl
erhielten, war bereits recht ansehnlich; von 5498 indessen ab-
gegebenen Stimmen bekamen die sogenannten „Ordnungs“parteien
5971, wir 1527, also fast ein Drittel aller Stimmen. Am
günstigsten waren die Ergebnisse im 1., 2., 6. und 12. Kreise; der
10. (Frankenhäusen) ist, wie schon erwähnt, überhaupt sicher. Die
Wahl ist nächsten Donnerstag.

Stuttgart, 25. Oktober. Die württembergische Anwalts-
kammer beschloß mit 45 gegen 3 Stimmen, daß die Ver-
leihung des Justizraths-Titels an Rechtsanwältinnen
als nicht im Interesse des Berufs liegend erachtet
werde. —

Mainz, 26. Oktober. (Sig. Ber.) Am 5. November findet
die Erziehung im Reichstags-Wahlkreis Mainz-Oppenheim an
stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Josef statt. Nachdem
nunmehr in letzter Stunde die demokratisch-deutschespreisun-
genige von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abgesehen
hat, treten nur vier Parteien in die Arena. Die sozialdemokratische
Partei, die Siegerin von 1890 und 1893, präsentiert als Kan-
didaten Genosse Dr. Ed. David in Mainz, die ultramontane
Partei den Rechtsanwalt Dr. Adam Schmitt in Mainz, die
nationalliberale Partei den Oberschulrath Dr. Soldau in Darm-
stadt und die Antisemiten den Geometer und Landwirth
Michael Wolf zu Staden. Bei der Wahl 1893
erhielten im ersten Wahlgange die Demokraten 2042,
die Ultramontanen 5133, die Nationalliberalen 5269,
die Sozialdemokraten 8665 und die Antisemiten 270 Stimmen.
Bei der Stichwahl siegte alsdann die sozialdemokratische Partei
mit 10 686 Stimmen gegen die nationalliberale Partei, welche
8196 Stimmen erhielt. Bei der bevorstehenden Wahl wird sich
eine eventuelle Stichwahl zwischen dem Centrum und der Sozial-
demokratie abspielen.

Deffische Landtagswahl. Genosse Ulrich in
Offenbach ist bekanntlich zweimal gewählt. Da er auf den Kreis
Offenbach-Land verzichtet hat, ist dort eine Neuwahl nöthig.
Auf einer Konferenz der Wahlmänner und der Vertretungsleute
dieses Bezirks, die am Sonntag in Offenbach tagte und zu der
auch das Landeskomitee und die Landtags-Abgeordneten hingu-
gegangen waren, ist nun für Offenbach-Land der Genosse Rau
aus Mülheim als Kandidat aufgestellt worden.

Metz, 25. Oktober. (Sig. Ber.) Wie man in Elsaß-
Lothringen versichert, zeigt folgender Fall, über den uns
aus Didenhofen berichtet wird. Gelegentlich des Kirchweihfestes
in unserem Nachbarorte Ruzweiler kamen am Dienstag, den
20. d. M., abends 11 1/2 Uhr, die beiden Gendarmen W. und G.
aus Dillingen in die Wirthschaft des Herrn Comtois und forderten
die anwesenden Gäste auf, das Lokal zu verlassen. Als ein
Arbeiter aus Gchingen den Beamten erwiderte, daß er als
Fremder das Recht hätte, in dem Lokale zu verweilen,
entspann sich ein Streit, im Verlaufe dessen die Gendarmen
harrt zogen und auf den betreffenden Arbeiter einbrangen. Ein
Herr J. B. Sauerer, welcher versuchte, dieser Handlungsweise

Einhalt zu thun, wurde ebenfalls mit dem Säbel bearbeitet.
Schließlich wurden beide „Wirthschafter“ nach Dillingen transportirt
und bis zum anderen Tage eingesperrt. Nach ihrer Freilassung
ließen sich die Genannten sofort ein ärztliches Attest über die
erlittenen Mißhandlungen ausstellen und erhoben Klage bei der
Staatsanwaltschaft. —

St. Ludwig, 25. Oktober. (Sig. Ber.) Unter den Bäckern
der elsässischen Grenzorte ist gegenwärtig eine Bewegung im
Gange. Sie haben dieser Tage an das kaiserliche Ministerium
in Straßburg eine Eingabe gerichtet, dahingehend, es möge die
Bestimmung, wonach den Grenzwohnern (Deutschen) gestattet
ist, 6 Pfund Broten zollfrei aus der Schweiz einzuführen, auf-
gehoben werden. Begründet wird die Eingabe damit, daß die
elsässischen Bäcker das Brot nicht so billig geben können, wie
ihre schweizerischen Kollegen, weil sie ihr Mehl zum größten
Theil aus dem Auslande beziehen und hohe Zollgebühren dafür
zahlen müssen. Falls das kaiserliche Ministerium dem Wunsche
der Bäckermeister entsprechen sollte, was kaum anzunehmen ist,
so beginnt eben wieder der Schmuggel und die Bäckermeister sind
um nichts besser gestellt. —

Ungarn.

Von der Wahlbewegung. Die Wiener Blätter
melden einen Wahlerfolg aus Tyrnau in Ungarn; eine Ab-
theilung Husaren, welche einschritt, wurde mit einem Steinhaug
empfangen, wobei ein Husar getödtet wurde. Die Abtheilung
zerpöngte den Pöbel mit blanker Waffe, zwei Personen wurden
schwer verletzt.

Infolge der krumischen Wahlbewegung in Ungarn gingen
Truppen aus Neunkirchen, Traiskirchen, Marburg, Magerburg,
Laibach und aus mehreren Städten Galiziens nach den gefährdeten
Orten ab. —

Schweiz.

Zürich, 26. Oktober. In Wahlkreise Zürich (1. eidgen.
Wahlkreis) blieb eine Wahl unentschieden. Es muß Stichwahl
stattfinden zwischen Greulich (Sozialdemokrat), Schappi
(Radikal) und Wille (Konfessionar).

Frankreich.

Paris, 27. Oktober. Der Minister des Innern Barthe-
lemy legte heute in der Kammer vier Gesetzentwürfe betreffend eine
Revision der Gesetze über die Generalräthe und über die Ver-
fassung der Gemeinden vor. Die Vorlagen haben den Zweck,
eine Dezentralisation herbeizuführen und die gegenwärtig
bestehenden Präfektur-Räthe durch 16 Bezirksräthe zu ersetzen. —

Paris, 27. Oktober. (Telegramm.) Deputirten-
kammer. Der Wiederzusammentritt der Kammer vollzieht
sich in größter Ruhe. Viele Deputirte fehlen. Präsident
Briffon verlas ein Schreiben des Präsidenten Faure, in
welchem derselbe der Kammer das Telegramm mittheilte,
welches Kaiser Nikolaus ihm aus Pagny sur Moselle übersandte.
Der Präsident fuhr alsdann fort: „Die Deputirtenkammer,
welche seit 1881 in feierlicher Weise die Sympathien Frankreichs
für Rußland bekundet, wird bei der Eröffnung der Session dem
erhabenen Herrscher Gruß entbieten und an ihn sowohl wie
dem Kaiserin Wünsche für den Ruhm ihrer Regierung und das
Glorie ihres Reiches richten wollen. Nach den Kundgebungen in
Kronstadt und Toulon haben die Oktober-Festtage die Freund-
schaft zweier großen und stolzen Nationen sich von neuem festigen
sehen. Die Dichter, die Künstler, die Presse und das ganze
Volk haben diesen Einklang gefeiert. Die französische Demo-
kratie hat bezeugt, daß unsere Staatsrichtungen weit
davon entfernt sind, den Geist der Folgerichtigkeit, der Beständig-
keit, Einheit und Einigkeit in ihren Zielen aufzugeben. In
Paris, dessen Größe und Reich das bestreute Herrscherpaar so
tief empfinden und so zartfühlend gerührt hat, hat die aus
ganz Frankreich herbeigeeilte Menge, das über ihr schwebende
Bild des ganzen Vaterlandes repräsentirt. Ein Herz, ein
Wille! Welch ein Schauspiel, welche Lehre,
welch ein Quell des Vertrauens und der Hoff-
nung! Die Rede wurde in ihrem ganzen Verlauf mit leb-
haften Kundgebungen begleitet.“

Ministerpräsident Meine dankte Briffon für seine patrioti-
schen Worte und führte aus, die Kammer habe dadurch, daß sie
den Worten ihres Präsidenten einmütig beipflichtete, die Be-
deutung dieser Kundgebung betonen wollen, welche die Stellung
Frankreichs dem Auslande gegenüber nur erhöhen könne und
gleichzeitig all die Kraft und die Autorität verleihe, welche
nöthig sei, um im Namen Frankreichs zu sprechen. Meine
schloß, er sei überzeugt, das Land werde dem ebenso zustimmen,
wie die Kammer. (Beifall.) Das Haus schloß hierauf seine
Tagesordnung fest.

So das Wolff'sche Telegramm.
Die Briffon'schen Latenzphrasen verdienen der Nachwelt
erhalten zu werden, als ein Denkmal der bürgerlichen Kultur
am Ende des 19. Jahrhunderts. Und vor 100 und einigen
Jahren machten die Urgroßväter dieser Bedienten die französische
Revolution! Draufschrei kann der Verfall des Bürgerthums
nicht zur Anschauung gebracht werden, als durch diesen Kontrast.
Im Senat dieselbe patriotische Komödie. Nur daß hier
Papa Loubet die republikanische Kniebeuge vor Väterchen aus-
führte. —

Paris, 26. Oktober. Der Municipalrath hat sein
früheres Bureau wiedergewählt.

Ein Ausschluß der Sozialisten wegen ihrer ablehnenden
Haltung beim Empfang des Zaren erschien wohl un möglich. —

Paris, 24. Oktob. (Sig. Ber.) Die Budgetkommission
ist nun doch noch vor dem Wiederzusammentritt der Kammer mit
ihren Arbeiten fertig geworden. Ihre Leistungen sehen aber auch
danach aus. In erdrückender Mehrheit (28 von 89 Mit-
gliedern) aus ministeriellen Abgeordneten zusammengesetzt,
hat sie nach einigen schandenhalber gemachten Anläufen
zur ernstlichen Herabsetzung der Kreditforderungen schließlich der
Regierung in allem wesentlichen nachgegeben. Der Gesamt-
betrag der Herabsetzungen stellt sich auf bloß 10 790 169 Fr.,
von denen die Regierung stellt 10 Millionen genehmigte. Der
Budgetvoranschlag für 1897 weist an Einnahmen 3 385 764 965 Fr.
und an Ausgaben 3 376 451 508 Fr. auf. Demnach beträgt der
Ueberschuß 9 313 462 Fr. Da aber von diesem Ueberschuß
9 Millionen zur theilweisen Rückzahlung der sechsjährigen
Obligationen verwendet werden müssen, so verbleibt ein Ueber-
schuß von 318 462 Fr. Und das, wohlgenutzt, auf dem Papier.
Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß die Verwaltung nie mit
den in Voranschlag vorgesehenen Krediten auskommt. Nach-
trag-Kredite sind in der französischen Finanzwirtschaft
ein ständiges Uebel, sodas das vornehmste Recht des Parlaments
illusorisch gemacht wird.

In dieser Beziehung sind lehrreich die Ausführungen des
Generalanwalts des Rechnungshofes, Renaud, der dieser Tage
eine förmliche Anklage gegen die finanzielle Mißwirtschaft
hielt. Im Zeitraum 1871—1896 stellte der Rechnungshof 3096
Ueberschreitungen des vom Parlament votirten Finanz-
gesetzes fest, darunter handelt es sich in mehr als
200 Fällen um von der Verwaltung selbstherrlich
gemachte Ausgaben, die dann durch Nachtragkredite richtig
legalisiert wurden. Insbesondere ist beliebt das System der un-
gesetzlichen Kredit-Übertragungen von einem Posten auf den
anderen oder auch von einem Ministerium auf das andere. Und
zwar geschieht das am häufigsten zwecks Erhöhung des Gehalts
des oberen Beamtenpersonals! Mit anderen Worten, die hohen
Wärdenträger leisten sich eigenmächtig „Gratifikationen“ auf Kosten
der Steuerzahler. Und die Kammer zeigt weder den Willen noch
die Fähigkeit, diese Auswüchse zu beseitigen. Die Nachtrag-
kredite werden von ihr um so eifertiger votirt, als es sich meist
um bereits verthanes Geld handelt. Auch der neueste Wahnsinn
wird spurlos verhallen. Die Mißwirtschaft wird so lange dauern,
als die Regierung thatsächlich sich in den Händen eines und
desselben Klüngels befindet.

Die Steuerreform ist aus dem Budget ausgeschlossen worden, entgegen dem vom Kabinett am Ende der Sommerferien gemachten Versprechen. Das ist übrigens ein althergebrachtes Mittel, die dringendsten Reformen endlos verschleppen zu können.

Dafür wird der Kammer gleich im Anfange der Session eine Vorlage betr. Zucker-Ausfuhrprämien zugehen. Die Liebesgabe an die Zuckerbrenner beträgt 15-16 Millionen. Anfänglich willigten die Fabrikanten ein in die Ausbringung der erforderlichen Summe durch Erhöhung der Fabrikationssteuer auf den nicht kontingentierten Zucker, der mit 30 Franks (anstatt 60) pro 100 Kilo besteuert ist. Zuletzt aber wollten sie die Prämien ausschließlich aus den Taschen der Konsumenten, durch Erhöhung der Verbrauchssteuer bezahlt wissen. Milne schlägt nun einen „Mittelweg“ ein: er will die volle Verbrauchssteuer von 60 auf 64 und die halbe von 30 auf 32 Fr. erhöhen.

— Zum Fall Dreyfuß. Der „Politique coloniale“ zufolge wurde der Sekretär des Gouverneurs von Guyana abgesetzt wegen des Verdachts, den Chiffreschlüssel der den früheren Kapitän Dreyfuß betreffenden Depeschen verrathen zu haben. —

England.

— Ein Theil der Independent Labour Party feht die Liebigerei mit den anarchischen Hier- und Schauer-Exemplaren fort. So sprach vor 8 Tagen Tom Mann in London auf einem Meeting zu Ehren der nach Amerika (auf Agitation) reisenden Louise Michel. Und für den 11. November ist Tom Mann als Sprecher auf einem „anarchistischen“ Meeting zum Andenken an die Opfer des Chicagoer Klassenjustiz-Mordes angekündigt. Mit Ausnahme Linggs war bekanntlich keiner der damals Verurtheilten ein Anarchist, und der nicht weniger als revolutionäre Gouverneur von Illinois, Altgeld, hat, wie man weiß, den Prozeß als Justizwagniß gekennzeichnet und die überlebenden Opfer aus dem Gefängnis entlassen. —

Reir Hardie, der nominell an der Spitze der Unabhängigen Arbeiterpartei steht, aber von Tom Mann mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wird, hütet sich vor derartigen Seiten- sprüngen, die seine Wahlausichten vernichten würden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das Gebahren Tom Mann's die Strömung zu Gunsten einer Vereinigung oder doch Verhänblichung mit der Social Democratic Federation innerhalb der Independent Labour Party kräftigen wird. —

Italien.

Rom, 24. Oktober. (Eig. Bericht.) Die Unterschlagungen, welche in der Finanzverwaltung der Stadt Palermo entdeckt worden sind, erweisen sich mit jedem Tage als beträchtlicher und befähigen die Auffassung, daß die Symptome der beginnenden Fäulnis und Zersetzung in der herrschenden italienischen Bourgeoisie nirgends so grell hervortreten wie in Sizilien. Ebendort zeigen sich deshalb die kräftigsten Ansätze zu einer Organisation der Arbeiterbevölkerung, die in dem größten Theile der Halbinsel fast völlig fehlt. Die bis jetzt festgestellte Summe der Unterschlagungen in der Stadtkasse von Palermo beläuft sich auf mehr als eine Million Lire. Rassen aller Art, die der städtischen Verwaltung anvertraut waren, sind ausgehöhlt; Kauttionen, welche von Bauunternehmern und anderen mit der Stadtverwaltung in Geschäftsverbindung stehenden Personen erlegt worden waren, sind gestohlen worden. Wir immer in solchen Fällen handelt es sich um einen Kollektivdiebstahl. Der Hauptschuldige, der Schahmeister der Stadt, hat nach seiner Verhaftung eine Liste von Personen vorgelegt, welche von ihm, um ihr Schweigen zu erkaufen, Geld empfangen haben, darunter eine Anzahl von Stadträthen. Es wäre sonderbar gewesen, wenn unter den Mithäufeln an den unterschlagenen Summen Francesco Crispi gefehlt hätte, der doch Parlaments-Abgeordneter für Palermo ist; und in der That fehlt er auch nicht. Nach der einen Mitteilung hätte Crispi von dem Schahmeister der Stadt Palermo 300 000 Fr. als „Darlehn“ erhalten und dafür, trotz mehrfacher Warnungen, die Thatfache ignoriert, daß jener Schahmeister sein Amt verwaltete, ohne die vorgeschriebene Kauttion geleistet zu haben. Was aber ein Crispi'sches „Darlehn“ bedeutet, zeigen die Summen, die er seinerzeit von der Römischen Bank, gleichfalls als Entschädigung für seine Protektion, erpreßt hat. Nach der anderen Version hätte Crispi von dem Schahmeister von Palermo Geld dafür erhalten, daß er ihn, trotz des gegenständlichen Gutachtens der Unterbehörden, zum „Kommandanten“ (Mittler eines hohen Ordens) ernannte. Auch dies würde völlig in Crispi's Fach einschlagen, da er ja bekanntlich von dem französischen Spekulant Herz für die Vereihung desselben Ordens 50 000 Franks bekommen hat. Die Wiederholung dieses Verfahrens stellt Crispi dem Schwiegersohn des Präsidenten Grevy, Herrn Wilson, gleich, der aber doch wenigstens nicht Ministerpräsident war. — Bemerkenswert sind die in der letzten Zeit stark überhandnehmenden Desertionen aus der italienischen Armee, welche meist durch die Verführung der Soldaten, nach Abessynien verschickt zu werden, hervorgerufen werden. Der Vorgang hat Ähnlichkeit mit den zahlreichen Desertionen aus den spanischen Regimentern, die nach Kuba versandt werden sollen; nur erreichen die italienischen Desertionen nicht die Zahl der spanischen, da das gegenwärtige italienische Ministerium bis jetzt nur ganz geringe Truppenmächte nach Afrika vorgeschoben hat. Gleichwohl gingen neulich aus einem Alpenjäger-Regiment, also einer Elite-truppe, vierzig Mann auf einmal über die schweizerische Grenze, sodas das Regiment von der Neuve angeschlossen wurde, die zur Hochzeit des Kronprinzen in Rom stattfindet.

Dänemark.

— Im Folkething kam der Appanage-Antrag sowie der Vorschlag der Bewilligung einer Wittgift für Prinzessin Louise zur Verhandlung. Unser Parteigenosse A. E. Meyer führte bei dieser Gelegenheit unter anderem aus: Wir geben unserem König genug zum Unterhalt und der König muß dieselbe Versorgungspflicht haben wie andere Väter. Diese Sache hat einen sozialen Hintergrund. Der Betrag, der verlangt wird, ist so groß, daß man ihn mit dem vergleichen muß, was für andere Zwecke gefordert wird. Es ist halb soviel, als im Vorjahre für alle Eisenbahnarbeiter bewilligt wurde. Für Kirchen, für das Königshaus und für das Militär wird Geld verlangt. Für alles Uebrige ist keines da, so z. B. nicht für das Schuldotationsgesetz. Die Armen sollen geistig und leiblich Noth leiden. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, gegen solchen Luxus zu protestiren. — Der Ministerpräsident meinte in seiner Erwiderung, nach seiner Ansicht wäre die Grizzen der Sozialdemokratie ein Luxus! (sic!) Der Antrag wurde natürlich angenommen. Woju gäbe es denn „Liberale“ im Folkething. —

Rußland.

Petersburg, 26. Oktober. Wie hier verlautet, ist bei dem Finanzministerium ein dringendes Gesuch der Landkassat des Gouvernements Twer eingelaufen, die Zölle auf landwirtschaftliche Maschinen und Geräthe aufzuheben, da die russischen Fabrikate theuer und ungenügend, die ausländischen Fabrikate aber bei dem hohen Zoll für die schon schwer leidende Landwirtschaft kaum erschwinglich seien. —

Türkei.

Konstantinopel, 26. Oktober. Als sich heute der Werwerder des armenischen Patriarchats, Bartolomeos, zu Wagen nach dem Patriarchat begab, stürzten sich 4 Personen, darunter ein Spezerinoaren-Händler, auf ihn. Die Angreifer, die Armenier sein sollen, wurden sofort, ehe sie ein Attentat ausführen konnten, verhaftet. —

Konstantinopel, 26. Oktober. („Pol. Korr.“) In leitenden türkischen Kreisen besteht die Absicht, einen Kriegsgesetz anzulegen, aber nicht aus Grund einer Kopfsteuer, sondern durch Monopolisirung verschiedener Artikel und durch Maßnahmen, welche auf dieser Grundlage getroffen werden sollen.

Konstantinopel, 27. Oktober. Gestern haben sämtliche Zivilarbeiter des Marine-Arsenals insolge mehrwöchiger Lohnrückstände die Arbeit eingestellt. —

Amerika.

New-York, (Frankf. Sta.) Bryan erklärte, er habe 300 sichere Elektorstimmen. Trotzdem befreit allgemein die Ueberzeugung, daß er geschlagen wird. Die Chicagoer vereinigten Gewerkschaften treten eifrig für Bryan ein, dagegen hat der Präsident vom Nationalverein der Lokomotivbeizer, namens Sargen, soeben ein energisches Schreiben gegen Bryan veröffentlicht. —

Ein angeblicher Brief von Marx, betreffend die Anarchisten, wird jetzt von einigen Zeitungen veröffentlicht. Es heißt darüber:

Gelegentlich der Auseinandersetzung mit den Anarchisten auf dem Internationalen Kongreß haben viele Leute den Sozialdemokraten den Vorwurf der Intoleranz gemacht. Diese guten Leute meinten, die Anarchisten ständen auch auf dem Boden des Klassenkampfes und seien für uns als Mitkämpfer zu betrachten. Es ist allerdings richtig, daß die Anarchisten, wie sich diese heute geben, wesentlich sich unterscheiden von denen zu Anfang der achtziger Jahre. Heute sagen diese Leute, sie seien kommunistische Anarchisten oder anarchisistische Sozialisten, oder sonstiges ungerichtetes Zeug. Anfangs der achtziger Jahre dagegen war eine förmliche Modestudie bei den Anarchisten ausgebrochen, Raubmorde wurden verübt; in Wien war der Bankier Merstaller von dem Anarchisten Stelmacher ermordet und beraubt worden und die Zeitungen schoben dies den Sozialisten in die Schuhe. Am 14. März 1883 starb Karl Marx und wenige Tage zuvor schrieb er insolge der Ausbeutung der Merstaller'schen Affäre gegen die Sozialdemokraten an einen Parteigenossen in Wien folgenden Brief, der fast mit einem geistigen Testament verglichen werden kann. Der Brief war von ihm augenscheinlich seinem alten Freunde Thomas Sanders diktiert worden, und Marx hatte nur mit zitternder Hand seinen Namenszug unter die feinstgeschriebenen Zeilen gesetzt. Der angebliche Brief selbst — die wenigen Zeilen, welche Marx diktierte — hat folgenden Wortlaut:

Mein Freund! Ein Brief von mir, dem alten, kranken, verbannten Einsiedler, wird Sie in Erstaunen setzen. Aber es läßt mir keine Ruhe, mein Herz einer gleichgültigen Seele anzuschütten. In Wien wird ja gegenwärtig viel von uns gesprochen — die wahnwitzige, verbrecherische Handlung einiger nichtswürdiger oder verblendeter Individuen hat man benutzt, um... Du lieber Gott, müßte ich deshalb so alt werden, um von den meisten meiner Landsleute die wahre Sozialdemokratie weniger als je verstanden zu sehen!... Ein Pariser Blatt schreibt nämlich, es entnehme einem Wiener Journale die Nachricht, der Raubmordfall an einem gewissen Merstaller hätte die Wiener Sozialdemokraten als Urheber gehabt. Das ist erlogen! Es liegt im Prinzip der Sache, daß die Thäter keine Sozialdemokraten sein können! Aber sollten vielleicht die Guten den Anarchismus mit meinen Lehren verwechseln? Es wäre traurig, doch ich fürchte, dem ist so. Jedermann, der mich kennt, weiß, daß ich die Anarchisten seit meinen Jugendjahren verabscheut und verfolgt habe. Ich las übrigens in dem erwähnten Pariser Blatte auch den sonderbaren Ausdruck: „Anarchistische Sozialdemokraten.“ Ich mußte darüber lachen. Es kam mir vor, als hätte jemand von einer „republikanischen Monarchie“ gesprochen... Ihren Landsleuten meine besten Grüße! Ich werde müde... Karl Marx.

Jeder, der Marx kennt, sieht auf den ersten Blick, daß Marx diesen sentimentalischen Quatsch nicht geschrieben haben kann. Sollte die Unterschrift echt sein, — was wir indes bezweifeln — so wäre nicht Marx, sondern der Briefschreiber, gleichviel wie er geheißen, für den Inhalt verantwortlich. Und das soll „ein geistiges Testament“ des Mannes von Stahl und Demant sein, der das „Kommunistische Manifest“, die „Internationale Arbeiter-Assoziation“ und das „Kapital“ geschaffen! —

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen von Bremen haben zu den Värger'schaften wählen ebenfalls ein Programm aufgestellt, worin für die verschiedenen Zweige der kommunalen und staatlichen Aufgaben Forderungen aufgestellt sind. Unterm Punkt „Arbeiterbeschäftigung“ wird verlangt, daß den leitenden Körperschaften des Staats eine aus Arbeitern zusammengesetzte, aus allgemeinen direkten Wahlen der Arbeiterklasse hervorgehende Arbeitskammer zur Seite gestellt wird, die berufen ist, auf alles, was der Arbeiterklasse dienlich sein kann, fortwährend ihr Augenmerk zu richten, darüber zu berathen und dem Senat auf dessen Antrag oder auch unaufgefordert gutachtlich zu berichten, wie auch die ihr zur Förderung der Arbeiterverhältnisse angemessenen scheinenden Maßregeln bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Der Senat soll verpflichtet sein, etwaige seiner eigenen Initiative entspringende, die Arbeiterverhältnisse betreffende Vorschläge der Arbeitskammer zu unterstützen.

Weiter wird die Aufhebung der bremischen Gesetze über die Ordnung und die rechtliche Gleichstellung der Dienstboten und landwirtschaftlichen Arbeiter mit den gewerblichen Arbeitern verlangt.

Die Gründe seines Austritts aus der Sozialdemokratie gab Herr Max Lorenz in Leipzig am Montag in einer öffentlichen Versammlung zum besten, die von der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung einberufen war. Die Gründe beziehen in den Theorien unseres Altmeisters Karl Marx. Es erübrigt sich, auf die Ansichten einzugehen, die Herr Lorenz über diesen allerdings nicht leicht verständlichen Denker und Forscher hat. Daß Herr Lorenz zu früh auf die Bühne getreten ist, um über Karl Marx ein Urtheil abzugeben, das Anspruch auf Beachtung machen könnte, ergibt sich aus der in der Naumann'schen „Zeit“ veröffentlichten Zusammenfassung seiner Rede. Danach hat Herr Lorenz die Sozialdemokratie vor die Entscheidungfrage gestellt: Wollt Ihr mit vollem Bewußtsein Marxisten bleiben, mit der heutigen Gesellschaftsform nichts zu thun haben, durch und durch revolutionär sein, und die marxistische Lösung: „Kampf oder Tod, blutiger Krieg oder das Nichts!“ zu der Eurigen machen? — oder wollt Ihr Marx und seine Theorien als überlebt preisgeben, Euch auf den Boden der heutigen Gesellschaftsform stellen und statt durch Revolution vielmehr durch Evolution die heutigen Zustände bessern? Im ersteren Falle dürft Ihr Euch nicht wundern, wenn der Staat seinerseits, schon um seiner Selbsterhaltung willen, Euch auf jede ihm mögliche Weise bekämpft und unterdrückt.

So zu lesen in der „Zeit“, dem Organ der Naumann'schen Partei, der sich Herr Lorenz angeschlossen hat. Wenn selbst das eigene Organ seiner Partei die Rede des Herrn Lorenz nicht besser zu charakterisiren weiß, als daß sie ihn zu einem Vertheidiger des Ausnahmefalles stempelt, so zeigt das genügend, daß Herr Max Lorenz in seinem Kampfe gegen den Riesen Marx nicht glücklich gewesen ist als die anderen Pygmäen, die das bisher verübt haben.

Kein Zahl für Debel ist in Köthen zu haben. So verländer triumphirend der „Anhalter Kurier“. Wie agitatorisch gerade solche kleinliche Schiltanen für die Sozialdemokratie wirken, merkt das bürgerliche Zeitungsgeschwister nicht.

In Pöckel a. M. wurden bei der Wahl der Vertreter zur Ortskonferenz die Kandidaten der Gewerkschaften mit 130 Stimmen gewählt. Eine Gegenliste war diesmal nicht aufgestellt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In der Breslauer „Volksmacht“ war dem Amtsvorsteher Jacob in Nieder-Büßlegiersdorf vorgeworfen worden, daß ihm die zur Ausübung seines Amtes nötige Gesetzeskenntnis fehle. Es handelte sich darum, daß die bereits in den Händen der Abonnenten befindlichen Exemplare der auf Befehl der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Nr. 20 der „Wahrheit“ — der Wochenausgabe der „Volksmacht“ — in Bereiche des genannten Amtsvorstehers durch den Amtsdienner Hans für Hans von den Abonnenten wieder abgeholt worden waren. Gegen dieses Verfahren protestirte der Verlag der Zeitung, und der Verleger, Genosse Schütz, begab sich persönlich an Ort und Stelle, um bei dem Amtsvorsteher Beschwerde zu führen. Dieser ließ ihn aber in ziemlich schroffer Weise ab und insolge dessen erschien am 22. Mai in der „Volksmacht“ ein Bericht über die ganze Angelegenheit, worin das Verhalten des Amtsvorstehers in der bereits geschilderten Weise kritisiert war. Es wurde nun gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volksmacht“, Genossen Gerhardt, wegen Beleidigung des Amtsvorstehers Klage erhoben. In der Verhandlung vor dem Landgericht bezeichnete der Staatsanwalt das Verhalten des Amtsdienstes und damit auch des Vorstehers als völlig korrek, indem er den Wortlaut des § 27 des Preßgesetzes: „Die Beschlagnahme von Druckschriften trifft die Exemplare nur da, wo dergleichen zum Zwecke der Verbreitung sich befinden.“ — dahin deutete, daß auch ein Abonent, der die Zeitung mit einem oder mehreren Bekannten zusammen halte, die Absicht der Verbreitung habe, und daß daher die Beschlagnahme auch auf Privathäuser ausgedehnt werden könne. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen Gerhardt einen Monat Gefängnis. Er hatte aber mit seiner Auslegung des Preßgesetzes kein Glück. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, da nach dem Wortlaut des Preßgesetzes Paragraphen die Beschlagnahme unter keinen Umständen auf die bereits den Abonnenten überlieferten Exemplare ausgedehnt werden dürfe und deshalb die abfällige Kritik der Handlungsweise des Amtsdienstes und des Amtsvorstehers berechtigt gewesen sei. Zudem sei dem Angeklagten der Schutz des § 193 zuzubilligen, da es sich um das von ihm selbst redigirte Blatt gehandelt habe.

— Fünf Preßprozeße wegen „Beleidigung“ stehen dem „Braunschweiger Volksfreund“ bevor, davon ist einer von dem Margarinefabrikanten Mohr in Altona-Sahrenfeld angestrengt, obwohl eine von diesem eingefandte Verichtigung unverfügt ausgenommen worden war. — Der verantwortliche Redakteur des „Volksblattes für Halle“, Genosse Mannigell, hatte wegen Notizen über den Boykott der Söllberger Mühle einen Strafbefehl empfangen, wonach er abermals 6 Wochen Haft verbüßen soll, weil er durch jene Notizen groben Unfug begangen habe. Er rief den Entschluß des Schöffengerichts an, dieses fand ihn aber ebenfalls „schuldlos“ und verurtheilte ihn zu derselben, sechsmonatigen Haftstrafe. In der Begründung hieß es, es erscheine nicht notwendig, daß die durch den Unfug eingetretene Beunruhigung nachgewiesen wird, da die Möglichkeit der Beunruhigung allein schon zur Verurteilung genüge.

Soziale Rechtspflege.

Auf dem Heimwege von der Arbeit war der Bauarbeiter Schläter am 8. Oktober 1895 verunglückt. Er verlangte dann, da seine Erwerbsfähigkeit gelitten hatte, von der rheinisch-westfälischen Baugewerks-Genossenschaft eine Unfallrente. Der Vorstand der Berufsgenossenschaft wies ihn aber mit der Begründung ab, daß Unfälle auf dem Wege von oder zu der Arbeitsstätte nicht als Unfälle beim Betriebe anzusehen seien und somit auch keinen Anspruch auf Rente begründeten. Schläter legte hierauf beim Schiedsgericht Berufung ein und machte unter anderem geltend, daß ihm sein Arbeitgeber mit Rücksicht auf den weiten Weg von seiner Wohnung zu dem Neubau, wo er thätig gewesen sei, sogar das einmalige Zurücklegen desselben täglich mit dem Lohn für eine Arbeitsstunde vergütet habe. Er habe jedesmal länger als eine Stunde zu gehen gehabt. Das Schiedsgericht sprach ihm denn auch die Rente zu, weil er für die Zeit, während der Kläger verunglückt, Lohn erhalten habe. Das sei, nahm das Gericht an, nicht eine Erhöhung des Lohnes für die Arbeit auf dem fraglichen Neubau, sondern eine direkte Vergütung für den Weg gewesen. Die Berufsgenossenschaft beantragte demnach beim Rekursgericht die Aufhebung des schiedsgerichtlichen Urtheils. Sie hob besonders hervor, daß sich ja die Arbeiter bei Aufrechterhaltung jener Entscheidung durch einen jedesmaligen Vertrag mit dem Arbeitgeber quasi auch für Unfälle auf dem Heimwege und dem Wege zur Arbeit eine Rente sichern könnten. Das Reichs-Versicherungsausschuss hat nun dem Antrage der Genossenschaft stattgegeben und ihren ablehenden Bescheid wieder hergestellt. Es läge kein Betriebsunfall vor, führte der Vorsitzende Dr. Sarrazin aus. Einzelne Modalitäten der Lohnverhältnisse seien noch kein Grund, den Weg von und zur Arbeit dem Betriebe zuzurechnen.

Der bei einer landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft gegen Betriebsunfälle versicherte Landmann Klemm hatte sich beim Schutzen von Holzschuden, die er selbst tragen wollte, verlegt. Sein Anspruch auf eine Unfallrente wurde vom Genossenschaftsvorstande und dann vom Schiedsgericht zurückgewiesen. Er legte Rekurs ein und machte geltend, in seinem Heimathorte und dessen Umgegend sei es üblich, daß die Landwirthe Holzschude, sogenannte Klumpen tragen und das sich, wer geschickt sei, die Klumpen selbst schütze. Aber auch das Reichs-Versicherungsausschuss erkannte zu ungunsten des Klägers. Es läge kein landwirthschaftlicher Betriebsunfall vor; Kläger sei nicht besonderer Gefahren der Landwirthschaft zum Opfer gefallen, denn auch andere Leute wie Landwirthe schützten Holzschude.

Vergleiche zwischen Unfallverletzten und Berufsgenossenschaften berühren nicht das gesetzliche Recht der letzteren, bei einer wesentlichen Besserung im Zustande des Verletzten die Rente herabzusetzen oder gänzlich aufzuheben. Diesen Grundsatz hat das Reichs-Versicherungsausschuss bei Erledigung eines Rechtsstreites zwischen dem Arbeiter Dietrich und der schlesischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft ausgesprochen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Marburg, 27. Oktober. (W. Z. B.) Nach sieben-tägiger Verhandlung verurtheilte die Strafkammer den Kassirer Habn von der Vorleser Darlehnkassat wegen Unterschlagung von 48 000 M. zu 4 Jahren 2 Monaten Gefängnis.

Wien, 27. Oktober. (W. Z. B.) In Tirschtiegel sind gestern 18 mit Getreide gefüllte Scheunen abgebrannt. Man vermutet Brandstiftung.

Gravosa, 27. Oktober. (W. Z. B.) Gestern früh fand insolge heftigen Windes und aufstrebender Regenböden in den süd-dalmatinischen Gewässern ein Zusammenstoß zwischen den Schiffen „Landon“, „Rantius“ und „Prinzi“ statt. Die Schiffe gehörten zu dem auf einer Segel-Reise begriffenen österreichischen Geschwader. Alle drei Schiffe erlitten leichte Havarie und sind auf dem Wege nach Pola, wo die Schäden ausgebessert werden sollen. Verletzungen der Besatzungsmannschaften sind nicht vorgekommen.

Kopenhagen, 27. Oktober. (W. Z. B.) Der Kassirer des hiesigen Anarchistenklubs, der Vergolder Peter Jensen, wurde hier am Sonnabend am Dersked-Vark in den Augenblicke verhaftet, als er von einem Knaben 20 Kronen entgegennahm, welche auf gefälschte Sparmarken in der Danke Sparmarken-kasse erhoben waren. Die Kasse ist in letzter Zeit wiederholt ähnlichen Fälschungen mit bedeutenden Beträgen zum Opfer gefallen. Der Verhaftete gestand, Sparmarken im Betrage von 5000 Kronen gefälscht zu haben, angeblich um dem Anarchistenklub Agitationsmittel zu verschaffen.

Kokales.

Parteigenossen und Genossinnen! In heute Abend 8 1/2 Uhr sind in sämtlichen sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen Parteiverfassungen anberaumt worden, die sich mit folgenden Gegenständen zu befassen haben: Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. Wahl von Mitgliedern zur Lokal- und Preskommission. Bericht-erstattung der Delegierten vom Parteitage. Ueber sämtliche Gegenstände dieser Tagesordnung findet Diskussion statt. Die Wichtigkeit der Versammlungen bedarf keiner Erörterung; es genügt wohl dieser Hinweis, um die Parteigenossenschaft von Berlin heute zu regster Agitation für zahlreichsten Besuch zu veranlassen. Ihre jeder seine Pflicht, um die heutigen Versammlungen imponierend zu gestalten. Sie werden abgehalten in folgenden Lokalen: 1. Wahlkreis: Stabernad's Salon, Inselstr. 10; 2. Wahlkreis: Bodbrauerei, Tempelhofer Berg; 3. Wahlkreis: Brochnow's Salon, Sebastianstr. 89; 4. Wahlkreis: Josi's Festsäle, Andreasstr. 21; 5. Wahlkreis: Kites Schützenhaus, Linienstr. 5; 6. Wahlkreis: Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.

Achtung, IV. Wahlkreis (Osten). Parteigenossen, welche gewillt sind, am Donnerstag, den 29. ds. Mts., in Brandenburg bei der Wahl behilflich zu sein, wollen sich bei Otto Franke, Friedrichsbergerstr. 11, melden.

Arbeiter-Bildungsschule. Der großen Vollversammlungen wegen fällt der Unterricht heute in beiden Schulen aus und findet statt dessen am nächsten Sonntag, vormittags von 9-10 1/2 Uhr, statt.

Der Vorstand, J. A. Heinrich Schulz.

Freisinnige Sozialpolitik. Die liberale Sozialpolitik meldet getrennt triumphierend:

Die städtische Gasdeputation hielt gestern unter Vorsitz des Herrn Stadtrath Namslau eine Sitzung ab, in welcher über die von uns bereits mitgetheilte Polizeiverordnung, betreffend die Sonntagsruhe für Gasanstalten, Arbeiter Verschluss gefasst werden sollte. Diese Verordnung ist bekanntlich auf Antrag des Magistrats erlassen worden, nachdem die Arbeiter in der Verhandlung vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts die Befreiung der achtzehnstündigen Sonntagsruhe verlangt hatten, und die Erfüllung dieser Forderung ohne jene Polizeiverordnung nicht zu erreichen gewesen wäre. In der gestrigen Sitzung wurde nun die überraschende Thatsache mitgeteilt, daß die Arbeiter sämtlicher städtischer Gasanstalten fast ausnahmslos die Beobachtung der altbewährten achtzehnstündigen Sonntagsruhe fordern, da ihnen bei der fünfzehnstündigen Schicht der Sonntag ganz zerrissen werde. Es lagen dementsprechende, von allen Arbeitern unterzeichnete Gesuche vor, welche, wie gegenüber den Behauptungen eines sozialdemokratischen Blattes betont wurde, in keiner Weise von der Verwaltung beeinflusst worden seien. Die Deputation hatte nun die Wahl, entweder den früheren oder den jetzigen Wunsch der Arbeiter zu erfüllen: sie wählte das letztere und beschloß demgemäß: die früher geordnete fünfzehnstündige Sonntagsruhe gegen den Willen der Arbeiter nicht einzuführen.

Die kapitalistische Verlogenheit leuchtet aus jeder Zeile heraus. Statt die wahren Gründe für das Verlangen der Gasarbeiter, die achtzehnstündige Sonntagsruhe beizubehalten, anzuführen, meldet man, die Arbeiter wollen sich den Sonntag durch die fünfzehnstündige Schicht nicht zerreissen lassen.

Wir wollen der städtischen Gasdeputation und den Prestrabanten der freisinnigen Kommunalpolitik wiederholen, warum die städtischen Gasarbeiter sich gegen die von der Verwaltung vorgeschlagene Abänderung erklären. Mit dem von der humanen arbeiterfreundlichen Direktion gemachten Vorschlag ist für jeden Arbeiter ein Lohnverlust von fünf Mark pro Woche verbunden. Auf Grund der Bestimmungen der Reichs-Gewerbe-Ordnung muß für die am Sonntag beschäftigten Arbeiter eine Ruhepause von vierundzwanzig Stunden in der Woche stattfinden. Für diesen durch die Sonntagsbeschäftigung erzwungenen Ruhetag sollte nun nach Ansicht der Verwaltung der Lohn abgezogen werden und da begreift es sich, daß die Arbeiter lieber des Sonntags achtzehnstündige Schicht machen, als bei fünfzehn Stunden Arbeit für einen freien Wochentag fünf Mark Lohn d. h. 16 2/3 pCt. ihres Verdienstes einbüßen. Ein anständiger Privatunternehmer würde sich eine aus humanen Rücksichten notwendige Verkürzung dieser geradezu gesundheits-schädlichen Arbeit nicht von den Arbeitern mit einer Lohnverkürzung bezahlen lassen.

Die freisinnige Verwaltung der deutschen Metropole thut es und erntet dafür den Dank der für möglichste Ausdehnung der Arbeiter schwärmenden kapitalistischen Hauptstadt-Prese. Wir gönnen der Gaddirektion diese Freunde, verdient hat sie dieselben reichlich.

Ein „freisinnig-volksparteiliches“ Organ, die „Berliner Zeitung“, bringt aus Schwelm einen Bericht über die Hochzeit zwischen einem oldenburgischen Prinzen und einer mecklenburgischen Prinzessin. Es wird darin unter anderem genau mitgeteilt, welche Uniform der Kaiser, der der Feier bewohnte, bei seiner Ankunft auf dem Schweriner Bahnhof trug, wie der Hochzeitszug geordnet war (auch der Vorantritt von Kammerherren und Hofcharen“ wird nicht vergessen), welche Uniform der Kaiser während der Trauungszeremonie trug, was Prinz Heinrich und der Oldenburger anhalten u. s. w. Das Blatt wird wissen, daß der „freisinnige“ Berliner Spießbürger diese Geistespeise verlangt.

Religionsunterricht und Fortbildungsschulen. Die dritte ordentliche Generalversammlung im Jahre 1891 hatte auch Verhandlungen betreffend die Frage gepflogen, ob bei den bestehenden gewerblichen Fortbildungsschulen auch der Religionsunterricht in den Lehrplan aufzunehmen sei, um den Gefahren, welche der Jugend in religiös-stillischer Hinsicht drohen, auch auf diesem Wege entgegenzuarbeiten. Ueber die Ausführbarkeit einer solchen Maßregel ist der Evangelische Ober-Kirchenrath mit den betreffenden Ministern in Verhandlung getreten. Der Minister für Handel und Gewerbe hat sich bereit erklärt, zu gestatten, daß die Schüler der Fortbildungsanstalten nach dem Schluß des Unterrichts in den gewerblichen Fortbildungsschulen freiwillig bleiben können, um von den Geistlichen ihrer Konfession, die sich freiwillig dazu erbieten, in der christlichen Religion unterwiesen zu werden. Ebenso hat der Minister sich bereit erklärt, Anweisungen zu geben, daß, wo die Einrichtung des Religionsunterrichts von Seiten der Kirche getroffen werden sollte, der Lehrer die Schüler so lange zusammenhalte, bis der Geistliche zum Religionsunterricht komme. Wie nun der „Evangelisch-kirchliche Anzeiger“ mittheilt, bietet — abgesehen von Berlin — von den in den Provinzen bestehenden 60 Fortbildungsschulen nur eine einzige den Schülern sonntäglich auch Religionsunterricht. Das Kon-

forium legt daher unter Anerkennung der großen Schwierigkeit der Ausführung gerade in den in betracht kommenden Orten den Gemeindevorständen und Pfarrern die Sache dringend ans Herz. Die Beteiligte der Schüler wird, wie das fromme Blatt bedauernd bemerkt, nur eine freiwillige sein können. Und hierin liegt wohl die Hauptschwierigkeit. Das „freiwillige“ Bedürfnis nach Religionsunterricht scheint keineswegs groß zu sein! Mit ihrem Bestreben, dem Volke die Religion zu erhalten, haben die frommen Herren zu ihrem Leidwesen Fiasko gemacht. Das Ansehen, das die Fortbildungsschulen jetzt genießen, wird durch ihre Verfrömmung auch wahrlich nicht gefördert werden.

Die Justiz-Kanzleigehilfen haben eine Petition an den Landtag gerichtet. Sie schildern darin die traurige Lage, in welche sie durch die neue Kanzlei-Verordnung, die seit dem ersten April vorigen Jahres in Kraft getreten ist, versetzt worden sind. Sie führen aus, daß das frühere Tagespensum von 82 Seiten auf 90 Seiten erhöht worden ist, wodurch ihnen eine Aufgabe gegeben wurde, die nur bei der angestrengtesten Thätigkeit gelöst werden könne. Dagegen sei ihr Einkommen nicht erhöht, sondern vermindert worden, denn früher sei ihnen die sogenannte „Formulararbeit“ ebenso bezahlt worden wie Kanzleibogen-Arbeit, und jetzt werde ihnen dafür am Schlusse des Monats ein Abzug von 25 pCt. gemacht. Es könne daher kommen, daß ein Kanzlist sich einen Abzug von 80 M. im Monat gefallen lassen müsse. Die Petenten richten an den Landtag die dringende Bitte, dahin wirken zu wollen, daß die früheren Verhältnisse wieder eingeführt werden.

Von der Eingemeindungs-Erschlagung. Ein Bericht-erstatteur will folgendes wissen: In Bezug auf die Eingemeindungsfrage verlautet jetzt, daß der Minister des Innern, Herr v. Bode, den Einverleibungs-Gedanken, wenigstens vorläufig, ganz ausgegeben habe, dagegen zur Zeit mit dem Gemeindevorstand von Schöneberg über die Erhebung dieses Ortes zur Stadt bereits verhandele. Ja, es soll über die Propaganda, deren wesentlichste sich auf die Höhe des Beitrages der Gemeinde als Stadt zu den Kosten der zukünftigen königlichen Polizeiverwaltung bezieht, zwischen der Staatsregierung und dem Gemeindevorstande im großen ganzen bereits Einigkeit erzielt sein. Dagegen ist hinsichtlich der Eingemeindungs-Angelegenheit schon seit Jahresfrist der Stadt Berlin aus dem Ministerium nicht die geringste Reue mehr zugegangen, obgleich der letzte Einverleibungsbericht der Stadt an den Oberpräsidenten bereits zu Anfang Januar eingereicht ist. Es kann also kaum mehr einem Zweifel unterliegen, daß die Staatsregierung die Eingemeindung der Vororte in Berlin jetzt verhindern will. Bekanntlich sehen manche Arbeiter — ob mit recht, mag dahin gestellt bleiben — infoweit einen Fortschritt in der Eingemeindung, als die polizeiliche Befähigung, die ihrem Ver-ein- und Versammlungsleben zu theil wird, dann nicht ganz mehr nach den Prinzipien des eingeborenen Ostbiertranks erfolgen kann und wohl oder übel einige hauptsächlich die Mäurer annehmen muß. Zustände, wie sie in Altdorf, Schöneberg u. s. w. existiren, werden in Berlin denn doch nicht gut mehr für möglich gehalten, obgleich es in der Hauptstadt der Sozialdemokratie auch wahrlich nicht an polizeilicher Beaufsichtigung mangelt. Aber auch finanzielle Gründe drängen die Vororte immer mehr zu einer Eingemeindung hin.

Unsere brave Polizei. Die „Berl. Ztg.“ schreibt zu dem vor jetzt 11 Tagen in der Mohrenstraße verübten Mord: „Es war bekanntlich davon die Rede, daß sich die Firma Raud u. Hartmann unter Hinweis auf die Bestimmungen des Gesetzes über die Sonntagsruhe geweigert habe, einen derartigen Säulenschlag schon am Sonntag herzustellen. Doch auch in diesem Falle zeigt es sich wieder, daß ein geheimnisvoller journalistischer Apparat im Hintergrunde arbeitet, der nicht davor zurückschreckt, die größtmöglichen Unwahrheiten in die Welt zu setzen, wenn sie nur geeignet sind, die Thätigkeit unserer Kriminalpolizei in einem etwas günstigeren Lichte erscheinen zu lassen. Genau so, wie man den Eisenwaarenhändler Müller verdächtigt hatte, den Mordbuben durch sein Verhalten Vorwand geliefert zu haben, genau so hat man der Firma Raud u. Hartmann zur höheren Ehre der Kriminalpolizei etwas angehängt. Als am Sonntag Morgen das Gerücht von dem Mord durch die Stadt eilte, wurde es auch der Raud u. Hartmann'schen D-ignin hinterbracht. Dort ist es am Sonntag stets eine „Wache“ für außerordentliche Fälle stationirt und diese unterrichtete sofort ihre Vorgesetzten von dem Mord. Bald darauf erschien in der D-uderei ein Kriminalschuttmann mit der Meldung des Mordes und erklärte, daß ein Säulenschlag gemacht werden müsse. Graf Büdler befand sich zur Zeit in der Mohrenstraße und nach seiner Rückkehr würde die Zustellung des Manuskriptes erfolgen. Nunmehr setzte die Firma Raud u. Hartmann alle Hebel in Bewegung. Mit Drohreden und anderen Hilfsmitteln wurde das Personal herbeigeholt. Alles war zur Stelle und bereit, in kürzester Frist den Säulenschlag fertig zu stellen, nur eins fehlte — das Manuskript. Stunde auf Stunde verstrich, es wurde 1, 2, 3 Uhr, schließlich aber auch der Firma so lange und sie sandte einen Boten nach dem Präsidium, der gegen 1/2 Uhr mit dem Manuskript ankam. Unter diesen Umständen waren kostbare Stunden verloren gegangen, und am Abend einen An-schlag zu bewerkstelligen, hielt die Firma, zumal sie keine positiven Anweisungen hatte, für überflüssig. In der That war der Säulenschlag noch am Sonntag in den Abendstunden fix und fertig und wurde dann in der Nacht ange-schlagen.“

So die „Berliner Zeitung“. Die vielen Vorwürfe, welche neuerdings in der durch den Mord emporgeschredten bürgerlichen Presse gegen die Polizei erhoben werden, können natürlich keine Qualitätsverbesserung im Bestande der braven Schuttmannschaft und ihrer Leiter herbeiführen. Die früheren Unteroffiziere, welche den öffentlichen Sicherheitsdienst in Berlin besorgen, können, wenn es befohlen wird, vortrefflich den Gummischlauch handhaben, sie können ebenso tüchtig Versammlungen auflösen und Material zu Vereinsprozessen zusammen bringen, und gleichfalls verstehen ihre Leiter, den Bureaudienst zu ordnen und politische Prozesse gegen Zeitungen einzuleiten; aber Genialität und tüchtige Kombinations-gabe in der Verfolgung wirklicher Verbrecher — das läßt sich nicht befehlen und deshalb stockt die Maschine. Unsere Schuttmannschaft ist wie sie sein muß und unter dem herrschenden Regime gar nicht anders sein kann.

Bruno Werner geistig unzurechnungsfähig? In einer Unterredung, die der Richterstatteur eines Lokalblattes mit der unglücklichen Mutter des Bruno Werner gehabt haben will, soll der Lebenslauf des jungen Menschen von der Frau wie folgt dargelegt worden sein:

Im Alter von neun Jahren wurde Bruno von einem Schul-legen durch einen schweren Schlag auf den Kopf verletzt. Nach dem ärztlichen Aussprache hatte der Schlag eine leichte Gehirn-erschütterung zur Folge. Nach überhandener Krankheit war das Denkvermögen des Jungen stark geschwächt, so daß er sich in der ersten Zeit nur schwer auf etwas besinnen konnte. Befonders Zahlen konnte er nicht behalten. Die Krankheit hatte aber auch ihre Folge-Erscheinung, denn seit jener Zeit geschah es sehr oft,

daß mein Sohn plötzlich in einen fiebernden Zustand ver-fiel. Er sprang auf, seine Augen wurden starr und richteten sich nach einem Punkte, während sich seine Hände krampfhaft zusammenballten. Währenddessen rief er in ab-gebrochenen Sätzen: „Die Sonne kommt herunter! Sie verbrennt mich!“ Wenn er aus diesem Zustande erwachte und ich ihn tröstete, erwiderte er: „Laß mich, ich muß ja doch sterben!“ Ich muß hierzu bemerken, daß mein Sohn alle möglichen Romane förmlich verschlang. Hatte er nur einen Moment Zeit, so saß er sicher über einem solchen Buche. Die Ausregung des Jungen war mitunter so groß, daß ich das Fenster mit Stählen verbarrikadiren mußte, weil er wiederholt geäußert hatte: „Ich stürze mich hinunter.“ In diesem Frühjahr stellten sich diese schrecklichen Erscheinungen derartig heftig ein, daß ich nachts wiederholt an seinem Bette wachen mußte. Nach den Anfällen stellte sich dann regelmäßig ein heftiges Nasenbluten ein. Nach der Ein-segung hatte ich geglaubt, daß der Vormund den Jungen in die Ehe bringen würde; da dies nicht geschah, machte ich mich selbst auf, um ihn unterzubringen. Diese Versuche schlugen jedoch gänzlich fehl; der Junge erschien allen Weibern, bei denen ich mich meldete, als zu schwächlich. Die Hoffnung, ihn in einem Barbiergeschäft unterzubringen, schickerte an dem hohen Lehrgelde, denn ich bin eine arme Frau. Endlich fand er eine Anstellung in einer Weinhandlung, aber auch nur kurze Zeit, da ihm der Dienst zu schwer wurde. Hieraus erhielt er Stellung beim Justizrath Lepp. Dort war er ungefähr 1 1/2 Jahre. Er bekam zuerst 15, dann 20 und endlich 25 M. pro Monat. Werner sei schließlich bei Gebrüder Naglo auf der Ausstellung in schlechte Gesellschaft gerathen und bald total ver-lummelt gewesen. Die Mutter glaubt, daß er Selbstmord be-gangen habe. Die Darstellung, welche auch die sozialen Be-sachen, aus denen heraus die entsetzliche That erklärlich er-scheint, überaus klar hervorhebt, läßt aus dem bisher ver-abscheuten Menschen ein Objekt des Mitleids werden.

Kühnemann als Arbeitervertreter. Die „Tägl. Rundschau“ kommt auf das liebevolle „Geschenk“ von einigen hundert-tausend Mark zurück, das der Arbeitsauschuss zum Schade der Garantiefondszeichner den Herren Adlon und Dressel durch Ge-währung des Restaurations-Monopols gemacht hat. Mit dieser Generosität, die für die Arbeiter nur insoweit ein Interesse hat, als sie die Ausbeutungspraktiken der genannten Restaurations-sirma in desto häßlicherem Lichte erscheinen läßt, vergleicht das Blatt die Feinerzeit von uns registrierten „Lohn-“ und Arbeit-be-dingungen der Kellner und Kellnerinnen auf der Aus-stellung und meint, dem Arbeitsauschuss sei vor allem ein Vorwurf daraus zu machen, daß er nicht bei Verleihung des Wirtschaft-Monopols an die Herren Adlon und Dressel in dem Betrage auf eine ge-nügende Befoldung der Kellner bedacht nahm, die schon im Interesse aller Ausstellungsbesucher gewesen wäre.

Dieser Vorwurf zeugt von einer Naivität und Unkenntnis der Personenverhältnisse, die geradezu zum Lachen reizt. Man stelle sich einmal den Kommerzienrath Kühnemann als Vertreter der Arbeiterinteressen vor, denselben Mann, der gelegent-lich der Waise 1890 dem Polizeipräsidenten 3000 Mark zur Vertheilung an die brave Schuttmannschaft überwiesen hat und der auch nachher keine Gelegenheit vorbegehen ließ, um die Ueberlegenheit des Kapitals in rücksichtsloser Weise gegen die elend entlohnten Arbeiter auszunutzen. In welcher Welt lebt der Mann, der solche Scherze in einem Berliner Blatt losläßt?

Ein frommer Musterfabrikant. Herr L. Wayer, Besitzer einer Widdhauererei für Piano- und Flügelbau in der Brikerstr. 7, hat seine Loyalität und Frömmigkeit dadurch vor kurzem be-thätigt, daß er zum Bau der Simonskirche 8000 Mark in der Weise spendete, daß er die Widdhauerarbeiten, die an dem Kirchenbau im Werthe von dieser Höhe zu verrichten sind, gratis auszuführen sich verpflichtete. Herr L. Wayer hat auch ver-schiedene Arbeiter, die aber seiner Frömmigkeit zum Trost an den letzten Sonntagen flott und frisch gearbeitet haben. Warum auch nicht, wenn beim Bau der Gnaden-kirche, der Kirche mit der weggemeinsten Kameleinschrift, und des Weissen Saales im königlichen Schloß ähnliches geschehen konnte? Die Arbeiter aber, die sich dazu hergeben, auch noch am Sonntage ihr bishigen Arbeitslohn auszuführen, sollten sich auf ihre Organisationspflicht besinnen und im Verein mit ihren Kollegen Zustände anstreben, welche die Ausbeutung in der Woche regeln und am Sonntag ganz unmöglich machen!

Eine arge Enttäuschung und lebhaften Unmuth hat die anlässlich des Schloßes der Gewerbe-Ausstellung stattgefundene Vertheilung einer Gratifikation an die Beamten der Stadt- und Ringbahn seitens der Eisenbahn-Direktion Berlin bei dem Lokomotivpersonal hervorgerufen. Wie verlautet, sind von der Gewerbe-Ausstellung selbst 9000 M. und an Lantieren-Erlös aus verkauften Ausstellungsablässen 15 000, im ganzen also 24 000 M. für den bezeichneten Zweck disponibel gewesen. Von dieser Summe haben nun die Stationsvorsteher 1. Kl. je 150 M., die Vorsteher 2. Kl. je 100 M., die Assistenten je 60 bis 90 M., die Wache-Steller 40 bis 50 M., und die Wacheverläufer ebenfalls 40 bis 50 M. erhalten. Das Lokomotivpersonal da-gegen sowie auch die Zugführer und Wilschaffner haben keinen Gratifikationsantheil erhalten. Wenn man nun bedenkt, welche großen Ansprüche physischer wie geistiger Art zur Zeit der Aus-stellung vor allen anderen Bahnbeamten gerade an das Lokomotiv-personal der Stadt- und Ringbahn gestellt worden sind, und wenn man ferner berücksichtigt, daß von den jüngeren organisierten Heizern keiner einen einzigen freien Sonntag hatte und daß auch das ältere Personal infolge der vielen Extratage häufig zum Dienst herangezogen wurde und seine Ruhetage opfern mußte, so kann es nicht Wunder nehmen, daß die Zurücksetzung bei Vertheilung der Gratifikation das Lokomotivpersonal im höchsten Grade verstimmt hat. Ihrer Aufmerksamkeit und Pflichttreue ist es vor allem zu verdanken, daß sich bei dem gewaltigen Verkehr unter den schwierigsten Verhältnissen nicht ein einziger Unfall ereignet hat. Um so härter jedoch trifft diese Uebergehung das bezeichnete Personal, weil es infolge derselben nunmehr durch die Ausbeutung einen direkten pekuniären Schaden erleidet. Durch die stärkere Belastung der Lüge ist natürlich auch ein Mehr-verbrauch an Feuerung eingetreten. Und so ist es dem Personal nicht möglich gewesen, annähernd dieselben Prämien-sätze zu erzielen, die es unter normalen Verhältnissen wirklich erzielt hätte. Das gleiche Schicksal wie dem Lokomotivpersonal ist auch den Zugführern und Wilschaffnern zu theil geworden, von denen ebenfalls während der Ausstellung erhebliche Mehr-leistungen verlangt wurden und für die von den 24 000 M., die nicht als Almosen, sondern als Geldsumme zur schuldigen Ent-schädigung für geleistete Ueberarbeit zu betrachten sind, gleichfalls kein Pfennig abgefallen ist. Wann werden die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn der Pflicht eingedenk werden, daß sie sich zur Wahrung ihrer Interessen kraftvoll zu organisiren haben?

Von der Polizei freigegeben wurde, wie die „Volks-Ztg.“ meldet, die Zeilinge des am 4. d. M. beschlagnahmten Anarchisten-blattes „Sozialist“. Das Hauptblatt dagegen, in welchem die Affäre des Anarchisten Wachner mit dem Kommissar Böbel in der Fischhof-Halle in Treptow wiederbezeugt wurde, bleibt wegen Polizeibelästigung bis zur Gerichtsverhandlung in Ver-wahrung.

Alle auf dem Ausstellungslande gefundenen und noch nicht abgeforderten Gegenstände sind nunmehr von den einzelnen Rundbüreau der Ausstellungsleitung, Stufenbahn, elektrischen Rundbahn u. a. an die Treptower Ortspolizei abgeliefert worden. Es sind im ganzen über 1200 Stück. Alle Fundobjekte, die bis zum 15. Januar l. J. nicht abgefordert worden sind, gelangen zur Versteigerung.

In dem räthselhaften Leichenfund am Nordufer wird berichtet, daß die Umstände darauf schließen lassen, daß an dem Arbeiter Karge kein Verbrechen begangen worden ist.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Ihr Bericht in Nr. 24 über mein Grundstück Wasserhorst 46 entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Ich habe meinen früheren Maschinen niemals beauftragt, das städtische Leitungswasser für meinen Fabrikbetrieb abzusperrn; eine solche Absperzung ist nicht einmal möglich, weil das Wasser nur für das gesammte Grundstück, nicht für einzelne Theile desselben abgesperrt werden kann. Es ist unklar, daß die Art der Anlage Verwechslungen zwischen Leitungs- und Brunnenwasser herbeiführen kann. Von allen Arbeitsräumen aus können die Leitungsbahnen mit städtischem Wasser schneller erreicht werden, wie die Bahnen der Brunnenleitung. Mit meinem Wissen wird niemals ein Arbeiter verhindert, nach Belieben Wasser zu verbrauchen. Bernhard Köhler. — Es wird sich Gelegenheit bieten, auf diese Richtigstellung zurückzukommen.

Der Scharfrichter Reindel ist, der „Voss. Ztg.“ zufolge, „amtsmäßig“ und will sich zur Ruhe setzen. Um sein Amt sind bereits zahlreiche Bewerbungen eingegangen, einzelne der Bewerber sind bereits ersucht worden, sich bei der Staatsanwaltschaft I Berlin vorzustellen. Findet etwa ein Probestellungsfall?

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich in der letzten Nacht um 12 1/2 Uhr die 40jährige Arbeiterfrau Anna Jopp geb. Wielich aus der Chorinstraße 1 geödet. Frau Jopp, deren Mann sich in Reindorf in der Arbeiterkolonie befindet, wohnte seit einem halben Jahre mit dem verwitweten Buchbinder Meyer zusammen im vierten Stock des schon bezeichneten Hauses und ernährte sich durch Näharbeiten. Aus welchem Grunde sie sich geödet hat, ist nicht bekannt.

Als Spiegel wird der anarchische Agitator Großmann, von dessen Bestimmung und Ausweisung wir gestern berichteten, in einem hiesigen bürgerlichen Blatt bezeichnet. In wie weit diese Bezeichnung zutreffend ist, wissen wir natürlich nicht. Großmann war Redakteur der anarchischen Wiener „Zukunft“.

In einem hiesigen Großgeschäft ist gestern der erste Buchhalter und Prokurist verstorben. Er war seit drei Jahren in dieser Stellung sich befand. Dem Vernehmen nach war er vor etwa vier Jahren wegen Unterschlagung in gleichartiger Stellung zu einem halben Jahre Gefängnis verurtheilt worden und er hatte sich bisher der Strafverbüßung zu entziehen gesucht.

Die Litzhauerstraße von der Subener bis zur Graudenzerstraße wird wegen Neupflasterung vom 28. ds. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Die Unterschlagungen des Buchhalters Albert Mehre bei der Diskontogesellschaft sind nach dem jetzt zum Abschluß gelangten Feststellungen kleiner, als ursprünglich angenommen wurde; sie betragen sich auf noch nicht 50 000 M.

Aus dem Polizeibericht vom 27. Oktober. Am Montag wurde vor dem Hause Reichenbergerstraße 21 der 60 Jahre alte Lumpenhändler Wilhelm Schmidt durch einen Schlächterwagen überfahren und am Oberschenkel so erheblich verletzt, daß seine Ueberführung in das Krankenhaus am Urban erforderlich wurde. — Auf dem Kurfürstendamm blieb gegen Abend der Student Franz Kayser mit seinem Zweirade im Pferdebahngelände stehen, kam infolge dessen zu Fall und wurde von einem vorüberkommenden Pferdebahnwagen eine Strecke weit mitgeschleift. Er erlitt dabei anscheinend einen Bruch des Oberschenkels. — Auf dem Säbelpolze fiel der 33 jährige Kaufherr Karl Droguln von dem von ihm geführten Arbeitswagen, dessen Räder ihm über das rechte Bein hinweggingen, und erlitt dabei einen Bruch des Unterschenkels. Er wurde nach der Charité gebracht. — Abends wurde in der Gräberstraße der Arbeiter Gustav Hunsch mit einer anscheinend von einem Falle herabhängenden Verletzung am linken Beine aufgefunden und nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Ehrenwort. So ist ein Schauspiel von Otto Erich Hartleben benannt. Es ist vor mehreren Jahren bereits entstanden und wurde am Montag im Schiller-Theater zum ersten Male aufgeführt.

J. J. Rousseau hat einmal das bedeutsame Wort gesprochen: Mein sechzigjähriger Kopf soll nicht verwirren, was mein vierzigjähriger für recht erkannt hat. — Ein starkes Vertrauen in die gereife Mündlichkeit und eine starke Zweiseltucht dem starren Greisenalter gegenüber spricht aus dieser Anschauung. Wenn sie einen Schein von Berechtigung hat, um wie viel berechtigter muß es sein, wenn der gereifte Mann aus Jugendbegriffe und Vorurtheile, die er im Knabenalter untheilhaftig einlog, herabbläst? Entweder ist er an der Lebenswende, ein ewig Unreifer, stehen geblieben, oder er hat sich emporgerungen.

In Hartleben's Schauspiel ist es Hans Burchard, der Maler, der über die erfindend engen Anschauungen seiner Klasse und die Beschränktheit seiner Studentenzeitalter hinausgekommen ist, wie der Autor behauptet, wenn ich ihn recht verstanden habe. Ist er das, so ruht Hartleben's Schauspiel auf erklecktem Fundament und sein Drama gleicht eher den spitzfindig erfundenen Ibsen-dramen der Franzosen, in denen möglichst verzwickte „Fälle“ gelöst werden, als dem Schauspiel ohne Raffinement, in dem sich ein Lebensschicksal frei und natürlich entfaltet.

Der Maler Burchard liebt ein Mädchen, das er verehrt, dank einer kurzzeitigen Mutter und Verderben reimen. Sie ist mit einem Menschen verlobt, den er als Lumpen kennt. Der Verlobte, ein gut situirter Redakteur, hat als Student Gelder unterschlagen. Es war ein infamer Vertrauensbruch, das Geld war zur Unterhaltung eines Kollegen bestimmt. Man kann als Junge eine Infamie begehen und sie als Mann sühnen. Hier ist eine schwächliche Voraussetzung im Stücke. Jedenfalls ist Maler Burchard innerlich vom Glauben erfüllt, Redakteur Gotter sei nach 10 Jahren so infam geblieben, wie er als Jüngling war. Muß sich da nicht jeder lebendige Blutstropfen in ihm empören, wenn ein Mädchen, das er liebt, dem tückischen Dalmanen preisgegeben wird? Aber ihm bindet ein Ehrenwort die Zunge, ein Ehrenwort, das er als grüner Student gegeben, um den Skandal Gotter zu vertuschen. Nun ist die Tiefe geklärt: Wie benimmt sich ein Mann in so ungepfligter Situation?

Für einen freien Menschen, der doch Burchard sein soll, giebt es keine Frage. Einer Kanaille, die sich auf mein edelstes Gut stürzt, sähre ich an die Gurgel. Hier habe ich die heiße Menschenpflicht, ein Lebenstages zu retten, dort starrt mich ein todtter, konventioneller Begriff an. Bei Hartleben führt der Konflikt zuvor zu einem Duell, das doch nur jemand eingegangen wäre, der noch auf dem Standpunkt der Buchstaben-Ehre geschweidelter Affektoren steht. Maler Burchard sieht den Widerstand selber ein; aber er hilft sich über ihn mit Selbstironie hinweg; und die Lösung des Dramas wird eigentlich von außen hinein getragen. Burchard wird verwundet; ein besreundeter Arzt und Mitwisser von Gotter's Infamien will unbefangen die Wahrheit bekennen; und Gotter verliert seine Unverfrorenheit und geht. Vielleicht wollte Hartleben im Maler Burchard nicht den

Mann, der seiner Jugend entwachsen ist, zeichnen. Vielleicht sollte er moralisch noch halbwüchsig sein. Dann aber mußte ihn von vornherein die Eche vor dem papiernen Ehrenwort kräftiger binden. Dann mußte er mit den Korrekten „ganz korrekt“ sein; im leidenschaftlichen Affekt konnte ihm eine bestige Anklage entschlipfen. Dann aber durfte er nicht mit weiteren Andeutungen kommen, die schließlich Höheres vermuthen lassen könnten, als was Gotter wirklich gethan hat. Dann verliert das weitere Vorgehen aufs Ehrenwort jeden Sinn. — Aber aus Hartleben's Charakterstudie über den Maler läßt sich die Absicht durchaus nicht erkennen, diesen Maler als einen Halbmann hinzustellen, der, so gern er möchte, sich über's Massenurtheil nicht hinwegheben kann.

Nach den theatralisch wirksamen Schlüssen des zweiten und dritten Aktes wurde der Autor mehrfach gerufen. Die Ausführung selbst war verständlich inszenirt. Der gewandte Schauspieler Patry konnte als Gotter in der Mischung von innerlicher Verworfenheit und äußerer patentierter Schneidigkeit lebhaft interessieren. Herr Winterstein, der den Maler Burchard sein angelegt hatte, schädigte sich selbst durch schlechte Sprachtechnik. Er blieb stellenweise unverständlich. Die mitspielenden Damen waren diesmal in Wahrheit der „schwächere Theil“.

Der „Beethoven-Abend“, den die Direktion des Schiller-Theaters vor einigen Wochen veranstaltet hat, wird Sonntag, den 1. November wiederholt.

Das neue Schiller-Theater. Bekanntlich hat sich der Aufsichtsrath des Schiller-Theaters, als die Verhandlungen mit den Wallner'schen Erben betrefis Weiterverpachtung des Wallner-Theaters sich zerklühten, den Beschluß gefaßt, ein eigenes Theater zu erbauen. Unter vielen Bauplänen hat er nunmehr den am Gade'schen Markt gewählt. Das künftige Theater wird auf dem Grundstück der Cullis-Warmbrunn'schen Erben, dicht bei dem Bahnhof Börse, einem der belebtesten Zentralkunkte, erbaut, und wird sich der Haupteingang am Gade'schen Markt befinden, während die Front des Theaters nach der Sophienstraße zu liegt. Das Theater soll 1800 Sitzplätze enthalten.

Im Ostend-Theater beginnen die Vorstellungen fortan Wochentags um 8 Uhr.

Im Volks-Theater wird die bekannte Käder'sche Posse „Robert und Vertram“ vorbereitet.

Zum hundertsten Geburtstag Platen's wurde an dem Schause Nr. 24 an der Müller- und Thellstraße zu München, in welchem der Dichter in den Jahren 1832—34 wohnte und von wo aus er am 26. April 1834 seine letzte Reise nach Italien antrat, eine Gedenktafel enthüllt, welche der Magistrat Münchens dem Dichter gewidmet hat.

Gerichts-Beitrag.

Die Geschichte einer Berliner Ausstellung, die in den weitesten Kreisen unbekannt geblieben ist, beschäftigt heute die 2. Strafkammer hiesigen Landgerichts I in einer einen vollen Sitzungstag ausfüllenden Verhandlung. Die auf Betrug lautende Anklage richtete sich gegen den Redakteur Hugo Bloch zu Charlottenburg und den Kaufmann Franz Juhász zu Charlottenburg. Den Vorsitz führte Landgerichts-Direktor Kaeffer, die Anklage vertrat Staatsanwalt Liebenow, die Vertheidigung führten die Rechtsanwälte Virschfeld und Meyerstein. Der Angeklagte Juhász, der früher Inhaber eines Damenkonfektions-Geschäfts war, mit dem er kein Glück hatte, war später eine Zeit lang Generalinspektor der Versicherungsgesellschaft Vittoria. Dann trat er in geschäftliche Beziehungen zu dem Kunstbändler Ugo Baroccio, der seit Ende 1893 Unter den Linden 16 im Hause von „Blumen-Schmidt“ einen Verkauf künstlerischer und kunstgewerblicher Gegenstände unterhielt. Aber auch dort reussirte er nicht, das Geschäft stand vor dem Zusammenbruch und um sagte Juhász den Plan, eine „Ausstellung von Kunst- und Industrie-Erzeugnissen von Kaufleuten und Gewerbetreibenden der Provinz“ zu veranstalten. Dieser Plan fand wesentliche Förderung durch den ersten Angeklagten Bloch. Dieser hatte früher eine Bronzewarenfabrik, war dann für technische und kaufmännische Fragen schriftstellerisch thätig und giebt „Internationale Ausstellungsberichte“ heraus. Die Anklagebehörde behauptet auf grund der von ihr angestellten Ermittlungen, daß Bloch für sehr unterwerthige Ausstellungen in Belgien und Frankreich deutsche Kaufleute und Gewerbetreibende zu interessieren pflege, dann deren Vertretung gegen hohe Gebühren übernehme und den Bescheidern der Ausstellung, die sich durch ihn vertreiben lassen, die „wohlverdienten Anerkennungen in Gestalt von Diplomen, Medaillen und anderen Preisen“ in Aussicht stellt. Eine derartige Wirksamkeit soll er nach der Behauptung der Anklage beispielsweise bei einer 1904 in Liverpool veranstalteten „internationalen Ausstellung von Nahrungsmitteln“ u. dgl. entfaltet haben. Der deutsche Konsul in Liverpool hat die Ausstellung ertheilt. Es hat auch wiederholt ein Ermittlungsverfahren gegen Bloch geschwebt, doch hatte dasselbe zu einer Anklage nicht führen können, weil die betr. Aussteller sich nicht für geschädigt hielten, sondern im allgemeinen ganz vergnügt darüber waren, daß sie in den Besitz einer für ihre geschäftlichen Zwecke unverwerthbaren Medaille oder Diplom-Auszeichnung gekommen waren.

Der Gerichtshof fand darin eine Vorspiegelung falscher That-sachen, daß Juhász unter den Prospekt die Namen zweier Personen, nämlich Hohenwald und Kbfeler, gesetzt hatte gegen deren Willen. Hierin liege aber gleichzeitig eine schwere Verleumdung. In betrefis des Angeklagten Bloch sei nicht der Nachweis erbracht worden, daß er Kenntniß von dem strafbaren Verhalten des Juhász gehabt habe. Er mußte freigesprochen werden. Juhász wurde unter Billigung mildernder Umstände zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

In der Klage des Pfarrers Witte wider den Hofprediger Stöder ist vor dem hiesigen Schöffengericht am 20. November, vormittags 10 Uhr, Termin abgenommen worden. Wie es heißt, soll am 20. November der Landtag eröffnet werden und damit würde Herr Stöder von der Pflicht, persönlich im Termin zu erscheinen, entbunden sein.

Stöderprozeß. Der bereits einmal verlagte, auf den 4. November abgeraumte Prozeß gegen den Redakteur der „Neuen Saarbrücker Zeitung“, Peter Schwuchow wegen Verleumdung des Hofpredigers Stöder dürfte noch einmal eine Vertagung erfahren. Hofprediger Stöder hat vor einigen Tagen eine dritte Verleumdungsklage eingereicht, die die Beschaffung neuen Beweismaterials seitens des angeklagten Redakteurs erforderlich macht. Als Zeugen sollen auf Antrag des Angeklagten vernommen werden: Prof. Dr. Brecher, Oberst z. D. v. Krause, Landesdirektor Frhr. v. Rantkeffell, Oberhofmeister Frhr. v. Mirbach, Redakteur Heinrich Oberwinder, Regierungsrath v. D. Redakteur von Verlach, Gerichtsdirektor v. Beszes (Berlin), Pastor Karl Witte, Chefredakteur des „Reichsbote“, Pastor a. D. Engel, Freiherr v. Stamm, Freiherr v. Hammerstein, Freiherr Wilhelm von Hammerstein (Wohltäter Jellengefängniß), Ober-Verwaltungs-Gerichtsrath Hahn u. a.

Der Bankier Mosser, der am 8. Februar d. J. das An-geld hatte, gelegentlich einer Jagd den Förster Conrad von Forsthaus Waldbater im Bernauer Forst todtschießen, hatte sich gestern aus Anlaß dieses Falles wegen fahrlässiger Körperverletzung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Während der Staatsanwalt einen Monat Gefängniß beantragte, erkannte das Gericht auf Freisprechung.

Die bekannten Vorgänge auf dem Bahnhof zu Opaleniza gelangen heute, Mittwoch, vor dem Schwurgericht des königlichen Landgerichts Meseritz zur Verhandlung. Auf der Anklagebank erscheinen: 1. Der Schmiedemeister Nepomuk Rajewicz, 2. dessen Sohn, der Kaufmann Kasimir Rajewicz,

3. der Fleischergeselle Hypolit Stelmascyl, 4. der Arbeiter Valentin Bawer, 5. der Arbeiter Kasimir Klazjanski, 6. der Schlosser Stanislaus Urbanek, 7. der Fleischer Franz Smierzchalski, 8. der Schneidermeister Peter Filipowski, 9. der Bäcker Michael Roy. Am Nachmittage des 14. September verbreitete sich in dem in der Provinz Posen belegenen Städtchen Opaleniza die Nachricht: der in Bielichonowo weilende Erzbischof werde am Abend von dort zu Wagen nach Opaleniza kommen, um mit dem von Opaleniza abgehenden Abendzuge nach Posen zu fahren. Auf Veranlassung des Schmiedemeisters Rajewicz beschloß der „Industrielle Verein“ und der katholische Arbeiterverein zu Opaleniza den Erzbischof mit einem Musikkorps und Fackelträgern zu empfangen und denselben in dieser Weise in geordnetem Zuge durch die Stadt nach dem Bahnhof zu begleiten. Auf dem Wege vor dem Bahnhofsgelände dankte der Erzbischof für den ihm bereiteten Empfang, ertheilte den Segen und begab sich in den Wartesaal. Kaum hatte der Erzbischof den Platz verlassen, so kam der königliche Distriktskommissar Otto v. Carnap mit seinem Fuhrwerk angefahren. Als v. Carnap auf dem Platz vor dem Postgebäude angelangt war, soll die Menge den Pferden in die Fügel gefallen sein und auf v. Carnap mit theils brennenden, theils aus-gelöschten Fackeln, Papierlaternen, Stöcken, Häuten u. geschlagen haben. Dabei soll die Menge in polnischer Sprache unanbörlich gerufen haben: „Schlagt den deutschen Hund, das deutsche Hundeblut, den Lumpen todt“ u. s. w. v. Carnap, der, als er von der Menge angegriffen wurde, vom Wagen gestiegen war, soll, als er sich zur Wehr setzte, vor die Brust und schließlich derartig gestochen und geschlagen worden sein, daß er taumelte. Selbst der herbeigeeilte Oberwachmeister Stöder vermochte den in Zivilkleidung befindlichen Distriktskommissar kaum vor der von neuem einströmenden Menge zu schützen. Erst als der Kaufherr Klumpel dem Distriktskommissar den Säbel gebracht und dieser blank gezogen hatte, gelang es dem Distriktskommissar, die Menge von sich abzuwehren. Zu den Hauptschuldigen dieser Vorgänge sollen die Angeklagten gehört haben. Dem Vernehmen nach geben letztere zu, ohne vorherige polizeiliche Genehmigung den öffentlichen Aufzug theils veranlaßt, theils an denselben theilgenommen zu haben, da sie der Meinung waren, daß sie dazu berechtigt seien. Dagegen bestreiten die Angeklagten, den Distriktskommissar geschlagen zu haben und behaupten: Letzterer sei mit seinem Fuhrwerk im Galopp direkt in die Menge hineingefahren, so daß man, um ein Unglück zu verhüten, den Pferden in die Fügel fallen mußte. Durch das schnelle Fahren und durch die von dem Distriktskommissar ausgestoßenen Rufe: „Was thut Ihr hier, Ihr verfluchten polnischen Schweine? Was wollen die verfluchten Polacken“ u. s. w. sei die Menge in Wuth gerathen und habe auf den Distriktskommissar eingegolten. Diese Behauptung, ganz besonders das schnelle Fahren des Distriktskommissars soll von verschiedenen Zeugen bestätigt werden. Von einer Reihe anderer Zeugen soll dagegen die erstgenannte Schilderung der Vorgänge behauptet werden. Die genannten neun Angeklagten haben sich heute wegen Land-friedensbruchs und zwar zum theil als Räubersführer, sowie wegen vorsätzlicher Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges auf grund der §§ 125b und 125a des Strafgesetzbuches und außerdem wegen Verletzung des preussischen Vereins-gesetzes vor eingangs bezeichnetem Gerichtshofe zu verantworten. Die Angeklagten, die sich zum theil noch in sehr jugendlichem Alter befinden, sind sämmtlich katholischer Konfession. Die Angeklagten Stelmascyl, Smierzchalski, Filipowski und Roy sind bereits wegen vorsätzlicher Körperverletzung, Smierzchalski des-halb mit 1/2 Jahren Gefängniß bestraft. Die anderen Angeklagten sind unbestraft. — Den Vorsitz des Schwurgerichtshofes wird Oberlandesgerichts-Rath Rhode (Posen) führen. Es sind für die Verhandlungen zwei Tage in Aussicht genommen.

Die Abwesenheit des Vertheidigers bei einem Theile der Hauptverhandlung ist ein Revisionsgrund. Der Handlungsgelinde Eduard Frischmuth von Borgdorf in Ober-Ostereich wurde am 29. Juli 1896 vom Landgericht Traun-stern in wegen schweren Diebstahls in vier Jahren Zuchthaus und Ehrverlust, sowie Hans Bacherl von Passau wegen Fehleri zu einem Jahr Zuchthaus verurtheilt. Frischmuth hatte in Reichenthal bei dem Rentmeister einen Einbruchdiebstahl verübt, wobei er Schmuckgegenstände im Werthe von ca. 1000 M. mitnahm. Die Revision Frischmuth's gegen das Urtheil rügte, daß bei der Publikation des Urtheils, welche verlegt worden war, sein Vertheidiger Rechtspraktikant Freiherr von Stengel nicht zugegen gewesen sei. Das Reichsgericht hob auf seine Revision das Urtheil auf und verwies die Sache insoweit zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück; die Revision des Bacherl dagegen wurde verworfen.

Gewerkschaftliches.

Zur Bewegung bei den Lithographen, Stein-druckern und Fernlosgenossen Berlins. Der Geist unter sämmtlichen Ausständigen ist ungebrochen. Zu den vom Streik betroffenen Firmen sind noch einige hinzugekommen, weil sich dort die Kollegen und Kolleginnen nicht dazu hergaben, die Arbeiten für die Ringsabrikanten zu machen. Insgesamt streikten bis zur Stunde rund 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen, und zwar bei folgenden Firmen: Prager u. Loida, Wendisch, Otter, Rathes, Friedberg u. Silberstein, Schäfer u. Scheide, W. Böhm, Larnid, Wittner u. Komp., Wunsch u. Lange, Hermann u. Schmit, Littauer u. Wosfen, Abeler, W. Hagelberg, Radice, Weyland u. Wauschwig, Briester u. End, Gronk u. Marx, P. Hagelberg, Engel, Walter Beck, Steinh, Werner u. Schumann, Messel, Oesterreich u. Hartmann, Lichtdruckerei Dienstadt, Sala, Hohenstein u. Lange, Bromholz. Daß die Fabrikanten in arger Bedrängniß sind, geht daraus hervor, daß bei einer Firma das kaufmännische Personal gezwungen ist, Arbeiten der Stein-drucker zu verrichten; bei einer zweiten Firma zieht man dazu die Arbeitsburshen heran; der Chef einer dritten mißt sich selber mit dem Stein-schleifen ab. Es wird den Fabrikanten bald klar werden, daß sie besser thun, unsere minimalen Forderungen zu bewilligen, als sich durch Verweigerung derselben Schaden über Schaden zu bereiten. Die Konjunktur ist äußerst günstig. Zugug ist freuz fern zu halten. Die Lohnkommission. J. A. Schöyle.

Achtung, Parquetbodenleger! Nachdem die Lohn-differenzen bei der Firma Kampeler in Berlin durch selbes Zusammenhalten der Kollegen beigelegt und der Tarif weiter bezahlt wird, tritt jetzt die Firma Leibe u. Komp. an die Kollegen mit einer Lohnreduzierung heran. Wir fordern die Kollegen auf, auch hier fest zusammenzuhalten, dann wird der Angriff dieses Fabrikanten ebenfalls scheitern. Nur die Hochhaltung unserer Tarifes kann uns einigen und zum Ziele bringen, die Lohnkonkurrenz zu beseitigen. Die Kollegen der Firma Leibe u. Komp. werden ersucht, sich am Donnerstags-Abend 8 Uhr bei Jubel, Lindenstr. 106, einzufinden. Sämmtliche Vertrauensleute haben zu erscheinen. Die Werkhalts-Kontrollkommission.

Achtung, Arbeiter Berlins! Noch immer ist eine große Anzahl der ausgesperrten städtischen Gasarbeiter zu unterstützen. Wir bitten daher, die Sammlungen fort-zusetzen und die gesammelten Gelder sofort an das Gewerkschafts-Bureau (Adresse: H. Millarg, Kamenstr. 16) ab-zuführen. Das Streikomitee.

Das Scheitern der Lohnbewegungen hat häufig darin seine Ursache, daß man sich nicht informirt, ob der Geschäftsgang allgemein so gut war, daß man den Kampf mit Aussicht auf einigermaßen sicheren Erfolg wagen konnte. Guter Geschäftsgang an einem Orte genügt gewöhnlich nicht, wenn es sich um Durchsetzung von Forderungen bedeutender Art handelt, und noch

Sechs Partei-Versammlungen

Mittwoch, 28. Oktober, abends 8 1/4 Uhr
in folgenden Lokalen:

1. Wahlkreis:
Stabernack's Salon, Inselstr. 10.
2. Wahlkreis:
Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
3. Wahlkreis:
Brochnow's Salon, Sebastaianstraße 39.
4. Wahlkreis:
Joël's Festsäle, Andreasstraße 21.
5. Wahlkreis:
Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
6. Wahlkreis:
Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:
Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen.
Wahl von Mitgliedern zur Lokal- und Preßkommission. Berichterstattung der Delegierten vom Parteitag. Diskussion.
Die Vertrauenspersonen.

Mohr'sche Margarine
kaufen Sie täglich frisch Plan-Ufer 96 a. der Kottbuser Brücke
und Markthalle Dresdenstraße, Stand 200-201.
Gegründet 1884. Bothe. Gegründet 1884.

Das Schuhwaaren-Verkaufshaus (8 Schaufenster) **S. Selbiger, 40 Landsbergerstr. 40**
von verkauft von heute ab:

Herrenkiefel, gut und dauerhaft gearbeitet, Mk. 4,50, 5,50, 6,50 u. s. w.
Damenkiefel zum Knöpfen, auch Gummizüge, Mk. 4, 4,50, 5,30, 6,20 u. s. w.
Einsegnungskiefel zu staunend billigen Preisen.
Schuhmacher erhalten, wie immer bei Ruhend-Abnahme, 5 pCt. Rabatt.

S. Selbiger, 40, Landsbergerstr. 40 (Ecke Lichmannstraße).

Donnerstag, den 29. Oktober:
Frische Wurst
bei R. Kunisch, Wadstraße 47/48.

Fruchtweine
Johannisbeerwein, weiß und rot, Stachelbeerwein, Heidelbeerwein & Bl. (1/2 Liter) 75 Pf. & Uter 1 Quart etc.

10 pro Glas.
DEUTSCHES REICH 1896
FENNIA
1/10 Liter.

Behälter der Berliner Groß-Verpackungsanstalt
Berliner Gewerbe-Ausstellung
Welt, Eisenbahn-Güterhalle, Marienkaufhalle.
Eugen Neumann & Co.
Detail-Verkaufsstellen:
Belle-Alliancepl. 6a, N. Friedrichstr. 51, Oranienstr. 190, Genthinerstr. 29, Potsdam: Güterstr. 7, Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 45.

M. J. Hahlo,
Patentanwalt,
Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsichtung und Verwerthung. [58242]
Kath. Auskunft und Konferenzen kostenfrei.
Erste Referenzen im In- u. Auslande

Portièren
Restbestände
2 bis 8 Chals, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.
Probe-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten.
mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr.
Pracht-Katalog
Teppich-Haus
Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstraße 158.

Bettfedern
dreifach gereinigte neue, vorzüglich füllend, Pfund 60, 70, 80 Pf. Halbpaunen 1,10. Paunen, Silberfell, 1,40. Paunen von vorzüglichem Qualität (3 Pf. gefüllt zum größten Oberbett) 2,70, empfiehlt das als streng reell erprobte, 1870 geprüfete Spezial-Geschäft von **K. Polack,** Oranienstr. 61, am Moritzplatz.
Kanarienhähne verkauft 10066
Joachim, Fehrbellinerstr. 46.

Total-Ausverkauf
zu außerordentlich billigen Preisen wegen gänzlicher Auflösung meines Geschäfts.
Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Möbelstoffe (Neste), Wäsche, Corsets, Trikots, Inlet, Hemdentuch, wollene Tücher, Herrenwesten, Pellicinen, Cashentücher, Handschuhe, Strümpfe etc.
Amandus Wronkow
Oranienstrasse 162 zwischen Moritz- und Oranienplatz.

Vorsicht!
ist geboten beim Einkauf von Waschmitteln. Das beste, billigste und bequemste Waschmittel der Welt ist und bleibt
Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schuymarkte „Schwan“)
Zu haben in den meisten Kolonialwaaren-, Droguen- und Seifenhandlungen.

Total-Ausverkauf
wegen gänzlicher Auflösung des Geschäfts.
Fertige Betten, Bettfedern, Bettfüllen, Matratzen zu enorm billigen Preisen.
Berlin, Spandauerbrücke 2.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Lustig, Berlin S., Wilmersstraße 46. Preisliste kostenlos. Viele Anerkennungs-schreiben.
Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Herutöbden bei Bestellung umsonst.
Gudel, Vanshierplatz 2, Gifasserstr. 12, Steglitzerstr. 71, L.

Theilzahlung Monatl. 10 M., tief. reelle Anzüge nach Maß nur an sichere Kunden, gegen Baar zu jedem billigsten Preis.
Tomporowski, Schneidemeister, Berlin C., Jüdenstr. 87, 1 Tr.
Goldwaaren re. billigste direkte Bezugsquelle Goldwaarenindustrie Belmonts & Cie. Einzelverkauf Königsstr. 22, Hof port.

Sonntag abend 11 1/4 Uhr entschlief sanft nach kurzen Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegerohn und Schwager, der Gastwirth **Wilhelm Stehr,** im 44. Lebensjahre. 11006
Um hieses Beifeld bitten Die tiefbetrübten Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 29. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses aus, nach dem alten Jakobikirchhof, statt.
Berlin, den 27. Oktober 1896.

Dankagung.
Für die rege Theilnehmung und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung des Herrn
Gustav Dreyer
sage allen Freunden, Bekannten, Kollegen, sowie der Direktion der Brauerei Pichelsdorf und dem Gesangsverein meinen herzlichsten Dank.
Emma Giese, als Braut.

Berliner Volks-Brauerei
S. Gräfeinstrasse 8
empfeilt und versendet in Berlin und die Vororte seine zum Selbstkochen aus bestem Malz und Hopfen gebrannten Biere als
Werdersches Malz Weißbier à Liter 10 Pf.
welches infolge seines großen Malz- und Würze-Ertrages von hoher Nährkraft ist! Lieferung frei Haus.

Gardinen-Reste
passen zu 1-4 Fenster unter Fabrikpreis! Nur gute, dauerhafte Qualitäten werden angefertigt. 772L
M. Hildebrand,
Dresdenerstr. 117, pt.
Möbel und Postwaaren, billig, Dresdenerstr. 49, I.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Genthstraße 2.
Soeben ist erschienen:
Gothaer Kongress-Protokoll.
Preis 30 Pf. (Porto 10 Pf.). Geb. 50 Pf. (Porto 20 Pf.).
Das nach stenographischer Niederschrift hergestellte Protokoll ist durch Beifügung eines ausführlichen Sachregisters zu einem praktischen Nachschlagewerk gestaltet worden. Jedes in den Berichten der Parteileitung und der Fraktion erwähnte politische Ereigniß, jeder in den Kongressdebatten berührte Gegenstand kann sofort ohne jede Mühe verfolgt werden, ebenso jeder der nach der Materie alphabetisch geordneten Anträge zum Parteitag, die Verhandlungen über die Frauenfrage, die Diskussion über die Arbeiterfrage, die lehrreiche Debatte über Kunst und Sozialismus etc. reichen das diesjährige Protokoll inhaltlich in den bedeutungsvollen unserer Parteitagsprotokolle.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
General-Versammlung
Sonntag, den 15. November 1896, vormittags 11 1/2 Uhr, im Saale der „Resource“, Kommandantenstr. 57. 10966
Tages-Ordnung:
1. Ergänzungswahl des Vorstandes (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Revidenten für 1897/98 (§ 52 des Statuts).
3. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für 1897.
4. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 19 Abs. 2 und (auf Verfügun der Aufsichtsbehörde) des § 42 Abs. 5 des Statuts.
5. Etwaige Anträge von Mitgliedern, welche indeß bis Sonnabend, den 7. November ex. eingereicht sein müssen.
6. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Otto Walter, Vorsitzender. Paul Maguan, Revident.

Möbeltischlerei
u. Lager compl. Wohnungseinrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten in jeder Preislage in solider Ausführung zu den billigsten Preisen empfiehlt
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstr. 6.
Eigene Werkstatt im Hause.

Arbeitsmarkt.
Einleister, welche außer dem Hause Schutz und Pantoffel vollständig fertigmachen, finden sofort Beschäftigung. Filzschuh-Fabrik Simon u. Co.
Einfasserin
auf bessere Artikel finden sofort gute und dauernde Beschäftigung, auch nach Neujahr Beschäftigung. Filzschuh-Fabrik Simon u. Co., Neue Königstraße 89.
Tüchtige Kürschner = Damajells
auch auf Pelznähmaschinen verl. i. Hause Louis Buchwitz, Neue Königstr. 85.
Kartonarbeiterinnen verlangt sofort Berger, Kartonnfabrik, Köpenickerstr. 60.
Einpacker u. Vergolderin, Wienerstr. 9.
Knoten-Arbeiter auf Perlmutter v. Crojinski u. Eisenack, Köpenickerstr. 154.
Lieferungsfähige Tischler fürournire Sophagestelle gesucht. Adr. sub Tischler „T. M.“, Exped. d. Bl.
Zuvert. Rohrleger auf Gas- u. Wasserleitung verl. W. Niefenz, Sophienstr. 23.
Tischler oder Zimmermann, welcher mit Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigung, findet Beschäftigung bei [10976] Zimmermeister Wegel, Adlershof.
Maschinenpulelerin [11026] verlangt Jerusalemstr. 17, 4 Tr.
Tüchtige Farbigmachein auf glatte und Blauschleier verlangt **Em. Zapper,** Goldbleichenfabrik, Königsbergerstr. 7.
2 tüchtige Andrucker
werden bei hohem Lohn für dauernd zum sofortigen Antritt gesucht.
C. Wittkott, Leipzig, Dufourstr. 24a.
Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt für die Stadt- und Vorort-Ausgabe eine Einladung zum Annoncment auf die „Berliner Illustrierte Zeitung“ bei.
Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preussischen Lotterie vom gestrigen Tage bei.

Aus den Unternehmer-Verbänden.

Die Erzeugung des Kalks, eines für die Landwirtschaft hochwichtigen Düngemittels, befindet sich in den Händen eines der am stärksten organisierten Kartelle, des **Stahlfurter Kalk-Syndikats**, dem auch der preussische und der anhaltische Staat angehören. Der Landwirtschaft muß natürlich daran gelegen sein, das Kalk so billig wie möglich zu bekommen. Die Landwirtschaftskommission der Provinz Sachsen verlangt nun die Einführung von **Ausfuhrzöllen** für Kalk und chemische Fabrikate, damit die außerdeutschen Landwirthe schwerer oder am liebsten gar nicht mit den deutschen konkurrieren können. Da Deutschland das Hauptproduktionsgebiet für Kalk ist, würde ein Ausfuhrzoll auf die Konkurrenz der ausländischen Landwirtschaft wohl nicht ohne Einfluß sein, aber diese Konkurrenz in der Hauptsache lahm zu legen ist weder möglich noch wünschenswert. Nicht darum sind die Kornzölle ermäßigt worden, daß den Agrariern durch einen anderen, neuen Zoll abermals Profitlappen in den nimmerernten Schlund geworfen werden. Notorisch kann die deutsche Landwirtschaft den einheimischen Bedarf nicht decken, es muß also ausländisches Getreide eingeführt werden. Der Konsument, das deutsche Volk, hat demnach kein Interesse, dem Begehren der genannten Landwirtschaftskommission zuzustimmen. Was das Volk braucht, das sind billige Nahrungsmittel. Kann diese die deutsche Landwirtschaft jetzt nicht schaffen, so muß sie ihre Produktionsweise ändern, damit das erreicht wird. Die Ausfuhrzölle auf Kalk zu wärden noch einen anderen Nachteil haben. Der Absatz von Kalk nach dem Auslande würde vermindert und infolgedessen die Produktion eingeschränkt werden, wodurch ein Theil der bei der Kalk-Erzeugung beschäftigten Arbeiter brotlos, das ohnehin riesenhafte Heer der Arbeitslosen abermals vermehrt und infolge dessen die Zahl der aus Noth zum Verbrechen getriebenen Menschen wiederum erhöht würde, was eine Vermehrung der Gefängnisse, des Richterpersonals u. s. w. kurz eine neue Steigerung der Lasten bedeutet, unter denen die moderne Gesellschaft ebenso dahinreißt, wie die mittelaltliche Gesellschaft unter den Lasten, die ihr die Kirche auferlegte und die schließlich zum Sturz der Papstheerrschaft führten.

Eine andere Sorte von Brotvertheuern regt sich in entgegengekehrter Richtung. Die Mühlenbesitzer, deren beispiellos schlechte Bezahlung und Behandlung der Arbeiter unseren Lesern bekannt ist, verlangen in einer Petition an den Reichs-Landtag Vergünstigungen für ihre Ausfuhr von Weizenmehl, insbesondere um der Konkurrenz Frankreichs auf dem Weltmarkte ein Paroli bieten zu können. Es handelt sich hierbei um die großen Mühlen. Diese sind jetzt genöthigt, ihre riesigen überflüssigen Mehlmengen auf den inländischen Markt zu werfen, weil sie diese auf dem Weltmarkte nicht los werden können. Da die kleinen Mühlen, nach dem eigenen Eingeständnis der Großmüller, bedeutend theurer arbeiten als diese, steht also, wenn die Regierung den Großmüllern das Geschenk der beanspruchten größeren Zollrückvergütung machen sollte, eine Steigerung der Mehlpreise in Aussicht. Wenn wirklich eine Ueberproduktion an Mehl bestände — Hunderttausende in Deutschland haben im Gegentheil nicht satt Brot zu essen, weil der Brotpreis zu hoch ist — so giebt es ein viel einfacheres Mittel, um dem „Mehl“ abzuhelfen. Warum erlauben denn die deutschen Regierungen den Großmüllern, viele Wochen lang im Jahre auch Sonntags arbeiten zu lassen? Eine Schmälerung der gerade den Mühlenarbeitern wegen der ungesunden Art ihrer Beschäftigung so nöthigen Sonntagruhe, die für die Sozialpolitik Deutschlands einfach ein Standa ist! Weiter können die Großmühlen ihre „Ueberproduktion“ durch Einführung einer längeren Arbeitszeit sehr leicht vermeiden. Eine aus solcher Ursache entstehende Steigerung des Mehlprieis würde auch das arbeitende Volk eher billigen, denn den Fennig, den es auf der einen Seite mehr zahlen müßte, bekäme es auf der anderen Seite wieder mit Zinsen herein. Mühlenbesitzer und Arbeiter würden also bei solcher Regelung der Sache Nutzen haben. Kurz, auch hieran zeigt sich wieder, daß nicht die Grundsätze des Unternehmertums, sondern

die der Arbeiterbewegung aus dem Wirrwarr des jetzigen Wirtschaftssystems zu geordneten Zuständen führen.

Vom rheinisch-westfälischen Kohlenhändlerkartell wird für 14 Doppel- und 15 einfache Schächte, die neu errichtet sind oder werden, das Recht auf Antheil an der Förderung der Kohlenmenge verlangt, die nach den Beschlüssen des Syndikats je nach dem Stande des Marktes ziffermäßig festgestellt wird, durch welches Verfahren das Syndikat den Kohlenpreis „regulirt“, d. h. wenn irgend möglich in die Höhe schraubt. Als das Syndikat am 1. März 1893 ins Leben trat, betrug die Gesamtbeihilfungsziffer 83 675 976 Tonnen (à 20 Zentner), am 1. Januar 1894 betrug sie 85 581 116 und am 1. Januar 1896 belief sie sich auf 41 681 248 Tonnen, die Zunahme seit 1893 betrug somit 8 055 267 Tonnen, fast 24 pCt., oder jährlich 4 pCt. Durch die erwähnten 29 neuen Schächte würde sich die Zunahme um weitere 5 100 000 Tonnen jährlich erhöhen, das dreifache der bisherigen jährlichen Zunahme. Wenn der gute industrielle Geschäftsgang namentlich in der Eisen- und Stahlindustrie noch einige Jahre anhält, so würde trotz der Eröffnung der vielen neuen Schächte der Kohlenpreis auf der für den Profit der Herren Grubenbesitzer erforderlichen Höhe erhalten bleiben. Aber wer kann dem Landfrieden trauen? Kann man doch in der heutigen Gesellschaftsordnung kaum auf morgen rechnen, geschweige auf Jahre hinaus. Es ist daher natürlich, wenn das Syndikat trotz öfterer Veranlassung der Frage, ob die neuen Schächte sofort nach ihrer Vollendung oder erst am 1. April oder 1. Oktober Anspruch auf Förderungsantheil haben sollen, noch immer zu keinem Entschlusse gekommen ist.

Der Verein der am **Kaffeehandel** beteiligten Firmen hielt in Hamburg am 21. Oktober eine Generalversammlung ab, wo Beschlüsse über die gegenseitige Baarenverrechnung im Kaffee- Terminushandel gefaßt wurden.

Die deutschen **Buchdruckerbesitzer** erhöhen mittels ihrer Organisation den Druckpreis u. s. w., wobei sie sich auf die Verwilligungen berufen, die sie den Buchdrucker- und Buchhändler-Gehilfen gemacht haben. In Berlin, Breslau, Dresden und Leipzig sind, wie es heißt, die Druckpreise bereits erhöht worden, jetzt hat auch die **Hamburg** Buchdrucker-Innung einen dahingehenden Beschluß gefaßt. — Der „Grenzboten“-Verleger **Stumme** in Leipzig sucht die **Verlagsbuchhändler** zu einer besonderen Organisation zusammen zu bringen, einerseits damit die Verleger bei künftigen Lohnbewegungen der graphischen Arbeiter ihr Veto mit Erfolg einlegen, sich also ab ovo dagegen schützen können, daß die Buchdruckerbesitzer die Erhöhung der Produktionskosten auf die Buchhändler obdrücken; andererseits soll durch die geplante Organisation den Sortimentern entgegengekehrt werden, die auf den Buchpreis seinen immer größeren Einfluß ausüben, wodurch der „alte“ Buchhandel, nämlich das Profitinteresse der Verleger, in die Enge kommt. Das Organ der Buchdruckerbesitzer, die „Zeitschrift“, wendet sich jedoch energisch gegen die Gründung eines besonderen Fachvereins der Herren Verleger, wobei es kräftig in die Schalmee der Arbeiterfreundlichkeit bläst; es erklärt Herr **Stumme** ungefähr, daß die Buchdruckerbesitzer um so weniger Lust haben, die Rolle von Schwirrwirren zu spielen, als die Arbeiten für den Buchhandel nur etwa ein Drittel der Produktion des Buchdruckgewerbes ausmachen.

Die neulich signalisirte Betriebsbeschränkung der **Wollkämmereien** scheint zu beginnen. In **Wilhelmsburg** bei **Hamburg** sind Arbeiterentlassungen größeren Umfanges vorgenommen worden.

Gewerkschaftliches.

Die **deutschen Töpfer** hatten vor zwei Jahren auf ihrem Kongreß eine Kommission eingesetzt, die mit den Kollegen des Auslandes Beziehungen anknüpfen sollte, um eine gegenseitige Unterstützung in den Bestrebungen der Organisation zu ermöglichen. Gegenwärtig liegen dem Obmann dieser Kommission aus sechs Ländern Berichte vor, die zwar ein lüdenhaftes, aber manche interessante Einzelheiten zeigendes Bild von dem Stande der Organisation aufweisen.

Aus **Schweden** wird berichtet, daß daselbst 15 Vereine mit 500 Mitgliedern zu einem Zentralverband zusammen-

geschlossen sind. Die Arbeitsverhältnisse haben sich in den letzten zwei Jahren fortgesetzt verbessert. Während dieser Zeit fanden neun Lohnkämpfe statt, die mit einem Siege der Arbeiter endeten, während zwei andere und zwar größere Streiks verloren gingen. Streikunterstützungen machten sich nur bei den zwei letzteren notwendig.

In **Dänemark** ist die Organisation dieselbe geblieben. Infolge der Gleichgiltigkeit der Kollegen waren ausführliche Berichte über die Zustände im Töpfereibetriebe nicht zu erlangen.

Der Bericht aus **Ungarn** meldet, daß die **Gafner** in **Hünfikirchen** und **Budapest** ihre Organisationen derart erweitert haben, daß die Arbeiter aller keramischen Branchen derselben beitreten können. Einer sich über das ganze Land ausdehnenden Zentral-Organisation stehen gesetzliche Bestimmungen entgegen. Ein Lohnkampf der keramischen Arbeiter in **Hünfikirchen**, der zehn Wochen dauerte, ging verloren, ebenso ein Streik der **Ofenseher** in **Budapest**. Auch die **Ziegelei-Arbeiter** fangen an, sich zu organisieren. In **Steinbruch** bei **Budapest** wollten sie in diesem Jahre sich zum ersten Male an der **Waisfeier** beteiligen. Es kam dabei zu einem Auslauf, infolge dessen mehrere polnische Arbeiter ausgewiesen wurden.

Aus **Oesterreich** meldet der Vertrauensmann, daß die Organisation seit 1894 etwas zurückgegangen ist und die Agitation für dieselbe außerordentlich schwierig sei. Die oberösterreichischen **Ofenseher** fühlen sich in ihrem Erwerbe dadurch beeinträchtigt, daß Dofen noch vielfach von **Maurern** gefeiert werden.

In der **Schweiz** hat seit dem Jahre 1894 die Organisation der **Ofenarbeiter** einen kleinen Aufschwung zu verzeichnen. Die Scheidentöpfer scheinen der Organisation fernzugehen. Der Bericht bemerkt, daß sich über dieselben nicht viel sagen lasse, denn sie seien meist in kleinen Orten verstreut. Die **Geschirrtöpferei** ist infolge der Konkurrenz der **Emaille-** und **Porzellanwaaren** bedeutend zurückgegangen. Die **Ziegelei-Arbeiter** in der Schweiz sind meist **Italiener**, auch sie fangen allmählich an, sich zu organisieren.

Aus **Rumänien** wird berichtet, daß in **Bukarest** ein 57 Mitglieder umfassender Verein besteht, in welchem die (meistentheils ausländischen) **Ofenseher** organisiert sind. Diese Organisation hat als Ziel des nächsten Lohnkampfes die Eringung eines einheitlichen Lohns in Aussicht genommen. Das Bestreben, den einheimischen Fabrikanten der **Ofenindustrie** im Lande selbst mehr Geltung zu verschaffen, tritt immer mehr in den Vordergrund. Bisher wurde diese Waare und namentlich die bessere zum größten Theil aus anderen Ländern bezogen. Ganze Distrikte des Landes werden von Scheidentöpfereien bewohnt, welche als Hausindustrielle für **Großhändler** arbeiten. Die Scheidentöpfer in der **Walachei** sind meist **Rumänen**, in der **Moldau** überwiegend **Juden**.

Diese Berichte sollen in möglichst umfangreicher Weise mindestens alljährlich wiederholt werden, um ein getreues Bild über den Stand des Berufes zu erhalten. Wichtige Vorkommnisse sind sofort durch die zur Verfügung stehende Arbeiterpresse bekannt zu geben. Die Ueberwachung dieser Arbeiten fällt wie bisher dem **Obmann** der internationalen Kommission zu, welcher in **Berlin** seinen Sitz hat.

Das **Landgericht** in **Oldenburg** hat ein für den **Arbeitsvertrag** wichtiges Urteil gefällt. In **Delmenhorst** ist im Jahre 1892 zwischen den **Zimmerern** und den **Meistern** ein Stundenlohn von 37 1/2 Pf. vereinbart worden, und dieser Satz gilt heute noch. Drei bei einem dortigen Meister beschäftigte **Zimmerer** wurden nun von diesem auf die **Ziegelei** in **Buschhagen** zur Arbeit an einem Neubau geschickt und erhielten dort nur 33 Pf. Stundenlohn mit dem Bemerkten, daß auf der **Ziegelei** nicht mehr gezahlt werde. Sie klagten beim **Arbeitsgericht**, wurden aber abgewiesen, weil der in **Delmenhorst** vereinbarte Lohnsatz von 37 1/2 Pf. in **Buschhagen** nicht gezahlt zu werden brauche, da dort der ortsübliche Stundenlohn nur 30 Pf. betrage. Auch hätten die Arbeiter bei Eingebung des Arbeitsvertrages sich erkundigen müssen, ob in **Buschhagen** derselbe Lohn gezahlt werde wie in **Delmenhorst**. Das **Landgericht** in **Oldenburg** hob dieses Erkenntnis auf und verurtheilte den **Meister** zur Zahlung von 37 1/2 Pf. pro Stunde und zu den

Das Riesenfernrohr in Treprow.

Aus dem vorerwähnten **Jahresmarkt** in **Treprow**, der den Namen einer **Berliner Gewerbe-Ausstellung** führte, ragt das große Fernrohr als ein Wert hervor, in welchem etwas Dauerndes und, wie es scheint, in mancher Hinsicht Grundlegendes geschaffen wurde. Wir wollen hier nicht die astronomische Bedeutung hervorheben, welche derartige große Fernrohre haben; denn in dieser Beziehung steht es nicht einzig in seiner Art da, sondern macht Deutschland, dessen größtes Fernrohr bis jetzt das 18zöllige Instrument der **Strasbourg** Sternwarte ist, erst den anderen Kulturländern ebenbürtig. Das **Objektiv** des **Treprower Fernrohrs** hat eine Oeffnung von 20 Zoll oder 70 Zentimetern, ist also ungefähr von der Größe der **Objektive** der Sternwarten in **Pulkowa**, **Wien**, **Mizza** u. a., während es von den beiden großen amerikanischen Fernrohren der **Vid-Sternwarte** und des **Perles-Teleskop** in **Chicago** mit 93 und 100 Zentimetern Oeffnung erheblich übertroffen wird.

Die eigenartige Bedeutung des **Treprower Fernrohrs** liegt wesentlich in dem **maschinellen Aufbau**, welcher sehr wesentlich von den bisher gebräuchlichen Konstruktionen abweicht.

Das Instrument ist ein sogenanntes **Aequatorial**, d. h. es ist um zwei auf einander senkrechte Axen drehbar, von denen die eine, die **Polax**- oder **Stundenaxe**, die Richtung der Erdaxe hat, und die andere, die **Declinationsaxe**, senkrecht dazu ist, also in der **Aequatorialebene** liegt; dadurch kann man das Rohr nach jedem Punkte des **Himmels** richten. Um die **Stundenaxe** wird es mittels eines **Uhrwerkes** in 24 Stunden herum bewegt, so daß es dem scheinbaren Laufe eines Sternes, auf welchen es eingestellt ist, folgt und derselbe dauernd in Beobachtung bleiben kann.

Bisher hat man derartige Fernrohre stets mit einer großen eisernen Kuppel überdeckt, um das Instrument vor den Unbilden der Witterung zu schützen; dieselbe muß in bequemer Weise drehbar gemacht werden, damit der in ihr angebrachte verschließbare Spalt, durch welchen das Instrument nach dem Himmel gerichtet wird, leicht nach allen Seiten gebracht werden kann. Daß hierzu außerordentlich komplizierte Vorrichtungen nöthig sind, leuchtet ein, wenn man bedenkt, daß z. B. die Kuppel, welche das Fernrohr der **Vid-Sternwarte** überdeckt, 1800 Zentner wiegt, aber trotzdem durch einen Druck von 67 Kilogramm bewegt werden kann. Um den Durchmesser der Kuppel nicht zu verdoppeln, werden große Fernrohre nicht um die **Ocularende**, sondern um ihre Mitte gedreht; freilich kommt dadurch die Unbequemlichkeit hinzu, daß der Beobachter bei Bewegungen des Rohres diesem nachfolgen muß, da ja das **Ocularende**, durch welches er hindurch

sieht, sich fortbewegt. Man hebt und senkt daher den ganzen Boden des Beobachtungstraumes, was freilich die Kosten des Baues wieder sehr erheblich vermehrt.

In neuester Zeit sind mehrere Versuche angestellt worden, um den Bau großer Aequatoriale zu vereinfachen. Als ein solcher Versuch stellt sich auch das **Treprower Unternehmen** dar. Die Vereinfachung beruht im wesentlichen darauf, daß die schwebende Kuppel durch einen der zylindrischen Form des Rohres angepassten Mantel ersetzt wird, welcher mit dem Rohre auf demselben Stütz befestigt ist und daher mit ihm zugleich sich nach allen Richtungen hin bewegt. Hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, das Rohr an dem **Ocularende** statt in der Mitte aufzuhängen, wodurch der Beobachter einen festen Standort erhalten konnte. Die **Stundenaxe** ist in den **Mauerpfeiler** eingelassen, in welchen sie sich auf einem Kranze von zwei konischen Rollen bewegt; an ihrem oberen Ende ist eine Art **Welle** befestigt, welche sich mit ihr herumdreht und den feststehenden Beobachtungstraum umgiebt. An zwei einander gegenüberliegenden Enden ragt sie etwas in die Höhe und trägt dort zwei **Flossen**, welche die **Declinationsaxe** darstellen. Um diese dreht sich eine schwere **Traverse**, welche das Rohr mit seinem Mantel sowie zwei lange, nach der anderen Seite wegragenden Arme trägt, an welchen die das Rohr ausbalanzierenden Gegengewichte befestigt sind. Von der Mächtigkeit des Instrumentes kann man sich eine ungefähre Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß die Gegengewichte an jeder Seite 200 Zentner betragen; sie müssen der 440 Zentner schweren **Traverse**, sowie dem Rohre und Mantel, welche ebenfalls mehr als 100 Zentner wiegen, das Gleichgewicht halten. Diese schweren Massen üben natürlich auch auf die Aqe einen erheblichen Druck aus; um sie vor der Durchbiegung, welche sie dadurch erleiden müßte, zu schützen, ruht die **Traverse** noch auf schweren gußeisernen Entlastungsböcken, welche in einem Kranze stehen, der auf 3 **Frictionsrollen** läuft; die letzteren sind direkt im **Mauerpfeiler** gelagert, so daß die Hauptlast auf das **Fundament** übertragen wird. Auch ist die Aqe selbst noch durch eine Rolle entlastet, um sie gegen die Durchbiegung infolge ihres eigenen Gewichtes — sie wiegt etwa 80 Zentner — zu schützen.

Auch das Rohr ist mit einer Vorrichtung versehen, welche bestimmt ist, seiner Durchbiegung entgegenzuwirken. Eine Reihe eiserner Stangen sind an ihm verschraubt, welche sämmtlich in die **Traverse** hineinführen, wo sie mit **Spanngewichten** versehen sind, die durch **Hebel** angezogen werden können, so daß in jeder Lage eine **Streckung** des Rohres gegen die **Biegung** erzwungen wird.

Um die gewaltigen Eisenmassen in Bewegung zu setzen, — es sind im ganzen gegen 2500 Zentner Eisen aufmontirt — dienen eine Reihe von **Elektromotoren**, von welchen derjenige, der die Bewegung um die **Declinationsaxe** veranlaßt, in einem der großen Entlastungsböcke angebracht ist, während die anderen im Inneren des Fundamentes untergebracht sind.

Der hauptsächlichste Einwand, welchen man gegen die hier

kurz beschriebene Konstruktion erhoben hat, besteht darin, daß das Instrument gegen den Einfluß des Windes nicht geschützt ist. Der Wind mag kommen, aus welcher Richtung er will, stets wird er den Mantel treffen, und alle Erschütterungen, welche dieser erleidet, sagte man, müßten sich durch die Luftschicht auf das Rohr selbst übertragen, so daß das Bild kein stillstehendes, ruhiges, sondern ein beständig hin- und herzitterndes sein werde. Die Erbauer des Instrumentes begegneten diesem Einwand mit der Bemerkung, daß das Gewicht des Rohres viel bedeutender sei, als das des Mantels, daß daher das Rohr nicht auf die Schwingungen des Mantels ansprechen werde. Die Erfahrung scheint ihnen Recht zu geben; denn obwohl noch Wochen und Monate hingehen werden, bis das Instrument in allen Einzelheiten fertig und zu wissenschaftlichen Beobachtungen bereit sein wird, so hat man sich doch jetzt schon ein Urteil über seine Wirksamkeit bilden können; die von ihm entworfenen Bilder stehen ruhig im Gesichtsfelde und zeigen durchaus keine zitternde Bewegung. Daher hat die Konstruktion auch bei vielen Fachleuten, welche durch das Rohr beobachtet konnten, Anerkennung gefunden, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß es für den Bau zukünftiger großer Fernrohre bestimmend sein wird. Es wäre dies ein Fortschritt in doppelter Hinsicht. Erstens werden, wie schon erwähnt, durch den Fortfall der eisernen Dachkuppel und die dadurch erzwungene Vereinfachung die Kosten so erheblich herabgesetzt, daß sie nur noch etwa den vierten Theil der bisherigen Kosten eines Fernrohrs von gleichen Dimensionen betragen. Sodann wird aber durch diese Konstruktion die Anwendung von Linsen mit sehr langen Brennweiten möglich. Bei einem überkuppelten Fernrohr bedingt jede Verlängerung der Brennweite eine Vergrößerung des Kuppeldurchmessers, wodurch die Kosten ganz unverhältnismäßig steigen, während bei der in **Treprow** angewendeten Konstruktion eine Verlängerung des Rohres um einige Meter sehr erhebliche Mehrkosten nicht verursachen kann. So ist man in **Treprow** bereits bis zu einer Brennweite von 21 Metern gegangen, wodurch selbst die größten amerikanischen Fernrohre nicht unerheblich übertroffen werden. Hierdurch ist auch der optischen Industrie eine günstige Aussicht eröffnet; denn trotzdem die langen Brennweiten für viele astronomischen Zwecke günstiger sind, als kurze, — mit der Brennweite wächst z. B. die Vergrößerung — und obwohl sich die Linsen auf lange Brennweiten viel leichter und daher billiger schleifen lassen, als auf kurze, so hat man sich doch, eben der riesigen Kuppel wegen, vor ihnen gescheut. Da diese jetzt fortfällt, so ist zu erwarten, daß die Zahl der Fernrohre mit langen Brennweiten in Zukunft erheblich zunimmt.

Mit dem Fernrohr war während der Ausstellung ein astronomisches Museum verbunden, in welchem auch der Sale mancherlei Anregung und einen kleinen Einblick in die astronomische Welt erhielt. Hoffentlich bleibt dies erhalten und dem Publikum zugänglich; die Stadt **Berlin** würde sich vielleicht ein Verdienst erwerben, wenn sie die Mittel zum Ausbau eines solchen Museums bewilligte.

*) Jeder Refraktor (Fernrohr mit Linsen) besteht aus zwei Haupttheilen, **Objektiv** und **Ocular**; das **Objektiv** wird aus zwei großen Glaslinsen gebildet, auf welche das Licht der ferneren Gegenstände auffällt; das durch sie entworfene Bild wird durch ein anderes Linsensystem, das **Ocular**, betrachtet.

Kosten des Verfahrens. In der Begründung heißt es, daß der Arbeitgeber den üblichen Lohnsatz von 20 Pfennigen auch zu zahlen habe, wenn er seine Arbeiter an einem anderen Orte beschäftigt, andernfalls hätte der Meister die Arbeiter vorher darauf aufmerksam machen müssen, daß auf der Ziegelei nur 88 Pf. gezahlt würden.

Die vereinigten Gewerkschaften Stuttgart haben für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1896 eine gewerkschaftliche Statistik ausgenommen, die zu folgenden Ergebnissen führte. Die Fragebogen enthielten 13 Fragen, die sich im Gegensatz zu früher auch auf das Gründungsjahr der Vereine, die Höhe des Arbeitslohnes, die Ausnutzung der einzelnen Gewerkschaften des Ortes für Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung, auf die gesammten Einnahmen und Ausgaben und die Höhe des Sozialvermögens bezogen. Von den 36 Gewerkschaften Stuttgart sind 88 Antworten rechtzeitig eingetroffen. Die älteste Organisation ist die der Buchdrucker, die seit 1865 besteht. Außer ihr bestehen noch 12 Organisationen länger als 10 Jahre, 9 seit fünf bis zehn Jahren, 18 wurden in den letzten drei Jahren gegründet. Die meisten Organisationen gehören Zentralverbänden an. Die Gesamtzahl der Berufsangehörigen, die durch Schätzung ermittelt wurde, beträgt 18 421; darunter sind 2420 Arbeiterinnen. Da nur 12 Gewerkschaften über das Vorhandensein von Frauenarbeit berichten, die Gesamtzahl der Berufsangehörigen dieser Gewerbe aber 10 769 ist, so betragen die 2420 Arbeiterinnen 22,4 pCt. aller Beschäftigten. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten betrug am 30. Juni 1896, das ist gegen Oktober-November 1895 eine Zunahme von 2286 oder 38,3 pCt. Nur 129 Frauen gehörten Gewerkschaften (5) an. Nach dem 1. Juli ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bis über 6000 gestiegen. Das Verhältnis der Zahl der Organisierten zu der Zahl der Beschäftigten ist am besten bei den Brauereien (88,5 pCt.) und den Vergoldern (93,3), dann folgen die Buchdrucker (87,7), die Dachdecker (87,5), die Hafner (80,0), Siebmacher (80,0), Bildhauer (69,0), Handschuhmacher (68,2), Zimmerer (68,0), Maurer (60,0). Von den Schneidern sind 9,5 und von den Konditoren nur 4,6 pCt. organisiert. In den 83 in Frage kommenden Gewerben zusammengekommen sind 80,8 pCt. (bei den Arbeiterinnen 5,3) organisiert, 69,2 (94,7 bei den Arbeiterinnen) gehören keiner Organisation an. Als höchster Wochenlohn für Arbeiter wurden 26 Mark, als niedrigster 11,80 Mark ermittelt. Die 20 Mark-Löhne waren am häufigsten vertreten, nämlich 8910 mal. 6047 Arbeiter verdienen weniger als 20 Mark. Der Durchschnittslohn der Stuttgarter Arbeiter stellte sich auf 19,64 Mark. Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen betrug 8,80 Mark. In neun Berufen nur konnten hier die Wochenlöhne ermittelt werden, sie betragen 7 bis 12 Mark. Betreffs der Arbeitszeit führte die Umfrage zu folgendem Ergebnis:

Anzahl d. Arbeiter	Dauer d. tagl. Arbeitszeit in Stunden	Höhe des Wochenverdienstes in Mark
1060	9	26,—
8286	9 1/2	20,61
6248	10	20,18
92	10 1/2	14,74
985	11	21,06
2080	12	15,87
400	12 1/2	15,—
1880	16	17,—

Die Schwankungen bei der 10 1/2 und 11 stündigen Arbeitszeit erklären sich durch die niedrigen Löhne der Tabakarbeiter (mit 10 1/2 stündiger Durchschnitts-Arbeitszeit) und dadurch, daß die 500 Gipsler und Stuckateure bei 11 stündiger Arbeitszeit mit 27 Mark wöchentlich den höchsten Lohn überhaupt erzielen. Sieht man von beiden Zahlkreisen ab, so ergibt sich wieder, daß lange Arbeitszeit niedrigen Lohn, kurze Arbeitszeit dagegen hohen Lohn im Geolge hat. Bei den Stuttgarter Arbeitern kommt heute hauptsächlich der Feinstundentag in Frage; 61,8 pCt. aller Beschäftigten arbeiten täglich 10 Stunden und weniger. An Reise-Unterstützungen zahlten 22 Stuttgarter Gewerkschaften in dem angegebenen Halbjahre 1707,08 M. an 787 Empfänger, mithin 2,17 M. im Durchschnitt. Als Arbeitslosen-Unterstützung wurden von 11 Gewerkschaften an 216 Empfänger 4881,20 M. gegeben, 22,86 M. dem Einzelnen im Durchschnitt. An Reineinnahmen — 10 778 M. Zuschüsse zur Streikunterstützung sind dabei nicht mitgezählt — haben 31 Organisationen 58 007,94 M. erzielt. Diese Einnahmen setzen sich nicht bloß aus den direkten Beitragsleistungen der Mitglieder zusammen, sondern auch aus den Extra-Einnahmen der Lokalkasse, den Ueberschüssen von Festlichkeiten u. s. w. Dieser Anteil des einzelnen Mitglieds an den Einnahmen ist bei den einzelnen Gewerkschaften sehr verschieden. Bei den Putzmachern kamen von den Einnahmen auf den Kopf 40,54 M., bei den Buchdruckern 31,85 M.; bei den Steinbauern 12,88 und bei den Bildhauern 12,50 M.; bei den Steinbauern aber 58 Pf. Die Gesamtaufgabe von 31 Gewerkschaften betrug sich auf 48 119,12 M. Davon wurden 17 906,76 M. von einzelnen Verbandzweigen an ihre Zentralkasse abgeliefert. Von dem verbleibenden Rest kamen 15 955,68 M. oder 62,8 pCt. auf die sechs größeren Streiks, die in der ersten Hälfte des laufenden Jahres in Stuttgart statt hatten. An Vermögen besaßen die Lokalkassen der Stuttgarter Gewerkschaften am 1. Juli 1896 80 341,69 M.; davon besaßen die Buchdrucker 14 000 M., die Handschuhmacher 4677, die Buchbinder 4100, die Brauer 4000 und die Maler 1000 M.

Die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats wird, wie die „Buchbinder-Zeitung“ mitteilt, auch in Stuttgart geplant.

Die Buchbinder Münchens haben ihre Forderungen in den in betracht kommenden größeren Geschäften fast überall bewilligt bekommen, so daß nur ein Teil die Arbeit niederzuliegen brachte. Da bei den Kleinmeistern die Saison noch nicht begonnen hat, wurde dort von der Arbeitsniederlegung vorläufig abgesehen.

Die Bewegung der Magistratsbeamten Wiens hat bereits ein Opfer zu verzeichnen. Der Beamte Sepper, der die traurigen Arbeitsverhältnisse derselben öffentlich besprochen hat, ist vom Bürgermeister Rueger, dem bekannten Führer der Antisemiten, entlassen worden.

Soziales.

Ueber eine gesundheitschädigende Erfindung wird uns aus Solingen mitgeteilt: Die Schleiferei ist bekanntlich eines der gesundheitschädlichsten Gewerbe. Nach amtlichen Ermittlungen vom Jahre 1874 gingen nicht weniger wie 83,5 pCt. der Schleifer vor dem 50. Lebensjahre zu Grunde, während von der übrigen männlichen Bevölkerung des Solinger Industriebezirks nur 46,2 pCt. vor dem 50. Lebensjahre starben. Eine der allerschwersten Arbeiten ist das Egalisieren der neuen Schleifsteine. Der technische Ausdruck dafür lautet: „Nihen“, eine Arbeit, die durch ihre riesige Staub-Entwicklung sozusagen lähmend auf die Organe des Körpers wirkt und fast regelmäßig mehrere Tage ganz besondere Beschwerden verursacht. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß der bei der Firma J. A. Henckels beschäftigte Ingenieur Herr Otto Sasse einen Apparat erfunden hat, wodurch die Gefährlichkeit des „Nihens“ vollständig gehoben wird, da bei der Anwendung desselben dem Arbeiter fast kein Atom Staub mehr zu nahe kommt. Die Firma J. A. Henckels sowohl wie Herr Ingenieur Sasse verzichten im Interesse der Allgemeinheit auf die Geheimhaltung der Patentierung dieser für die Arbeiter so wichtigen Neu-Erfindung, die vor einigen Tagen zum ersten Male in wirklich überraschender Weise

funktioniert hat. Offenlich werden die Schleifereibitzer durch die Gefährdung gezwungen, den Apparat einzuführen. Auf Grund folgender Beschreibung wird dessen Anfertigung leicht vorzunehmen sein: Um den Nihstaub abzuführen, ist zunächst ein kräftig saugender Exhaustor erforderlich, der mit möglichst weitem Saugrohr an dem, dem Stein umgebenen Staubkasten anzuschließen ist. Der Staubkasten ist so groß zu machen, daß der Stein vollständig eingeschlossen und für den Nihloch in der Länge und Breite noch genügend Platz ist. Der Staubkasten muß möglichst leicht und zerlegbar angefertigt werden, damit derselbe binnen wenigen Minuten um den zu nihenden Stein aufgestellt werden kann. Der Staubkasten hat seitlich zwei und an der Stirnseite eine Doppeltür, die durch Federdruck in jede gewünschte Stellung gebracht werden können, um so die Nihstelle zugänglich zu machen und durch Tageslicht zu beleuchten. Die Doppeltüren, wenn schräg gestellt, haben außerdem den Zweck, die beim Nihen fortfliegenden Sandstücken, ebenso den fortgeschleuderten Staub aufzufangen, erstere fallen zu Boden, letzterer wird durch die atmosphärische Luft in den Staubkasten gedrückt, weil innerhalb desselben durch den Exhaustor ein luftverdünnter Raum hergestellt und unterhalten wird und wird so der Staub durch den Exhaustor nach außen abgeführt. Sollte durch den ins Freie geführten Nihstaub die Nachbarschaft belästigt werden, so ist der Staub in eine Staubkammer zu leiten und durch gekühltes Wasser niederzuschlagen. Der Kraftbedarf für den Betrieb des Exhaustors stellt sich auf ca. 1/4 Pferdekräfte. Durch die Entfernung des Nihstaubes aus den Schleifräumen hat außerdem der Fabrikant einen wesentlichen Vorteil, indem die Riemen, Lager und sonstigen Triebwerke von dem Nihstaub nicht mehr angegriffen werden können, folglich dieselben eine längere Haltbarkeit erlangen.

Wachstum der Gewerbe in Stuttgart. Das Stuttgarter „Neue Tageblatt“ veröffentlicht folgende Statistik der gewerblichen Betriebe Stuttgart, die sich auf den Zeitraum 1871—1896 erstreckt:

	1871	1896	Zunahme
Buchdruckereien	25	48	23
Buchhandlungen	71	121	50
Cigarrenfabriken	12	99	41
Cigarren- u. Tabakhandlungen	46		
Galanterie-, Porzellan-, Spielwaren-Fabriken und Handlungen	80	62	82
Gardhandlungen	21	21	0
Gas- und Wasserleitungs-Geschäfte	5	81	26
Holz- und Kohlenhandlungen	52	96	44
Kleiderhandlungen	21	52	31
Papier-, Kunst- u. Musikalien-Handlungen	46	85	39
Schuhwaren-Handlungen	4	41	37
Schuhmacher	326	586	240
Virtualienhändler	188	373	385
Konditoren	35	63	28
Friseur	25	149	124
Hafner	35	38	18
Gips- und Zimmermalerei	75	144	69
Kleidermacherinnen	62	423	361
Räder	38	64	26
Radscher	57	67	10
Schlosser	74	94	20
Schneider	306	713	407
Schreiner	146	207	61
Stuckateure, Bildhauer	16	63	47
Uhrmacher	88	85	47
Weinhändler	34	62	28
Schankwirtschaften	421	570	149

Die Zahlen sind für 1871 Hartmann's Chronik der Stadt Stuttgart, für 1896 dem Stuttgarter Adressbuch entnommen. Im Jahre 1871 zählte Stuttgart 91 623 Einwohner, nach der am 14. Juni 1896 vorgenommenen Berufs- und Gewerbebeziehung zusammen mit Verg. Gahlenberg und Beschlag 158 811.

Zustände in Galizien. Unter diesem Stichwort schreibt die österreichische Zeitschrift „Arbeiterklub“ über die willkürlichen Praktiken der Verwaltungsbehörden in Galizien: Die Delegiertenwahlen zu der Bezirks-Krankenkasse in Przemyśl mußten zweimal vorgenommen werden. Das erste Mal wurden sie annulliert. Die zweite Annullierung — die trotz Ehrenwortes des Bezirkshauptmannes von Przemyśl, Statthalterreithes Goredi, von eben diesem Herrn durchgeführt wurde — ist noch interessanter, so echt galizisch. Die Wahlen wurden von der Leitung der Kasse im Einvernehmen mit der Behörde durchgeführt. Nur eine Liste war da — und natürlich siegte diese. Den Protest brachte ein Baumeister ein. Die Arbeiter warteten geduldig. Da sollte der Kaiser nach Przemyśl kommen. Ein Gerücht ging durch die Stadt, daß die Arbeiter, denen das Herumspringen mit ihnen zu bunt wurde, demonstrativ an diesem Tage in Streik treten würden. Dies erfuhr der Bezirkshauptmann, berief das Wahlkomitee der Arbeiter und erklärte ihnen unter Ehrenwort, daß er die Kritik nach dem Gesche durchgeführte Wahl bestätigen werde. Die Arbeiter gaben sich zufrieden. Eine Woche später wurde die Wahl dennoch annulliert.

Bäcker und Brotpreise. Aus Zürich wird uns geschrieben: Der Polizeidirektor Zuppinger der Stadt St. Gallen, der nicht, wie dies in anderen Ländern der Fall ist, sein Sinnen und Trachten auf die Verfolgung der Arbeiterbewegung zu richten hat, beschäftigt sich fleißig mit gemeinnütziger Sozialstatistik und hat schon einige recht bemerkenswerte Arbeiten veröffentlicht. Die neueste Arbeit ist in dem III. Quartalsheft der „Zeitschrift für Schweizerische Statistik“ enthalten und behandelt die Brotpreise im Kanton St. Gallen während der Zeit vom 7. Februar 1895 bis 6. Februar 1896. Dem Texte sind 8 große Tabellen und 2 graphische Tabellen über die Getreide- und Brotpreise während des Berichtsjahres beigegeben. Die Vergleichung der Weizenpreise vom 7. Februar 1895 mit denen vom 6. Februar 1896 ergibt, wie beim Brote überall eine Preissteigerung und zwar beträgt sie bei Weizen 1 Fr. (= 5,12 pCt.) Prima Ungar 75 pCt. (4 pCt.), guten ungarischen Mittelorten 50 Cts. (2,8 pCt.), bei rumänischen 1,25 Fr. (7,8 pCt.) und bei amerikanischem Weizen 4 Fr. (25,7 pCt.). Die gleichzeitigen Preischwankungen des Brotes unterscheiden sich darin wesentlich von denen des Weizen, daß sich dessen höchste Preisstufe nur auf 4 bis 5 Wochen, die des Brotes aber auf 14 Wochen ausdehnte. Auf den Durchschnitt berechnet beläuft sich der Preis des 2/3-Milch-Weizenbrotes am 6. Februar 1895 auf 84,58 Cts., am 6. Februar 1896 auf 86,96 Cts. und der Aufschlag auf 2,38 Cts. oder 2,82 pCt. In 64 Gemeinden des Kantons trat ein Brotaufschlag ein von 1 bis 6 Cts., in einer Gemeinde dagegen ein Abschlag von 4 Cts. und in 5 Gemeinden ein solcher von 2 Cts. ein. Diesen Brotaufschlag bewirkte die Errichtung einer Genossenschaftsbäckerei. Mit dieser Einrichtung und der darin liegenden Tendenz der Konsumenten, gegen die Bäckereigewerkschaften zu streben, meint Herr Zuppinger, wird vielleicht ein Teil unserer Kleingewerbetreibenden in das Gedränge, ja möglicherweise in die Gefahr des gänzlichen Unterganges gebracht, was zu bedauern sei. Andererseits ist aber in dem Vorgang vielleicht auch nur die Remesse dafür zu erblicken, daß die Bäcker die günstige und unbeschränkte Stellung, welche sie den Konsumenten gegenüber einnehmen, zu lange und zu hart ausnützen. Sei dem, wie ihm wolle, rechnen wird die Bäckerei, die Mälerei und der Getreidehandel mit diesem neuen Faktor früher oder später müssen. — In der Schweiz bestehen aller Orten Bäckereiringe, die bei Ausschlag fast jeder Konkurrenz eine Monopolstellung einnehmen und den Konsumenten Brotpreispresse diktiert.

Versammlungen.

Ueber die Sozialreform und die Handelsgestellten sprach Genosse Singer am Montag in einer gut besuchten Versammlung der Handlungsgehilfen und Gehilfen, die im Keller'schen Saale abgehalten wurde. Wenn seitens der Handelsgestellten — so begann der Redner — der Kampf für Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage noch nicht mit demselben Eifer betrieben wird, wie von den Arbeitern; wenn die Organisation der Handlungsgehilfen — bei aller Anerkennung des guten Willens und der Einsicht Einzelner — noch nicht so umfassend ist, wie die der Arbeiter, so liegt das daran, daß die Handelsgestellten in ihrer Mehrzahl sich noch für eine zwischen der Arbeiterklasse und dem Unternehmertum stehende Mittelschicht halten, deren Interessen nicht mit denen der Arbeiter zusammenfallen. Diese Auffassung hatte eine gewisse Berechtigung in früheren Zeiten, wo die Angeestellten noch im Haushalt des Chefs Unterkunft hatten, und gewissermaßen als mit zur Familie desselben gehörig angesehen werden konnten, zu jener Zeit, wo die Gehilfen noch mehr oder minder begründete Aussicht hatten, selbständig zu werden. Heute dagegen, wo auch die Handelsgestellten, genau so wie die Arbeiter, nichts sind als Ausbeutungsinstrumente in der Hand des Unternehmers, wo auch sie, ebenso wie die Arbeiter nur als Lohnknechte angesehen werden, wird der eiserne Gang der Entwicklung auch den Handelsgestellten die Augen öffnen über ihre wirtschaftliche Lage, und sie zu der Erkenntnis bringen, daß sie sich, gleich ihren Klassengenossen in Fabrik und Werkstatt, organisieren müssen, um im gemeinsamen Kampf für Besserung ihrer meist recht traurigen Verhältnisse dem Unternehmertum Zugeständnisse abzurufen, die ihnen freiwillig nicht zugebilligt werden. Der Redner ging nun ausführlich auf den Entwurf des Handelsgesetzbuches ein, dem man ja zugeben könne, daß er gegenüber den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen das Bestreben des Fortschreitens auf sozialem Gebiet zeige, der aber in der Hauptsache noch weit zurückbleibe hinter dem, was man vom Standpunkt einer vorurteilsfreien Auffassung des Verhältnisses zwischen Chef und Angestellten fordern müsse. Auch durch diesen Entwurf gehe der Zug, der sich in der gesamten Sozialgesetzgebung bemerkbar mache: wenn den Arbeitern gewisse Rechte eingeräumt worden sind, dieselben dadurch insofern zu machen, daß durch Ausnahmestimmungen zahlreiche Hintertüren offen gelassen werden, durch welche die Unternehmer das bisherige Arbeiterrecht wieder hinauszuverdrängen können. Ein Hauch sozialen Geistes durchwehe den § 57, welcher bestimmt, daß der Unternehmer die Arbeitsräume etc. so einzurichten hat, daß Leben und Gesundheit, sowie die Sitte der Angestellten nicht gefährdet werden. Die Aufsicht über die Ausführung dieser Bestimmungen sei der Polizei übertragen, während man im Interesse der Angestellten Handelsinspektoren nach Art der Fabrikinspektoren mit dieser Funktion betrauen sollte. Der Entwurf sehe eine Minimal-Kündigungsfrist von einem Monat fest; diese Bestimmung werde jedoch dadurch hinfällig, daß sie nicht gelten solle für Angestellte, die nur zur Aushilfe engagiert sind. Es sei anzunehmen, daß die Prinzipale, denen die vierwöchentliche Kündigung un bequem ist, nur noch ihr Personal „zur Aushilfe“ annehmen würden. Auch die Fälle, in denen eine sofortige Kündigung erfolgen kann, bedürften einer präziseren Fassung. Ebenfalls sei eine Bestimmung in den Entwurf aufzunehmen, welche es verbindert, daß die Angestellten durch geheimer Zeichen in ihren Zeugnissen als mißliebige bezeichnet werden könnten. Vor allem müsse aber die berüchtigte Konkurrenzklausel beseitigt werden. Durch eine planmäßige Agitation sollten die Handelsgestellten dahin wirken, daß der Entwurf in ihrem Sinne umgestaltet werde. Zum Schluß kennzeichnete der Redner die Stellung, welche die bürgerliche Gesellschaft zu den sozialen Reformen einnimmt, und führte unter anderem als drastisches Beispiel die seitens der Unternehmer gegen die Sonntagsruhe und gegen den Achtuhr-Ladenschluß betriebene Agitation an. Ramentlich gegen den letzteren sei ja sehr viel agitirt worden. Wenn sich auch die Angestellten mit aller Kraft für den Achtuhr-Schluß ins Zeug gelegt hätten, so wäre diese Sache doch garnicht so viel werth. Man solle für dieselbe agitiren, nicht, weil sie etwas besonders Werthvolles sei, sondern nur, um bei dieser Gelegenheit zu zeigen, daß selbst so kleinliche und unbedeutende Reformen auf den heftigsten Widerstand der bürgerlichen Kreise stoßen. Der Redner schloß mit der Aufforderung an die Zuhörer, sich zunächst gewerkschaftlich zu organisiren, um ihre Lage nach Möglichkeit bessern zu können, dann aber auch sich der Sozialdemokratie anzuschließen, derjenigen Partei, welche im politischen Kampfe gesellschaftliche Einrichtungen herbeiführen wird, die jedem, welcher arbeitet, auch ein menschenwürdiges Dasein sichern. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine Diskussion, in der zunächst ein freimüthiger Redner gegen die Sozialdemokratie und deren Fürsorge für die Handelsgestellten sprach. Er erklärte sich als Freund des Achtuhr-Schlusses, derselbe solle jedoch nicht gesetzlich eingeführt werden, sondern jedem überlassen bleiben, es so zu machen, wie es ihm beliebt. Die nachfolgenden Redner Maas und Lippmann sowie Singer fertigten den Herrn unter der Heiterkeit der Versammlung treffend ab. Singer entgegnete unter anderem auf eine Aeußerung Lippmann's, den Achtuhr-Ladenschluß betreffend, daß die Sozialdemokratie, wenn dem Reichstage ein dazugehöriger Entwurf vorgelegt werde, dafür stimmen würde, jedoch könne sie nicht eine so unbedeutende Reform beantragen. Ein von der Sozialdemokratie gestellter Antrag bezüglich Verlängerung der Arbeitszeit könne nur die allgemeine Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiter zum Ziele haben.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und die Einführung des Handelsgesetzbuches mit den von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Aenderungen fordert, wobei das Hauptgewicht auf Beseitigung der Konkurrenzklausel und Einführung eines gesetzlichen Geschäftschlusses auf Grund der Vorschläge der Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik mit mindestens zwölftägiger Ruhepause gelegt wird. Ferner erkennen die Versammelten an, daß die Interessen der Handelsgestellten nur durch die Sozialdemokratie energisch und wirksam vertreten werden.

Gleichfalls angenommen wurde eine Resolution, welche der Firma W. Hagelberg die Mißbilligung der Versammlung ausdrückt, weil dieselbe einem Angestellten sofort kündigte, welcher auf einer Sammelliste für den Streik der Steinbrucker und Lithographen einen Beitrag gezeichnet hat.

In einer öffentlichen Versammlung der Posamentiere, die am 17. Oktober tagte, diskutirte man über die Zweckmäßigkeit einer Lohnbewegung. In dieser Saison will man von einem Lohnkampf Abstand nehmen, dagegen soll für die nächste Saison eine rege Agitation zur Erreichung der neunstündigen Arbeitszeit, einer Lohnforderung von 27 M., Abschaffung der Akkordarbeit und 50 pCt. Zuschlag für Ueberstunden entfallen werden. Nach dem Bericht des Delegirten der Gewerkschaftskommission wurden zum Schluß die Anwesenden ersucht, in ihren Reihen recht eifrig zu Gunsten der Lohnbewegung zu agitiren.

In einer öffentlichen Versammlung der Händler und Händlerinnen, die am 23. Oktober bei Benz in der Raumstrasse tagte, gab Schröder den Thätigkeits- und Rechenschaftsbericht der Agitationskommission. Nachdem auf Antrag der Revisoren der Agitationskommission Decharge erteilt war, erfolgte Neuwahl derselben. Gewählt wurden: Haupt und Müller. Zu Revisoren wurden G. Brühl, Ratze und Schulte ernannt. Trunsch schloß seinen im Namen der Agitationskommission gegebenen Bericht mit dem Ersuchen, den Boykott über die Firma Pregel aufzugeben. Dieran schloß sich eine längere Debatte, in der hauptsächlich ein Vertreter dieser

Stirma die Geduld der Zuhörenden ziemlich erschöpfend in Anspruch nahm, oft den größten Kamuth der Versammlung hervorrief und eine Vertagung notwendig machte. Schließlich wurde gegen eine wesentliche Minorität die Aufhebung der Bogelotts über die Firma Pregel beschlossen, während der Bogelott über die Firma Hoffmann u. Sohn weiter bestehen bleibt. Den Punkt: Die Polizeiverordnung von Berlin, betreffend den Straßen- und Kleinhandel, beschloß man wegen vorgerückter Zeit als ersten Punkt der nächsten öffentlichen Versammlung zu setzen. Den Schluß bildete eine ganze Blüthenlese von Klagen und Beschwerden über die Polizeigebäude.

Eine öffentliche Versammlung der Steinseher und Verfertiger, zu der auch die Meister eingeladen waren, tagte am Sonntag bei Cohn, Bentzstraße. Zunächst referierte Genosse Kessler über: Der Gegenstand betreffend die Organisation des Handwerks. Der Redner schilderte das Wesen der Innungen in den früheren Jahren, ihre Leistungen und ihre Aufgaben, und das Verhalten gegenüber den Gesellen, dabei betonend, daß die Verhältnisse der Meister zur Zeit als der Handwerksbetrieb noch vorherrschend war, durchaus keine so glänzenden waren, als man sie gegenwärtig zu bezeichnen pflegt. Der Redner beleuchtete sodann die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse, die den Kleinmeister, der mit dem Großkapital konkurrieren soll, in eine allerdings nicht beneidenswerthe Lage gebracht hat. Bestärkt durch die Versprechungen der bürgerlichen Parteien, glaubt ein Theil dieser Kleinmeister durch geschickte Mittel eine Verbesserung ihrer Verhältnisse herbeizuführen. Diesen Motiven, besonders aber, um gegen die Sozialdemokratie eine Pölanz zu bilden, scheint die Handwerksverlagerung Entsprungen zu sein, deren Bestimmungen keineswegs dazu angethan sind, das Handwerk vor seinem Untergang zu retten. Da die übergroße Mehrheit der Meister keine Neigung verspürt hatte, sich den Innungen anzuschließen, trotzdem denselben die Privilegien der Lehrlingsausbildung, Einrichtungen von Schiedsgerichten, Krankenkassen z. verlichen wurden, versucht man in den Zwangsinnungen das Ziel. Der Redner behandelte einige Bestimmungen des Gesetzes, verwies auf die behördliche Bevormundung und Kontrolle, der die Organisation unterworfen ist, sodas noch mehr als bei den jetzigen Innungen die Behörde der eigentliche Leiter ist und giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß nach wie vor das Großkapital, das ja überhaupt außer dem Rahmen der Zwangsorganisation steht, die Macht über das Kleinhandwerk ausüben wird. Redner kommt zu dem Schluß, daß das Gesetz in bezug auf das Großkapital ein Schlag ins Wasser ist, die Arbeiter aber werden es verstehen, die Handhaben, welche das Gesetz giebt, sich zu nütze zu machen. In der hierauf folgenden Diskussion führt Herr Schlink an, daß drei bis vier Kapitalisten die Uebermacht in der Innung bereits erlangt haben, was ihn veranlaßt hat, sein Amt in der Innung niederzulegen. Der Redner richtet die Anfrage an den Referenten, auf welche Weise das Großkapital zu beseitigen sei. Genosse Kessler beantwortete die Frage mit dem Hinweis auf die Geschäftspraktiken, die Produktionsverhältnisse u. s. w. dahin, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung an eine Beseitigung des Großkapitals weder durch sogenannten geschicklichen Schuß des Mittelstandes noch sonstige Bestimmungen zu denken ist, sondern erst dann beseitigt wird, wenn an stelle der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung die sozialistische tritt. Knoll kritisiert das Verhalten der Innung, die es vermocht hätte, mit der einzigen legalen Vertretung der Arbeiter, der Lohnkommission, zu verhandeln und spricht sich im Gegensatz für einen entschiedenen Protest gegen das geplante Gesetz aus, in welchem Bestimmungen enthalten sind, die die Einrichtungen der Organisation der Arbeiter den Innungen übertragen. Der Redner empfahl eine Resolution zur Annahme, in der das Ausbleiben dieser geschicklichen Maßnahmen gegenüber dem Handwerksstande hervorgehoben und die Vorlage als arbeiterfeindlich gekennzeichnet wurde. Herr Innungsmeister Weiss weist auf das gute Verhältnis hin, das nach seiner Meinung bisher zwischen Meister und Gesellen bestanden hat und er sucht die Anwesenden, treu zur Innung zu halten. Nachdem Müller noch in treffender Weise den Individualismus der Kleinmeister, die nach ihren ganzen Verhältnissen in die Reihen der Sozialdemokratie gehörten, gekennzeichnet hatte, wurde die Resolution Knoll einstimmig angenommen. Hierauf referierte Knoll über die gegenwärtige Lage des Berliner Steinsehergewerbes. Zum Schluß berichtete Markgraf über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission.

In einer öffentlichen Versammlung der Schuhmacher, die am Montag in der Viktoria-Brauerei, Lützowstraße, tagte, referierte Schuhmacher Kohle über die allgemeine Arbeitslosigkeit. Die Ausführungen des Redners, der die Entwicklung der Industrie, das Wesen der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihren Ursachen und Wirkungen in eingehender Weise schilderte, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Dem Vortrag folgte eine rege und lehrreiche Diskussion, an der sich Dierker, Weber, Hammacher, Christensen und Schmidt im Sinne des Referats beteiligten. Es konnte konstatiert werden, daß die Organisation der Schuhmacher im letzten Jahre, im Zusammenhang mit den verschiedenen erfolglosen Lohnkämpfen, eine ganz bedeutende Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen hat. Es fällt dies um so mehr ins Gewicht, als es ganze Kategorien in diesem Verze gibt, welche für die Organisation auf Grund ihrer erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnisse fast nicht mehr zu gewinnen sind. Die Umwälzung in der Schuhmacher-Industrie ist gegenwärtig eine so eminente, wie sie in anderen Berufen kaum zu Tage getreten ist. Flickschuster, Kleiner und große Schuhwaren-Geschäfte, das raffinierteste Zwischmeister-System und die sich immer mehr ausbreitende Großfabrikation stehen im wilden Konkurrenzstreit. Ein wahrlich trauriges Bild wurde von einzelnen Rednern über die Zustände bei den Kleinmeistern, die in ihren Kellern ihre Leben fristen, entrollt. Neben bis auf die Lebenshaltung der Weber im Gulen-gebirge ist ein großer Theil der Gesellen, die gezwungen sind in den Kellern zu arbeiten, herabgesunken. Wie die Arbeitsräume, so sind die Schlafräume in den meisten Fällen ungesund, sanitätswidrig. Die Löhne entsprechen diesen traurigen Zuständen und betragen nicht selten 12-13 M. pro Woche bei 12-14 stündiger Arbeitszeit. Charakteristisch für die Zustände im Schuhmacher-gewerbe ist die Thatsache, daß seit Jahren die Bediensteten aus den zurückgebliebenen Provinzen aus kleinen Orten herangezogen werden müssen, da sich in Berlin und anderen großen Städten außer von den Waisenhäusern niemand findet, der sich diesem Beruf widmen will. Von allen Rednern wurde zum Anschluß an die Organisation, den Verein deutscher Schuhmacher, aufgefordert und der Werth der Organisation den Anwesenden klar gelegt. Besonders die noch besser gestellten Arbeiter wurden ermahnt, in jeder Weise ihre Pflicht zu thun, um schließlich durch gemeinsames Vorgehen auch denen zu helfen, die durch die ungeheure Ausbeutung auf das tiefste Niveau herabgedrückt wurden. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag ein gewöhnliches Beisammensein bei Cohn, Bentzstraße, und am Montag eine Versammlung in den Arminalhallen, Kommandantenstraße, stattfindet und zum regen Besuch eingeladen.

Die Stellmacher nahmen in ihrer Mitgliederversammlung am 18. Oktober den Kassenbericht entgegen. Mit einem vorhandenen Bestand betrug die Einnahme 877,03 M. und die Ausgabe 56 M. Unter Berücksichtigung wurde angeregt, an den Magistrat eine Eingabe zu richten, in der verlangt wird, der Magistrat möge seinen Einfluß dahin ausüben, daß die Hälfte der zu bauenden elektrischen Wagen in Berlin hergestellt werden.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband (Bezirk SO.) beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 18. d. M. mit Werkstattangelegenheiten. Eingeladen waren die Arbeiter aus mehreren

Werkstätten, die auch zum Theil erschienen waren, bisher aber der Organisation fern standen. Toß legte ihnen das unfoliarische ihres Handelns dar und wendete sich besonders gegen die Ueberzeitarbeit. Sodann wurde die Werkstatt-Kontrollkommission durch Stuch, Sägebrecht, Klinkner, Mende, Pelz und Hornig ergänzt.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband (Bezirk W. und S.W.) hatte am 19. Oktober eine Versammlung anberaumt, in der Herr Rein einen Vortrag über Nationalökonomie hielt. Zur Besprechung der Werkstatt-Angelegenheiten waren die Arbeiter einiger Werkstätten eingeladen. Besonders wurde den Arbeitern, die der Einladung gefolgt waren, das Verdrächtige der Ueberstundenarbeit vorgeführt. So wurde konstatiert, daß in einer Werkstatt 27-36 Ueberstunden von den dort Beschäftigten geleistet wurden, eine Mittheilung, die allgemeine Enttäuschung in der Versammlung hervorrief. Die Organisation wird diesen Uebelstand, der sich gegenwärtig stark einbürgert, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu beseitigen suchen.

Die chirurgische Branche hatte am 20. d. M. eine Sitzung anberaumt, in welcher der Kassenbericht vom letzten Quartal vorgelesen wurde. Danach beträgt das Vereinsvermögen 870,90 M. Hierauf sprach das Mitglied Erb über die politische und gewerkschaftliche Organisation. Da der Referent unter anderem die Herausgabe von Gewerkschaftsblättern für unmöglich hält, wendeten sich Heller und Schuster dagegen, mit dem Hinweis, daß die Gewerkschaftspresse für die Agitation sehr nützlich sei, da man nicht an jedem Ort politische Tageszeitungen habe. Laut Beschluß der Septemberversammlung wurde den während des Streiks bei der Firma Dewitt u. Herz aus dem Verein ausgeschlossenen Mitgliedern, mit Ausnahme von Krause u. Maurerhoff, der Eintritt in denselben wieder gestattet.

Zentral-Krankenkasse der Maurer (Grundstein zur Einigkeit). In der Generalversammlung am 25. Oktober wurde die Abrechnung vom 3. Quartal vorgelesen, der folgendes zu entnehmen ist: Die Einnahmen betrugen mit einem vorhandenen Bestand von 3509,98 M. 84.695,35 M.; dem stehen infolge einer Ueberweisung an die Hauptkasse in Höhe von 11.000 M. an Ausgaben 81.259,69 M. gegenüber. Es bleibt mithin ein Bestand von 8485,65 M. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 8968 und erfolgten 183 Aufnahmen. Nach einem interessanten Vortrag des Herrn Dr. Christeller über Entstehung der Tuberkulose wurde unter Rosenangelegenheit einem Antrag, die Zahlstelle von Waldemarstr. 65 nach Raunynstr. 86 bei Streit zu verlegen, zugestimmt.

Die Bilderrahmenmacher waren am Sonntag in den Arminalhallen in nur mäßiger Anzahl versammelt. Brandes berichtete kurz über den Verlauf und das Resultat des Streiks. Von 81 Werkstätten wurde in 23 der Neunhunderttag vollständig durchgeführt; dasselbe Verhältnis erweise die Lohnregelung. Außer der Werkstatt des Obermeisters der Innung, G. W. Köllig, in der nur indifferente Bilderrahmenmacher beschäftigt sind, lämen noch weitere sieben Werkstätten in betracht bezüglich Aufrechterhaltung der verhängten Sperre. Ueber jede dieser Werkstätten wurde einzeln verhandelt und beschloffen, die Sperre über die Werkstatt Christian aufzuheben; bis auf weiteres zu sperren sind dagegen die Werkstätten: Mannlich, Greifswalderstraße, Königberger, Große Frankfurterstraße, Wahl u. Sohn, Behrenstraße, Schneider, Blumenstraße, Methlow, Köpplerstraße, Kasteineke, Kronenstraße und die Werkstatt des Stadtverordneten Rasenow, Schmidstraße. Der Beschluß der Versammlung lautete: „Der Streik der Bilderrahmenmacher ist für beendet zu erklären; der Jutug nach den gesprochenen Werkstätten ist streng zu meiden.“ Ferner wurde der bestehende Beschluß, 1 M. wöchentlich an den Streikenden abzuführen, dahin modifiziert, daß dieser Betrag für die ersten beiden Streikwochen gültig resp. von den Säumigen nachzuzahlen ist; von der dritten Woche an bis zum Schluß des Kalenderjahres sind wöchentlich 50 Pf. beizutragen. Für die finanziellen Angelegenheiten des Streiks wurden zu Revisoren Peters, Mühlgen und Brandes bestimmt. Hierauf gab Kellerwahn in seiner Eigenschaft als Delegirter der Gewerkschafts-Kommission seinen Bericht und legte sein Amt in die Hände seiner Mandatgeber zurück. Daraufhin wurde Brandes in die Gewerkschafts-Kommission delegiert. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß die Berufsangehörigen in einer Anzahl Werkstätten sich ihren übernommenen Pflichten bezüglich der Beitragsleistung zu entziehen gesucht hätten, und daß gerade unter diesen Jugendknapen sich eine Reihe Kollegen befänden, die bei Inanspruchnahme der Streikunterstützungsgelder tapfer zugegriffen haben. Einer Anregung, dem jüngst im „Vorwärts“ erschienenen Rufe bezüglich Abhaltung eines Kongresses lokalorganisirter Gewerkschaften näherzutreten, wurde mit der Erklärung begegnet, daß man erst nähere Erörterungen hierüber eingesehen möge.

Die an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplagen beschäftigten Arbeiter hielten am Sonntag eine öffentliche Versammlung im „Schäpensehau“ ab. Zu Revisoren des Vertrauensmannes wurden Stein, Pantow und Gageborn gewählt. Unter „Gewerkschaftliches“ entstand eine längere Debatte über den schon in Verbandsversammlungen besprochenen Anschluß der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter an den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Pantow und Buchholz waren nicht für den unbedingten Anschluß, weil ihre Organisation in der gegenwärtigen Gestalt leistungsfähig genug sei, was der Streik in ihrer Branche bewiesen habe. Durch den Anschluß könnte die Bewegungsfreiheit der Maschinenarbeiter beeinträchtigt und diese von den Tischlern ins Schlepptau genommen werden, was man schon deshalb nicht billigen könne, weil sich die Tischler im allgemeinen nicht gerade kollegialisch gegen die Maschinenarbeiter benehmen. Wenn der Verband der letzteren nicht mehr lebensfähig sei, meinte Buchholz, dann könne man immer noch den Anschluß in Erwägung ziehen. Er sei dagegen, würde sich aber der Mehrheit fügen. Stein, Zimpel und verschiedene andere Redner traten für den Anschluß ein, indem sie darauf hinwiesen, daß der Zusammenschluß zu Industrieverbänden, der auch auf dem Gewerkschaftskongress empfohlen worden sei, das Ziel der Arbeiterorganisation sein müsse. Der Erfolg des Streiks sei nicht der Macht ihrer Organisation, sondern vielmehr den günstigen Umständen zu danken. Wenn sich die Maschinenarbeiter nicht dem Holzarbeiter-Verbande anschließen, würden sie wohl nie einen Lohnkampf erfolgreich durchführen können. Wenn aber das unkollegialische Verhalten der Tischler geklärt werde, so möge man bedenken, daß ein solches Benehmen doch nur von einzelnen geübt werde, und daß auch dieser Uebelstand am besten abgestellt werden könne, wenn man mit den Tischlern in demselben Verbande vereinigt sei.

Mariendorf. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 18. d. M. bei Teufelsberg in Mariensfelde eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende den Geschäftsbericht vorgelesen hatte, nahm die Versammlung den Kassenbericht vom letzten Quartal entgegen. Danach betragen die Einnahmen 64,84 M., die Ausgaben 45,45 M., bleibt Kassenbestand 19,39 M. Bei der hierauf folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: A. Ziel, erster, A. Senger, zweiter Vorsitzender; M. Müller, erster, W. Susselbe, zweiter Schriftführer; O. Otto und Wolff, Revisor; Heinrich, Reich und Brademann, Revisoren. Am Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden zur regen Theilnahme an den Besessenen auf. Es ließen sich alsdann noch 10 Genossen in den Verein aufnehmen.

Schöneberg. Am 18. d. M. fand hier eine Versammlung des Verbandes der Bauarbeiter statt. Der Kassenbericht, der zur Verlesung gelangte, weist eine Einnahme von 20,83 M. und eine Ausgabe von 4,60 M. auf; von dem Ueberschuß sind 13,25 M. an die Zentralkasse gefandt. Zum Schluß gelangten einige Verbandsangelegenheiten zur Erledigung.

Schöneberg. In der am 10. Oktober stattgehabten Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins hielt Genosse Calver einen Vortrag über den vom Farrer Raumann vertretenen nationalen Sozialismus. Die Diskussion, die sich dem interessanten Vortrage anschloß, bewegte sich im Sinne des Referats. Nachdem einige Vereinsangelegenheiten zur Kenntniß genommen, erfolgte um 11 Uhr Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Charlottenburg. In einer Versammlung der Bauarbeiter die am 20. Oktober tagte, referierte Maurer Gröppler über die Gewerkschaftsbewegung und ihre nächsten Aufgaben. Der Vortrag, der darin gipfelte, den Werth und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation darzulegen, fand in der Versammlung rege Zustimmung und wurde von einer Diskussion abhand genommen. Nach einer kurzen Schilderung über die Aufgabe des Gewerkschaftsartikels wurde Karl Hornig zum Delegirten und John zum Stellvertreter gewählt. Den Schluß der Versammlung bildete eine längere Besprechung über die Missstände auf einzelnen Bauten.

Higdorf. Hier tagte am 20. d. M. in den Viktoriahallen die Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, die sich mit Verbandsangelegenheiten beschäftigte. Ostrmann theilte den Anwesenden die Abmachungen des Hauptvorstandes bei Beendigung des Stuhlmacherstreiks in Lauterberg mit. Sämtliche Diskussionsredner verurtheilten das Verhalten der betreffenden Kommission auf das entschiedenste und gelangte sodann folgende Resolution zur Annahme: Die Generalversammlung spricht ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Dreier-Kommission bestehend aus Leipzig, zweiter Vorsitzender des Verbandes, Röske-Hamburg und Wolkmann-Hannover, den Streik der Stuhlarbeiter in Lauterberg und Umgebung für beendet erklärt haben, nachdem der Kampf so schwere Opfer gefordert und durch Zusammenhalten der Streikenden ein sicherer Sieg in Aussicht stand. Es handelte sich um die Erhaltung des Koalitionsrechts, das von den Fabrikanten mit Füßen getreten somit den Streikenden entziffen wurde. Ferner erachtet die Versammlung die Unterschrift des Eintrittsvertrages als eine Schmach für die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes und spricht die tiefste Entrüstung darüber aus, daß den Fabrikanten zugestanden wurde, die Entfernung des Leiters des Streiks binnen 14 Tagen aus Lauterberg zu verlangen. Die Versammlung erachtet es als dringend notwendig, daß der Hauptvorstand in Stuttgart sich in dieser Angelegenheit äußert. Hierauf erstattete der Kassier den Kassenbericht wie folgt: Verbandskasse: Einnahme 427,84 M., Ausgabe 388,85 M., bleibt Bestand 89,49 M. Lokalkasse: Einnahme 289,10 M., Ausgabe 191,10 M., bleibt Bestand 98 M. Die Mitgliederzahl beträgt 290. Unter „Verbandsangelegenheiten“ stellte Thrum den Antrag, das Mitglied Reinhold Krudt aus dem Verband auszuscheiden. Die Versammlung beschloß demgemäß. Im weiteren gab der Bevollmächtigte die Namen der Streikbrecher bekannt. Thrum und einige andere Redner bedauerten das Verhalten des Mitgliedes August Zimmermann, der in einer gesperrten Werkstatt arbeitet. Im Anschluß daran gelangte folgender Antrag einstimmig zur Annahme: Den in der gesperrten Werkstatt in Arbeit stehenden Kollegen ist eine Frist zu gewähren, um ihren Afford fertigstellen und ihr Arbeitsverhältnis lösen zu können. Nachdem noch der Bevollmächtigte die Werkstatt-Vertrauensmänner an ihre Pflicht gemahnt hatte, jeden Freitag vor dem 1. des Monats im Lokal bei Max Hoffmann zu erscheinen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Weissenfee. Der Arbeiterverein für Weissenfee und Umgegend hielt am 20. Oktober seine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Kassiers beträgt der Kassenbestand 272,35 M. bei einer Mitgliederzahl von 331 Personen. Der Bücherbestand der Bibliothek ist auf 94 Bände angewachsen und wurde der Vorstand beauftragt, weitere Schritte zur Vergrößerung derselben zu thun. Der Kassier und die Bibliothekare wurden entlastet. Den ausgesperrten Gasanfallsarbeitern überwies die Versammlung 50 M., außerdem soll in der nächsten Woche eine neue Broschüre unter die Mitglieder vertheilt werden. Die Vertheilung geschieht an den Zahlabenden durch die Beisitzer. Zum Schluß richtete der Vorsitzende einen kräftigen Appell an die Mitglieder, auch fernherhin für das Wachsen des Vereins euerig einzutreten.

Charlottenburg. Im Lokal Bismarckshöhe fand am 21. Oktober die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Zeltow-Beekow-Storkow-Charlottenburg statt. Dem Kassenbericht des Genossen Dörre war zu entnehmen, daß die Einnahme im III. Quartal 260,21 M., die Ausgabe 194,45 M. betrug, so daß 65,76 M. Ueberschuß als Bestand bleibt. Nach dem Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes, den der Vorsitzende Sellin gab, schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Gewählt wurden Röttger zum ersten, Eisenmuth zum zweiten Vorsitzenden; Dörre zum ersten, Paul zum zweiten Kassier; Schieck zum Schriftführer. Unter Vereinsangelegenheiten wurde von Görke folgender Zusatzantrag zum § 5 des Statuts gestellt: § 5a. Wenn ein Mitglied, entgegen der Verpflichtung, an den Arbeiten des Vereins und der Partei, als Flugblätter verbreiten u. s. w., zweimal nicht theilnimmt, kann es von der Mitgliederliste gestrichen werden. Nach längerer Diskussion, in der von Seiten Görke's die Nothwendigkeit der strammern Fassung gerade dieses Paragraphen betont wurde, machte sich andererseits die Meinung geltend, daß mehr an das moralische Gefühl der Genossen appellirt werden müsse, als zu Zwangsmaßnahmen zu greifen, und so wurde dieser Antrag bis zur nächsten Versammlung vertagt. Ein Antrag des Vorstandes, der besagt, daß Vorstandsmitglieder, die dreimal hintereinander in den Vorstandssitzungen ohne Entschuldigung fehlen, ihres Amtes verlustig geben, wurde angenommen. Dörre beantragt, daß, da jetzt die finanzielle Lage des Vereins sich etwas gehoben hat, die Bibliothek, die seiner Zeit Umstände halber verkauft werden mußte, wieder zurückgekauft werde; das fand allgemeine Zustimmung und Annahme. Ein Antrag Sporer, die Diskurs-Abende alle 14 Tage abzuhalten, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag, in nächster Zeit eine Statistik über die den verschiedenen Gewerkschaften angehörenden Mitglieder zusammenzustellen, dem Vorstande zur Erwägung überwiesen. In bezug auf den Besuch der „Urania“, der wegen zu geringer Theilnahme mit einem großen Defizit abschloß, ist von der Direktion ein entgegenkommendes Anerbieten gemacht worden, und wird von Görke beantragt, dieses in Erwägung zu ziehen, um gelegentlich Gebrauch zu machen. Grill regt an, im 6. Bezirk noch eine Zählstelle einzurichten. Nachdem Bedürfnis anerkannt wurde, hat Gastwirth Ernst Röhr, Göttestr. 67a, dieselbe übernommen und wurde dies von der Versammlung bestätigt. Das Arrangement für das diesjährige Stiftungsfest des Wahlvereins wurde einem Komitee von 5 Mitgliedern überwiesen.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch Abend von 8-10 Uhr: Schluß der 1. Klasse, 12. Besichtigung (Mitte Geschichte, Uralt, Entdeckung der Religionen, Orientalische Völker, Gedenken und Märchen, Herr Dr. G. Gün. - Nordische, Braunerstr. 55; Deutsch Die deutsche Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. - Kuffelschre). Herr Heinrich Schütz.
Die Schlußreden sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr abends ab gefasst.
Arbeiter-Baugewerk Berlin und Umgebung. Vorsitzender Ad. Neumann, Postfachstr. 2. Die Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Rortum, Montevallstr. 45, v. 2.
Arbeiter-Bauhandwerk Berlin und Umgebung. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Silber, Niemeis Franzfurterstraße Nr. 7, 1. 2.
Gund der geselligen Arbeitervereins Berlin und Umgebung. Wie Julidritten, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schöndorfer Allee 177.
Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Landleute mit Frauen in Bach's Restaurant, Neumarktstr. 10-11; Vortrag des Herrn Dr. Schöneberg über: „Eugenienbauern“.
Longfellow, English Conversational & Reading-Club. Meeting every Wednesday, 9 o'clock at Tottenborns, 91 Wall-Street. Guests are welcome.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Mittwoch, den 28. Oktober.
Spernhaus. Söhngenin.
Schauspielhaus. Die Karolinger.
Deutsches Theater. Moritur.
Berliner Theater. Die offizielle Frau.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter. (Le Remplaçant.) Vorher: Opus I.
Lesing-Theater. Kollege Crampton.
Theater des Westens. Minna von Barnhelm.
Neues Theater. Wodspränge. Vorher: Dreptow's Abschied.
Schiller-Theater. Ein Ehrenwort.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Thalia-Theater. Prima Ballerina. (Maison Tamponin.)
Selle-Albion-Theater. Ramsell Bielliebchen.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann. Zum Schluss: Pladderdautz.
Theater Unter den Linden. Der Puppemajor. Die Bajadere.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Tili.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
Mittwoch, den 28. Oktober:
Zum 39. Male:
Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von B. Mannstädt und J. Freund.
Musik von J. Einödshofer.
Anfang 7/8 Uhr.
Morgen: Eine wilde Sache.

Moabiter Stadttheater
Alt-Moabit 48.
Heute,
sowie jeden **Mittwoch:**
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.
Steidl als Li-Hung-Tschang.
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Donnerstag:
Konzerthaus Sausjoui.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Carl Weig.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Sonntag, den 1. November, nachm.: Dorf und Stadt.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53.
City-Passage
Annonstr. No. 42/43.
Direktion: **Rich. Winkler.**
Vornehmster Familienaufenthalt.
Letzte Woche des sensationellen Oktober-Programms.
The 3 Bolln. Adelaide u. Little Erich. Geschw. Pauli. Lottie Slegor. Herm. Wehling. Mr. Gilton und Miss Marguerite.
Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freiarten haben Wochentags Gültigkeit.

Achtung!
Volks-Theater
34 Reichenbergerstrasse 34.
Pferdebahn-Haltestelle:
Kottbuser Thor.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Achtung!
Ein vorsichtiger Mann.
Seit 20 Jahren die komischste Posse, welche Berlin je gesehen hat.
Um 9 1/2 Uhr: **Gemischter Theil.**
Alles neu für Berlin.
Zum Schlusse:
Pladderadautz.
Entree 50 Pf. bis 3 W.
Familien-Wochenbillets
Entree 10 St. 3 M. Parquet 10 St. 6 M.
Dem geehrten Publikum zur gefälligen Nachricht, daß die Bekanntmachungen des Volks-Theaters nur durch die Zeitungen erfolgen, nicht durch Säulenanschlüge.

Schluss der Saison am 31. d. M.
Nur noch 4 Tage 2 Vorstellungen täglich Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia Riesentheater.
Grösstes Schaustück der Welt. Ca. 1000 Mitwirkende. Uebertrifft alles bisher dagew. Von Publikum u. Presse einstimm. anerkannt.
Kinetograph. (Lebende Photographieen. Auch in Naturfarb.) Interessanteste Bilder historischen Charakters u. des Gesellschaftslebens in vollkommenster Naturwahrheit. Wiedergabe musikalischer und deklamatorischer Vorträge. Für alle Besucher zugleich deutlich hörbar ohne Schläuche.
Eintrittspreis für alle Vorführungen 50 Pf. Militärs und Kinder 25 Pf.
Vorstellungen ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
21. Unter den Linden No. 21.
Voreine erhalten Preisermässigung nach Vereinbarung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Sohn der Wildniß.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
Chausseestr. 25/26. Dir. Max Samat.
Tilli.
Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl. Anfang 8 Uhr.
Billets an der Theaterkasse und im „Invalidentank“, Unter d. Linden 24.
Donnerstag: **Tilli.** Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl.
Sonntag, den 1. November 1896. Klassiker-Vorstellung zu Abonnementspreisen. **Die Räuber.** Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

Alexanderplatz-Theater.
Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Wilh. Friedhold.
Abends 8 Uhr:
Sons haben Gültigkeit.
Donnerstag:
Wohlthätigkeits-Vorstellung
Nathan der Weise.
Von G. E. Lessing.
Sonntag, den 1. November 1896:
Auf allgemeines Verlangen:
Schneewittchen und die sieben Zwerge.
Zaubermärchen in 8 Bildern von Georg Zimmermann.

Kaufmann's Variété
Halbe Menschen
und 20 Elite-Nummern
Nur noch 4 Tage.

Ein gr. Vereinszimmer m. Piano u. verg. Scholz, Gr. Frankfurterstr. 74.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Sehr. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saal täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschlüge.

Castan's Panopticum
Neu! Die wunderbaren indischen Pygmäen
Neu! Ur-Australier (Kannibalen).

Passage-Panopticum.
500 Gruppen u. Figuren
Schreckenskammer.
Wirkliche Fahrt a. d. Golf v. Neapel. (Rieson-Illusion.)
Blaue Grotte von Capri Fürstensaal.
Berlin. Berühmtheiten.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich (außer Sonnabend):
Konzert, Theater-Vorstellung.
Auftr. von Spezialitäten.
Künstler 1. Ranges.
Neu! Neu! Neu!
Die Weber
Original-Burleske mit Gesang u. Tanz von B. Gerike. Musik von Stenfel.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach d. Vorstellung Tanzkränzchen.

Vogler's Casino
fr. Weitzrestaurant, Dresdenerstr. 97
Im vorderen Saal:
Italienische National-Sänger- und Tänzer-Gesellschaft
Dominico Conti.
Im ersten Theateraal:
Variété u. Spezialitäten-Theater.
Auftr. v. Kunstkräften nur 1. Ranges.
Aufführung v. Possen u. Singspielen.
Im zweiten Theateraal:
Die unübertrefflichen
Hamburger Sänger.
Auf Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr.
Billards. 4 neue Regelbahnen.
Sorgf. gepf. Bier, anerkl. gute Küche.

Thalia-Theater
(vormals: Adolph-Grün-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, königl. preuß. Kommissionsrath.
Prima Ballerina
(Maison Tamponin).
Bauderville in 8 Akten von Blum und Lohé, bearb. v. Hugo Wittmann.
Musik von Karl Weinberger.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glöck.
Signor Bernardi
„Il Camaleonte“.
Mlle. Fougère
die Unübertreffliche.
Ducreux und Giraldo.
Robert Steidl. 7 Troubadours
u. f. w., u. f. w., u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Nur noch bis Sonnabend das so erfolgreiche Riesenschießen
October-Programm
Das Stadtgespräch ist das Schießen mit dem Militär-Gewehr Modell 88 auf den kugelsicheren Dowe-Panzer von der Kunstschützen
Elsa Dowe.
Sonntag, den 1. November:
Neues
Sensations-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 50 Pf. Reservirt 50 Pf.

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Mittwoch, 28. Oktober 1896,
Abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Vorstellung.
Sensationeller Erfolg!
Die Jagd nach dem Glück.
Neue Einlagen: Skloptische Darstellungen von besonderem Glanz.
Außerdem: Doppel-Jockey, ausgef. v. Geschw. Cottrell. (Bisher unerreicht.)
Conversano II, echt Dipzigerer Schimmelhengst, dress. u. ger. v. Herrn Postl-Barghardt. Adjunct, ohrpr. Dengl, ger. von Mlle. Engonis. 8 Fuchshengste, als Feuerperde, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Auftr. des neu engag. Clowns Herrn Bogdanowski u. des beliebten Oigeri-Clowns Mr. Alf. Daniels. Spezialitäten 1. Ranges.
Morgen: Die Jagd nach dem Glück.
Sonntag, 1. Novbr., nachm. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei):
Millennium, Bilder aus Ungarn.

Saal
(tausend Personen) in allen Versammlungen und an Vereins-
Cöliner Hof, Cölinerstraße 8.

Warenhaus A. Wertheim
Nur für 3 Tage gültig
Ausnahme-Preise
Mittwoch, Donnerstag, Freitag.
28. 29. 30. Oktober.
Die neue Haupt-Preisliste ist erschienen.
Versand-Abteilung Berlin W., Leipziger-Strasse 111.
Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hemdentuch Meter 28 und 35 Pf.	Louisiana Meter 42, Bettbreite 75 Pf.
Bettstoffe gestreift Meter 48, Bettbreite 80 Pf.	Bettkörper rot, glatt und gestreift Meter 75, Bettbreite 1,20 Mk.
Dowlas und Hemdentuch, Lakenbreite, Meter 80 Pf.	
Tischtücher 1,50 1,95 2,60 Mk.	Staubtücher, Dtz. 95 Pf. u. 1,50 Mk.
Servietten, Dtz. 3,70 5,40 6,50 Mk.	Wischtücher, reinleinen, Dtz. 2,40 Mk.
Damast-Tischtücher, gebleicht 2,35 und 2,90 Mk.	Küchenhandtücher, Dtz. 3 u. 3,60 Mk.
Taschentücher mit bunter Kante, gesäumt Dtz. 2,80 Mk.	Stubenhandtücher, Dtz. 4,40 5,40 7,50 Mk.
Stickereien und Languetten, per Stück, 4 bis 4 1/2 Meter, 25 Pf. bis 2 Mk.	